

Genehmigt: 07.12.2023

Protokoll 17

Stadtratssitzung

Donnerstag, 19.10.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	1177
2023.SR.0112.....	1178
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2019.SR.000176.....	1179
2 Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Aktionsplan Fensterersatz	
2020.SR.000063.....	1183
3 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Lukas Gutzwiller, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Michael Hoekstra, GLP): Auch mit erneuerbarer Wärme sparsam umgehen! Gebäudesanierungsstrategie entlang dem Fernwärmenetz	
2021.SR.000140.....	1184
4 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Antrag der Sonderkommission NSB2022: Festlegung von Berechnungsgrundlagen und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen; 1. Lesung	
2022.TVS.000064.....	1190
5 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2022	
2017.FPI.000076.....	1194
6 Ersatz von Rechenzentrum-Informatikausrüstungen; Investitionskredit	
2019.SR.000309.....	1195
7 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Marieke Kruit/Lena Sorg, SP/Rahel Ruch, GB) - übernommen durch Lea Bill (GB): Keine Immobilienspekulation unter Gemeinwesen: Die Stadt soll kantonale Immobilien zum Schätzwert kaufen können	
2019.SR.000311.....	1198
8 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Matthias Stürmer, EVP/Michael Burkard, GFL/Johannes Wartenweiler, SP/Devrim Abbasoglu-Akturan, GB): Mehr Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen	
2019.SR.000188.....	1202
9 Postulat Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Gleichberechtigung beider Eheleute im Rahmen der Steuererklärung	
2020.SR.000229.....	1202
10 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP): Unterstützung des bernischen Baugewerbes	
2022.SR.000140.....	1203

11	Postulat Fraktion GFL/EVP (Mirjam Roder, GFL/Therese Streit-Ramseier, EVP): Reduktion der Parkplätze der öffentlichen Verwaltung (Pendlerparkplätze)	
2019.SR.000320		1206
12	Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Parkplatzgebühren	
	Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr	1209
	Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr	1210
2019.SR.000320		1211
12	Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Parkplatzgebühren	
2018.SR.000250		1212
13	Motion Lisa Witzig und Mohamed Abdirahim (JUSO): Gratis Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden der Stadt Bern	
2019.SR.000063		1216
14	Motion Fraktion SP/JUSO (Yasemin Cevik/Bernadette Häfliger, SP): Investitionen in Kriegsmaterial wirksam verhindern	
2019.SR.000157		1223
15	Motion Fraktion SVP (Janosch Weyermann/Alexander Feuz, SVP): Keine Zwischennutzung mehr für Vertragsbrecher und für Besetzer!	
2019.SR.000277		1226
16	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Thomas Glauser, SVP): Verkauf des Gaswerkeareals an die Stadt: Die grüne Lunge muss als wichtiges Naherholungsgebiet unbedingt erhalten bleiben! Wir wollen einen Marzilipark!	
2019.SR.000295		1230
17	Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Mindestlohn von 4000 Franken auch für das Reinigungspersonal der Stadt Bern	
2019.SR.000321		1233
18	Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Korrektes Lohnsystem	
2020.SR.000173		1236
19	Motion Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB) - übernommen durch Seraphine Iseli (GB): Lohnanalysen sozialpartnerschaftlich durchführen	
2019.SR.000276		1237
20	Motion Fraktion SP/JUSO (Marieke Kruit, SP): Für einen Stadtbauernhof Elfenau	
	Verschobene Traktanden und Eingänge	1242
	Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr	1244

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Valentina Achermann	Claude Grosjean	Simone Richner
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Sarah Rubin
Ruth Altmann	Erich Hess	Michael Ruefer
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Kurt Rügsegger
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Vanessa Salamanca
Tom Berger	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Lea Bill	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
Laura Binz	Anna Jegher	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Sara Schmid
David Böhner	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Corina Liebi	Michael Sutter
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Niklaus Mürner	Paula Zysset
Franziska Geiser	Barbara Nyffeler	

Stadtrat entschuldigt

Timur Akçasayar	Ueli Jaisli	Dominic Nellen
Diego Bigger	Nora Krummen	Mirjam Roder
Michael Burkard	Salome Mathys	Nicole Silvestri
Dolores Dana	Tanja Miljanovic	

Gemeinderat anwesend

Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
----------------	-----------------------	-------------------

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekre- tärin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
-------------------------------------	---------------------------------------	-------------------------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Stadträt*innen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Besucher*innen, die uns digital zugeschaltet sind, geschätzte Medienschaffende, ich begrüsse ganz herzlich zur 17. Sitzung 2023 nach den Herbstferien ich hoffe, es haben sich alle entsprechend entspannen können und sind bereit für den Schlussspurt meines Präsidialjahrs. Wir kommen zum Traktandum Nummer 1, Begrüssung und Mitteilungen. Ich habe keine Rücktritte zu vermelden und dementsprechend auch keine neuen Mitglieder zu begrüssen. Ich darf aber heute folgende Geburtstage kundtun. Katharina Gallizzi hat Geburtstag gehabt, von daher nachträglich alles Gute. Und heute hat Cornelia Stücker vom Ratsbüro Geburtstag. Herzliche Gratulation im Namen des ganzen Stadtrates. Dann weitere Mitteilungen: Wie immer das Badgen nicht vergessen, für beide Sitzungen ein- und ausstempeln. Ich bitte auch wie immer um das Einreichen der Vorstösse bis 21 Uhr, wen sie dringend sind, und bis um 21.30 Uhr die ganzen restlichen Vorstösse, damit wir beziehungsweise Valentina genug Zeit hat, um sie zu bearbeiten. Und dann bitte schnell um die Aufmerksamkeit aller, aber vor allem der Fraktionspräsidien. Ich möchte wieder darauf hinweisen, dass wir an der Sitzung vom 16. November den Lehrlingsanlass durchführen werden. In der Stadtratspause, werden die wieder vor Ort sein, um zusammen mit uns das sogenannte Speed-Dating zu machen. Und dafür bitte euch zu überlegen, welche 1 bis 2 Leute pro Fraktion sich dort zur Verfügung stellen würde, um mit den Lernenden der Stadt Bern an diesem Speed-Dating teilzunehmen. Wir werden das sicher noch schriftlich nachreichen, aber das schon einmal als Vorinformation. Dann kommen wir schon zur ersten Abstimmung. Es geht um die Abstimmung bezüglich der Ordnungsanträge hinsichtlich Reduzierte Debatte. Das sind die Traktanden Nummer 7 bis 11, 19 und 27. Wir stimmen darüber ab.

Ordnungsantrag

1. Büro: Die Traktanden 7 bis 11 sowie 19 und 27 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:

BERATUNG:

1. Einreichende der Motion / des Postulats: 3 Min.
2. Fraktionserklärungen: 3 Min.
3. Einzelvoten: 1 Min.
4. Gemeinderat: 3 Min.

ABSTIMMUNG: Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 1 Büro Verhandlungsordnung

Annahme

Ja	48
Nein	0
Enthalten	0

[Namensliste 004](#)

Präsident: Der Ordnungsantrag wurde angenommen, vielen Dank. Dann kämen wir zu Traktandum 2.

2019.SR.000176

2 Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Aktionsplan Fensterersatz

Die Traktanden 2 und 3 werden gemeinsam behandelt.

Präsident: Wir kommen zu den Traktanden 2 und 3. 3 ist ein Traktandum, das wir weiterführen. Wir haben es das letzte Mal vor den Herbstferien angefangen. Ich erinnere daran, dass Lukas Gutzwiller bereits gesprochen hat, und wir werden jetzt mit den entsprechenden Fraktionsvoten weiterfahren, zu denen man sich anmelden kann. Dann käme für die SP/JUSO-Fraktion Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Das Klimareglement gibt uns den Weg vor. Und wenn wir unsere Reduktionsziele erreichen wollen, dann müssen wir jetzt wirklich vorwärtsmachen. Die ökologische Sanierung von Gebäuden und der Ersatz von Fenstern sind wichtige Massnahmen, um die Klimaziele zu erreichen und den CO₂-Ausstoss zu senken. Die private Immobilieneigentümerschaft steht deshalb auch in der Verantwortung, ihren Beitrag zu leisten und die Stadt soll sie dabei unterstützen, was sie ja auch schon tut. Wir begrüssen das auch in der SP/JUSO-Fraktion. Die vorliegende Motion für den Fensterersatz fordert aus unserer Sicht aber nicht die richtige Massnahme. Die Sensibilisierung der Eigentümerschaften ist wichtig und es spricht nichts dagegen, sie aufzufordern, energetische Sanierungsmassnahmen an die Hand zu nehmen und unter anderem alte Fenster zu ersetzen. Beratungsangebote sind wichtig und haben sich auch bewährt, aber eine aufwändige Erhebung zu machen, welche Fenster in welcher privaten Liegenschaft wie alt sind und der Eigentümerschaft massgeschneidert die Lösung für den Fensterersatz zu präsentieren, ist einfach nicht eine städtische Aufgabe. Diese Ressourcen können anders viel wirksamer eingesetzt werden. Und es wäre auch völlig offen, welchen Effekt eine solche Massnahme am Schluss tatsächlich entfalten würde. Die Forderungen der Motion für eine Sanierungsstrategie gehen hingegen eher in die richtige Richtung. Dort, wo das Fernwärmenetz jetzt dann ausgebaut wird und EWB sowieso im engen Kontakt mit den Eigentümerschaften steht, sollen auch dringend nötige energetische Gebäudesanierungen zum Thema gemacht und gemeinsam Lösungen gesucht werden. Ob es dazu wirklich zwingend eine Strategie braucht, die auch noch dem Stadtrat vorgelegt wird, darf durchaus hinterfragt werden. Wir finden es aber wichtig, dass vor allem die Besitzer*innen von Mietwohnungen oder Miethäusern, die selbst null Anreize haben, in ihren Liegenschaften Energie zu sparen, angesprochen, erreicht und überzeugt werden. Die Sensibilisierung der Eigentümerschaften muss deutlich verstärkt werden. Deshalb stimmen wir dieser Motion zu. Die Ressourcen sollen, wie an anderen Orten auch, weniger in die Erarbeitung noch einer Strategie gesteckt werden, sondern in die Umsetzung konkreter Massnahmen. Klar ist nämlich, dass es viel grössere Anstrengungen braucht, damit unser Klimareglement nicht einfach ein Papiertiger bleibt. Das Controlling zeigt, dass die Stadt bei der CO₂-Reduktion gerade im Gebäudebereich überhaupt nicht auf Kurs ist. Und es gibt berechtigte Zweifel, dass der Handlungsbedarf wirklich erkannt und dass entschieden genug gehandelt wird.

Präsident: Danke Michael Sutter. Mir wurde mitgeteilt, dass von den Einreichenden punktweise Abstimmung gewünscht worden ist; das als Vorinformation. Als nächstes für GB/JA! Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Michael hat es vorher gerade gesagt: Es muss etwas gehen in punkto Gebäudesanierungen, damit wir die Klimaziele erreichen können. Es reicht nicht, die Energieversorgung auf fossile Energieträger umzustellen. Wir müssen in erster Linie auch Energie sparen. Im Gebäudebereich bedeutet das vor allem sanieren und dämmen, um die benötigte Heizenergie massiv zu reduzieren. Der Gebäudebestand in der Stadt ist alt und fast alle Häuser sind in Privatbesitz. Leider gibt es aber keinen Hebel, um die Hausbesitzenden zum Sanieren zu zwingen. So kann man also nur mit Anreizen und Informationskampagnen arbeiten. Beide Motionen schlagen Instrumente vor, wie das geschehen könnte. Die erste Motion der GFL fokussiert dabei, wie Michael auch schon gesagt hat, vor allem auf den Fensterersatz, den sie als probates Mittel, weil verhältnismässig günstig, zur Verbesserung der Wärmedämmung propagiert. Die erste Forderung verlangt eine Aufstellung aller Gebäude, die über überfünfzigjährige Fenster verfügen. Ich arbeite im Bundesamt für Statistik und weiss, wie aufwändig das ist. Und aus unserer Sicht lohnt sich der Aufwand nicht, weil man extrem viel Energie und Ressourcen investiert, nur damit man eine Aufstellung hat. Darum werden wir Punkt 1 dieser Motion ablehnen. Laut dem zweiten Punkt sollen die Gebäudebesitzenden angeschrieben und ihnen eine Beratung bezüglich Fensterersatz angeboten werden. Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, mit den Hauseigentümer*innen in Kontakt zu treten und sie auf die Vorteile energetischer Sanierungen aufmerksam zu machen und sie detailliert zu beraten. Allerdings scheint es uns hier falsch, lediglich auf Fenstersanierungen zu fokussieren. Wenn man diesen Aufwand schon betreibt, indem man die Leute anschreibt, dann ist es sinnvoll, dass man sie über alle möglichen Sanierungsmöglichkeiten informiert. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort ausführt, ist der Fensterersatz nicht immer das Beste. Grundsätzlich stehen wir hinter der Idee einer Beratungsoffensive, weil, wie ich vorhin gesagt habe, das eigentlich das Einzige ist, was man im Moment machen kann. Den einseitigen Fokus auf den Fensterersatz halten wir aber nicht für sehr zielführend. Wir werden Punkt 2 trotzdem annehmen, und ich hoffe, dass der Gemeinderat, sofern die Motion dann durchkommt, jetzt zuhört. Wir werden ihm gerne mit auf den Weg geben: Ja, wir nehmen den Punkt 2 an, aber wenn ihr schon mit diesen Leuten redet, redet doch nicht nur über Fenster, sondern auch noch über die anderen Sanierungsmassnahmen. Punkt 3 lehnen wir wieder ab, weil - auch das hat Michael vorher schon gesagt - wir jetzt keine Papiere schreiben müssen. Wir müssen jetzt endlich mal vorwärtskommen. Die 2. Motion haben wir miteingereicht und sind entsprechend zufrieden, dass der Gemeinderat sie als Richtlinie erheblich erklären will. Allerdings sind wir von den Ausführungen des Gemeinderates ein wenig enttäuscht. Die Motion wurde eingereicht, und natürlich kennen wir die Instrumente der Energieberatung und von bern-saniert^{plus}. Allerdings ist uns ebenfalls bekannt, wie schwierig es ist, mit den privaten Liegenschaftsbesitzer*innen in Kontakt zu treten, damit man sie überhaupt auf die Beratungsprogramme aufmerksam machen kann. Die Informationskampagne im Rahmen des Fernwärmeausbaus wäre ein guter Türöffner, um auch vonseiten der Stadt mit den Liegenschaftsbesitzenden in Kontakt zu kommen. Hier wäre eine übergeordnete Strategie sinnvoll, um das Potenzial optimal auszuschöpfen. Also wir haben jetzt keine Strategie, bei der man Papier um Papier schreibt, sondern einfach mehr so eine Idee mit 3 Punkten oder so. Völlig unbeantwortet lässt der Gemeinderat aber die Frage, wie die energetischen Sanierungen sozialverträglich umgesetzt werden können. Die Forderung der Motion, dass Mittel zur Verhinderung von

Mietzinserhöhungen, wie beispielsweise eine Mietzinskontrolle, geprüft werden sollen, wird in der Antwort gänzlich ignoriert. Wie eingangs ausgeführt, sind grosse Sanierungswellen nötig, um die Klimaziele zu erreichen. Deshalb muss stark darauf geachtet werden, dass durch diese Sanierung keine überproportionalen Mietzinserhöhungen ausgelöst werden. Auch hier braucht es eine Strategie und ein überlegtes Vorgehen, damit Wenigerverdiener nicht einfach aus ihren Wohnungen in der Stadt verdrängt werden. Wir hoffen deshalb, dass der Gemeinderat bei der Umsetzung dieser Motion vor allem auch dem sozialen Aspekt der Gebäudesanierung Beachtung schenkt und hoffen natürlich, dass sie angenommen wird.

Präsident: Danke vielmals, Katharina. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten, gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Herr Gemeinderat Reto Nause, der sich noch schnell anmelden müsste.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich verstehe natürlich die Haltung der Motionäre in der Stadt, die Beweggründe, warum diese Motionen eingereicht wurden. Gleichwohl empfiehlt euch der Gemeinderat die Motion Nummer 2 zur Ablehnung, ist aber bereit, die Motion Nummer 3 als Richtlinie entgegenzunehmen. Grundsätzlich möchte ich euch einfach auch noch den Hinweis geben, dass punkto Gebäudesanierungen in der Schweiz die Kompetenzaufteilung der Zuständigkeit eigentlich klar geregelt ist. Gebäudesanierungen etc. sind in der Kompetenz der Kantone. Und dann will ich euch daran erinnern, dass noch gar nicht über das Klimaschutzgesetz abgestimmt worden war, als diese Motionen eingereicht wurden. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir neue gesetzliche Grundlagen geschaffen, damit wir im Bereich der Gebäudesanierung vorwärtsmachen können. Wir haben Töpfe geäufnet, in denen Millionenbeträge zur Verfügung stehen werden, damit private Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer im Bereich der Sanierungen eben auch vorwärtsmachen. Diese Mittelaufstockungen werden spürbar sein, die sind massiv und das wird punkto Sanierungen eben wirklich dem Land und dieser Stadt einen Schub verleihen. Ich will auch davor warnen, dass wir jetzt bestehende Subventionsmechanismen noch einmal überlagern mit irgendwelchen zusätzlichen, städtischen Subventionsmechanismen und vor allem möchte ich davor warnen, dass wir irgendwo solch ein Fensterkataster erstellen müssen in der Stadt Bern, weil das irgendwo ein Mannjahr oder ein Fraujahr Arbeit beanspruchen würde, vielleicht sogar noch mehr. Für das Geld, mit dem ihr bürokratische Strukturen schaffen wollt, für dieses Geld könntet ihr Fenster lieber tatsächlich ersetzen. Also das umzusetzen, was die Motion Nummer 2 will, ist bürokratisch tatsächlich irgendwo ein bisschen ein irrwitziges Unterfangen. Darum noch einmal: Der Gemeinderat lehnt die Motion Nummer 2 ab und ist bereit, die Motion Nummer 3 als Richtlinie anzunehmen.

Präsident: Vielen Dank, Reto Nause. Wir sind in diesem Fall bereit für die Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über das Traktandum Nummer 2. Da ist wie bereits erwähnt punktweise Abstimmung gewünscht worden. Wir stimmen ab über die Motion, Punkt Nummer 1.

Abstimmungen

2019.SR.000176: Punkt 1

Ablehnung

Ja	4	
Nein	56	
Enthalten	0	Namensliste 005

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Punkt Nummer 2.

2019.SR.000176: ungültig		
Ablehnung		
Ja	2	
Nein	3	
Enthalten	3	Namensliste 006

Präsident: Moment, wir haben einen Anzeigefehler. Wir stimmen noch einmal über Punkt Nummer 2 ab.

2019.SR.000176: ungültig		
Ablehnung		
Ja	2	
Nein	9	
Enthalten	0	Namensliste 007

Präsident: Wir versuchen es einfach noch einmal. Wir stimmen noch einmal ab über Traktandum Nummer 2, Punkt 2.

2019.SR.000176: Punkt 2		
Ablehnung		
Ja	23	
Nein	28	
Enthalten	9	Namensliste 008

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Punkt Nummer 3.

2019.SR.000176: ungültig		
Ablehnung		
Ja	0	
Nein	5	
Enthalten	0	Namensliste 009

Präsident: Wir probieren es nochmal. Punkt Nummer 3.

2019.SR.000176: Punkt 3		
Ablehnung		
Ja	4	
Nein	56	
Enthalten	0	Namensliste 010

Präsident: Punkt Nummer 3 ist abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 3 als Richtlinienmotion.

2020.SR.000063

- 3 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Lukas Gutzwiller, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Michael Hoekstra, GLP): Auch mit erneuerbarer Wärme sparsam umgehen! Gebäudesanierungsstrategie entlang dem Fernwärmenetz**

Die Traktanden 2 und 3 werden gemeinsam behandelt. Siehe Traktandum 2.

Präsident: Wir stimmen ab.

Abstimmung

2020.SR.000063: ungültig

Annahme mit Stichentscheid des Präsidenten

Ja	4
Nein	3
Enthalten	0

[Namensliste 011](#)

Präsident: Einen kleinen Moment. Wir machen schnell eine Minute Pause. Wir haben einen Systemfehler. Wir wollen schnell einen Test machen. Wir stimmen nicht ab, das ist nur ein Test. Ihr könnt drücken, aber es ist nur ein Test.

Abstimmung

2020.SR.000063: ungültig

Annahme mit Stichentscheid des Präsidenten

Ja	19
Nein	18
Enthalten	18

[Namensliste 012](#)

Präsident: Wir machen noch einmal einen Test, weil es bis jetzt immer beim zweiten Mal rausgefallen ist. Ja, es passiert wieder.

Abstimmung

2020.SR.000063: ungültig

Ablehnung

Ja	0
Nein	2
Enthalten	1

[Namensliste 013](#)

Abstimmung

2020.SR.000063: ungültig

Ablehnung

Ja	10
Nein	11
Enthalten	11

[Namensliste 014](#)

Präsident: Ja, gut, wir wollen es noch einmal probieren. Ich bitte alle, wieder entsprechend aufzupassen. Wir kommen zum Abstimmen über Traktandum Nummer 3 als Richtlinienmotion.

Abstimmung

2020.SR.000063: als Richtlinie

Annahme

Ja	47
Nein	15
Enthalten	0

[Namensliste 015](#)

Präsident: Traktandum Nummer 3 ist angenommen worden. Damit sind wir beim Traktandum Nummer 4.

2021.SR.000140

4 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Antrag der Sonderkommission NSB2022: Festlegung von Berechnungsgrundlagen und Verteilverfahren zur Besetzung der Kommissionen; 1. Lesung

Präsident: Das ist die Revision des Geschäftsreglements des Stadtrates. Das ist die erste Lesung. Ich übergebe das Wort der Kommission GPK. Für die GPK kommt Szabolcs Mihalyi, der sich noch anmelden müsste. - Ja, offenbar kann man sich nicht anmelden.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die GPK: Das vorliegende Geschäft ist eigentlich recht sensibel, weil es einen vermeintlich tiefen Eingriff in die Sitzverteilung der stadtrechtlichen Kommissionen vornimmt und somit in die Funktion des gesamten Parlaments. Die Geschäftsprüfungskommission hat entsprechend die Bearbeitung des Geschäftes äusserst vorsichtig und intensiv vorgenommen, unter dem Beizug diverser Modelle und Expert*innen. Die Verteilverfahren für alle vom Stadtrat bestellten Kommissionen, insbesondere auch der Schulkommissionen, haben Anfang dieser Legislatur viel zu reden gegeben und haben sich auch aussergewöhnlich in die Länge gezogen. Eine Festlegung klarer Regeln ist somit eigentlich eine gute Idee, auch weil einige Institutionen, die bisher zuständig waren, eine gewisse demokratische Legitimität verlieren. Das gilt namentlich für die Fraktionspräsidienkonferenz. Die Gremien sind für den Informationsaustausch gedacht, für eine gewisse Koordination und zum Abholen der Diskussionen, wie sie sind. Aber sie spiegeln nicht die Bevölkerung und die von ihnen geäusserte Mehrheiten bei den Wahlen wider. Die Geschäftsprüfungskommission hat das Sitzverteilungsverfahren aller Kommissionen angeschaut. Das heisst, 6 und eine Schulkommission, die Tierpark-Kommission, die Betriebskommission für Boden- und Wohnbaupolitik und die Sozialhilfekommission, die von Mitgliedern ausserhalb des Stadtrats gebildet werden, wie auch die 5 stadträtlichen Kommissionen. Die externen Kommissionen sind in ihrer Arbeit langfristig ausgerichtet und unterliegen grundsätzlich dem Parteienproporz und sollten entsprechend während der Dauer der Legislatur, für die sie gewählt sind, idealerweise keine grossen Fluktuationen haben, unabhängig davon, dass viele Parteien schon heute Schwierigkeiten haben, die Sitze zu füllen. Entspre-

chend hat die Geschäftsprüfungskommission hier keine Änderungen in der Sitzverteilung vorgesehen. Der Parteienproporz ist hier klar festgeschrieben, wie ich schon gesagt habe, und somit liegt sie weiterhin in der Kompetenz der Parteipräsidien. Eine Übertragung der Kompetenz an die Fraktionspräsidienkonferenz ist zurzeit juristisch nicht möglich, aber die Geschäftsprüfungskommission plant eine entsprechende Änderung bei den Kommissionen. Für den Stadtrat hingegen sind selbst während der Legislatur auftretende Änderungen im Stadtrat namentlich in der Zusammensetzung der Fraktionen ausschlaggebend, auch für die Sitzverteilung. Die Sitzverteilung in den Kommissionen baut auf der Anzahl Sitze und somit auf der politischen Stärke der Fraktionen auf, die sich auf das Wahlergebnis stützt. Änderungen der Fraktionsstärke beeinflussen somit unmittelbar die Legitimation der einzelnen Kommissionssitze. Ob die Veränderungen der Fraktionsstärken sich daraus ergeben, dass die beteiligten Parteien sich anders organisieren, dass zum Beispiel rein hypothetisch die JUSO sich der freien Fraktion anschliessen beziehungsweise die JUSO aus der SP/JUSO-Fraktion austreten würde oder weil einzelne Mitglieder eine Fraktion verlassen würden, ich beispielsweise aus meiner Fraktion austreten würde, ist eigentlich egal. Die Legitimation der Sitzverteilung in den Kommissionen muss in so einem Fall neu berechnet werden. Ich möchte hier noch kurz erwähnt haben, dass sich meines Wissens die JUSO und auch ich sehr heimisch fühlen in unserer Fraktion. Es ist rein hypothetisch. Entsprechend ist es legitim, bei solchen Sitzverschiebungen die Kommissionen neu zu besetzen. Wir analysierten auch die Berechnung der Sitzverteilung von Anfang Legislatur. Die Verteilung der Sitze alleine aufgrund der Sitzstärke im Stadtrat birgt gemäss Expert*innen, die wir gefragt haben, die Gefahr, Ungerechtigkeiten bei der Sitzverteilung aufgrund des Wahlergebnisses, namentlich des Proporz-Pechs, zu verstärken. Auch das ist ein Grund gewesen, um neu auch die Zahl der Stimmen derjenigen Parteien für die Fraktionsstärke zu berücksichtigen, die zwar nicht gewählt wurden, aber mit einer erfolgreichen Partei eine Listenverbindung eingegangen sind. Zum Beispiel wäre das 2012 für die SP relevant gewesen, die eine Listenverbindung mit der JUSO hatte. Aber die JUSO ist nicht gewählt worden für diese Legislatur. Beim Sitzverteilungsverfahren haben wir auch die Rechnungsmethode nach Hagenbach-Bischoff und Sainte-Laguë und auch weitere Alternativen durchgespielt. Ihr seht das in den Unterlagen. Die Kommission hat sich auf das Sainte-Laguë-Verfahren festgelegt, gerade weil es kleinere Parteien bevorzugt. Und entsprechend der schweizweiten Realität in allen grösseren Städten in unserem Land sind auch wir in unserem Stadtrat ein Parlament von relativ vielen kleineren Parteien.

Ich würde das Fraktionsvotum anschliessen. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Ansicht, dass es notwendig ist, die Regeln für die Sitzverteilung klar festzulegen. Auch sind wir uns dem Gewicht bewusst, das eine solche Regelveränderung demokratiepolitisch auslösen könnte. Wir unterstützen klar den neuen Miteinbezug der nicht gewählten Parteien mit Listenverbindung bei der stadtratsinternen Verteilung der Kommissionssitze. Das stärkt die demokratische Legitimation der Sitzverteilung. Wir sehen allerdings nicht genug Gründe, um bei den Proporzwahlen in unserer Gemeinde – Stadtrat und Gemeinderat – verschiedene Berechnungsmodelle zu verwenden. Entsprechend stellen wir den Antrag, weiterhin bei allen Wahlen auf das Hagenbach-Bischoff-Berechnungsmodell zu setzen.

Präsident: Kurz und knapp. Merci vielmals. In diesem Fall wären wir schon mitten in den Fraktionsvoten, für die man sich anmelden kann. Das wäre für GB/JA! Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass im Reglement festgelegt werden soll, nach welcher Berechnungsgrundlage und nach welchem Verfahren künftig die 5 ständigen stadträtlichen Kommissionen verteilt werden sollen. Wir sind der Meinung, dass es sehr sinnvoll ist, sich mit diesen Fragen einmal gründlich auseinanderzusetzen, statt jeweils zu Legislaturbeginn eine Alibidebatte in der Fraktionspräsidienkonferenz zu führen, weil weder die Vorteile des Hagenbach-Bischoff-Verfahrens noch die mathematischen Nachteile des 'Fraktionenproporz' verändern sich jeweils während 4 Jahren. Darum danken wir der SoKo für den Anstoss und der GPK für die Auseinandersetzung mit dem Geschäft. In den meisten Punkten schliessen wir uns als Fraktion der GPK an. Wir finden aus den gleichen Punkten wie die Kommission, dass sich das Sainte-Laguë-Verfahren eignet für die Sitzverteilung und zwar weil das Sainte-Laguë-Verfahren kleine Parteien prinzipiell ein bisschen bevorzugt, so dass das dazu führt, dass mehr Fraktionen in den Kommissionen vertreten sind, was uns sinnvoll scheint. Und der Nachteil, den das Sainte-Laguë hat, nämlich dass absolute Mehrheiten nicht immer abgebildet werden, erscheint uns jetzt bei Kommissionen vertretbar. Auch für die Berechnungsgrundlage schliessen wir uns der GPK an, weil wir finden, dass eine exaktere Berechnungsbasis und keine doppelte Verzerrung den Wählerinnenwillen besser abbilden. Und wir finden es ebenfalls nachvollziehbar, dass die Stimmen der Listenverbindungen auch mitgezählt werden, weil sie schliesslich effektiv zur aktuellen Fraktionsstärke beitragen. Worin wir mit der GPK nicht ganz einverstanden sind – und deshalb haben wir auch noch einen Antrag eingereicht, wie ihr heute gesehen habt, als er verschickt wurde -, ist, dass die GPK die Rolle und die Kompetenzen der Fraktionspräsidienkonferenz ausgeklammert hat aus diesem Geschäft. Für uns ist es nicht so nachvollziehbar, dass ein Gremium wie die Fraktionspräsidienkonferenz, das die Mehrheiten des Rates nicht widerspiegelt, abschliessend über so wichtige Entscheide wie die Sitzverteilung entscheiden können soll. Natürlich wird es tendenziell weniger Spielraum geben, wenn wir das Verfahren festlegen und die Berechnungsgrundlage, aber man könnte die Unsicherheit, die noch besteht, sehr simpel lösen, wie wir finden und darum in unserem Antrag fordern. Wir haben dabei 2 Vorschläge gemacht. Im ersten Fall — das ist unser Hauptantrag — hätte jede Fraktion wie bisher eine Stimme in der Fraktionspräsidienkonferenz. Und die Konferenz entscheidet aber nicht abschliessend über den Verteilschlüssel und den Turnus, sondern macht einen Vorschlag zuhanden des Stadtrats und dieser stimmt dann abschliessend darüber ab. Sollte es so sein, dass sich eine Fraktionspräsidienkonferenz einvernehmlich einigen kann, wie es von der GPK ja angenommen wird, so wäre das nur eine Formsache und der Stadtrat würde einfach zustimmen. Aber falls nicht, gäbe es im Stadtrat noch die Möglichkeit, korrigierend einzuwirken. Den zweiten Vorschlag haben wir als Eventualantrag formuliert, weil uns die erste Variante intuitiver erscheint. Aber bei dieser würde wie bisher die Fraktionspräsidienkonferenz abschliessend über den Verteilschlüssel der Kommissionssitze und des Turnus' beschliessen, aber die Stimmen der Fraktionspräsidien würden anhand der Fraktionsstärke gewichtet werden. Wir bitten euch, die Anträge zu besprechen und ihnen in der zweiten Lesung zu folgen. Wir haben die Anträge der SP und der GFL noch nicht besprechen können. Das werden wir ebenfalls in der zweiten Lesung machen.

Präsident: Vielen Dank, Seraphine. Als nächstes für die GFL/EVP-Fraktion, Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion begrüsst die Überlegungen und die Stossrichtung der Anträge der GPK in Bezug auf die Sitzverteilung der stadträtlichen Kommissionen auf die Fraktionen. Wir können mit den GPK-Anträgen technische Schwachstellen des bisherigen Verfahrens, wie sie im Vortrag auch dargestellt werden, und auf die ich sicher nicht eingehen will, weitgehend ausgemerzt werden, wobei die Anpassungen auf der Basis der bisherigen Grundsätze passieren können. Das bedeutet insgesamt, dass sich eigentlich inhaltlich nicht viel ändert, aber die Anträge schaffen eben Klarheit. Und das war ja eines der ganz wichtigen Ziele der Revision des Geschäftsreglements des Stadtrats (GRSR-Revision) in dem Punkt. Ebenfalls Klarheit schaffen die GPK-Anträge im Fall von Wechseln während der Legislatur. Auch hier unterstützt die GFL/EVP-Fraktion die Anträge. Die neuen Bestimmungen tragen sehr dazu bei, für die Kompetenzen und Grundlagen der stadträtlichen, aber sogar auch der ausserstadträtlichen Kommissionen wieder Ordnung zu schaffen. Das gilt insbesondere auch für die Sozialhilfekommission, die vom Kommissionssprecher bereits erwähnt wurde. Und jetzt ist es doch so, dass mein Mathematikerherz hier halt noch ein bisschen durchschlägt und dass ich in der Frage der Sitzverteilung der Kommissionssitze finde, dass da noch Optimierungspotenzial vorhanden ist. Darum habe ich 2 Anträge formuliert, mit denen sich die GPK in der zweiten Lesung noch einmal auseinandersetzen setzen soll. Das Ganze kann hoch technisch werden. Ich will darum nicht auf Details eingehen, aber meine Kernbotschaft, die ich gerne noch einmal rüberbringen will – und ich darf da auch sagen, dass ich bereits an einer GPK-Sitzung war und das habe präsentieren können, und ich möchte mich noch einmal für die Einladung bestens bedanken. Meine Kernbotschaft lautet wie folgt: Wenn man will und das ist noch eine Frage, ob man das will, aber wenn man eine proportional ausgewogene Vertretung der Fraktionen will, sollte man möglichst viele Mandate auf einmal gleichzeitig gemäss einem Schlüssel verteilen. Ob dieser Schlüssel dann Saint-Laguë heisst oder ob das ein Hagenbach-Bischoff-Schlüssel ist, ist in dem Sinn zweitrangig. Wichtig ist wirklich, dass man ein grosses Gefäss hat, in dem möglichst alle betroffenen Sitze gleichzeitig vergeben werden. Und darum sage ich eben, es mache wenig Sinn, wenn man das auf der einen Seite für die 55 Sitze für die 5 ständigen Kommissionen so macht, dass man nämlich eben nicht fünfmal 11 eine Sitzverteilung macht, sondern dass man die 55 Sitze gleichzeitig miteinander nimmt, aber dann nachher, wenn wir dann noch nichtständige Kommissionen haben, zum Beispiel eine mit 9 Sitzen, wie das bei der Sonderkommission NSB22 der Fall war, man die dann separat verteilt, macht dann daneben keinen Sinn, weil wir dann eben genau diese Ausgewogenheit auf das Gesamte nicht oder mindestens nicht optimal haben. Also noch einmal: Das Ziel einer ausgewogenen Proportionalität würde man mit einer gleichzeitigen Verteilung aller in diesem Beispiel 64 Sitzen besser erreichen. Und darum habe ich den Antrag gestellt – das ist der mit der Fussnote 8 –, dass alle Mandate auch jene der nichtständigen Kommissionen gleichberechtigt in den Verteilmechanismus einbezogen werden sollten, und dann wie ich schon gesagt habe, wenn wir dort nur noch genügend grosse Gremien haben zum Verteilen, dann tritt die Wahl vom angewandten Proportionalitätsverfahren eigentlich in den Hintergrund und es wäre dann nicht unbedingt nötig, dass man noch vom bewährten Hagenbach-Bischoff-Verfahren abrücken müsste. Und das ist mein zweiter Antrag, mit der Fussnote 4 versehen. Jetzt sind die beiden Anträge nicht ganz unabhängig voneinander. Eigentlich müsste man richtigerweise zuerst wissen, wie der zweite Antrag mit der Fussnote 8 herausgekommen ist und diesen müsste man vor dem Antrag mit der Fussnote 4 behandeln. – Ja gut. Die Anträge der GPK – jetzt komme ich darauf zurück, schaffen mehr Verbindlichkeit. Und das ist auch ganz wichtig, weil wir in

mehreren Fällen gesehen haben, was herauskommt, wenn man Adhoc-Verfahren wählen muss, bei denen eben die Resultate auch nicht im Voraus genau klar werden. Aber etwas sollten wir doch behalten, nämlich die tatsächliche parteipolitische Zusammensetzung der einzelnen Kommissionen. Diese bleibt ja weiterhin Verhandlungssache bei den Fraktionspräsidien. Und das finden wir auch gut, weil dadurch eine gewisse Flexibilität erhalten bleibt. Die Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder erfolgt ja weiterhin auch durch den Stadtrat, dort könnte man dann als Gesamtstadtrat auch immer noch Einfluss nehmen auf die Zusammensetzung der einzelnen Kommissionen. Wichtig sind pragmatische Absprachen unter den Fraktionen. Das kann sein ein Abtauschen von Sitzen. Das kann auch sein ein Abtauschen von Kommissionspräsidien oder irgendwie auch zeitliche Absprachen. Diese sollen möglich bleiben. Und wir wollen von dem her eben nicht, dass, indem wir das ganze Verfahren klar regeln, es hier zu einer Überregulierung kommen würde. Die GLP/EVP-Fraktion ist in diesen Punkten deshalb gespannt auf die GPK-Anträge in der zweiten Lesung.

Präsident: Vielen Dank, Marcel. Dann kommt als nächste Vivianne Esseiva für die FDP/JF-Fraktion.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion: Wir begrüßen sehr, dass die GPK hier vorwärtsgemacht hat und dass wir hier eine gute Regelung finden. Uns ist klar, dass jede Regelung Nachteile. Uns ist eben auch wichtig, eine möglichst grosse Zahl behalten zu können bei der Sitzverteilung, nicht dass irgendwie doppelte Rundungsdifferenzen sozusagen mitgenommen werden und je nachdem gerade kleine Fraktionen abgestraft werden. Wir sind eigentlich wirklich überall einverstanden mit dem, was die GPK vorschlägt. Was wir gesehen haben, ist einfach beim Antrag GB/JA!. Das ist für uns eigentlich sehr, sehr wichtig, dass wir hier die Fraktionspräsidienkonferenz nicht nach den Fraktionsstärken machen, weil das bedeuten würde, dass gerade die Minderheiten dort eigentlich gar keine Stimmrechte mehr haben. Und aufgrund des Vorschlags der GPK wird ja die Fraktionspräsidienkonferenz wirklich gar nicht mehr so einen riesigen Entscheidungsspielraum haben. Und wir finden, man findet dort eigentlich immer eine Lösung. Logischerweise gibt es dort vielleicht ein Ringen. Es gibt ein Abtauschen, aber ich würde jetzt mal sagen, wir hier im Stadtrat sollten es schaffen in der Fraktionspräsidienkonferenz eine gute Lösung zu finden. Und eben: Wenn die nachher wirklich nur noch nach den Mehrheiten ist, ist es für kleine Fraktionen wie uns sehr, sehr schwierig, dass wir dort als Minderheit überhaupt geschützt sind. Danke vielmals.

Präsident: Vielen Dank, Vivianne. Als nächstes für die GLP/JGLP-Fraktion Claude Grosjean.

Claude Grosjean (GLP) für die Fraktion: Ich habe jetzt hier am Mikrophon mehrmals gehört, dass das Sainte-Laguë kleine Parteien bevorzuge. Das ist nicht so. Sainte-Laguë bildet den Wählerwillen exakter in Sitzen ab, als Hagenbach-Bischoff es macht, das grosse Parteien bevorzugt. Wenn ihr dann eben in den Fraktionen noch einmal über das redet, bitte behält das im Hinterkopf. Es geht darum, den Wählerwillen möglichst präzise in Sitzen abbilden zu können. Und das eine macht Sainte-Laguë, das andere verzerrt zugunsten der grossen Parteien. Es ist mir wichtig, dies noch einmal klar gesagt zu haben.

Präsident: Merci vielmals, Claude. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Jawohl, das wäre Michael Sutter von der SP/JUSO-Fraktion.

Michael Sutter (SP), Einzelvotum: Ich will einfach schnell auf einen Aspekt oder auf einen Teil des Antrages der GPK zu sprechen kommen. Oder, das Ziel ist für alle klar? Es soll klare Kriterien geben, technische Schwachstellen sollen behoben werden. Das würde für mich aber auch heissen, dass man nicht neue Unklarheiten schafft und die Geschichte mit den Listenverbindungen schafft sofort neue Unklarheiten, weil die Listenverbindungen mit den Fraktionen nicht übereinstimmen. Die EVP ist mit der Mitte zusammen in einer Listenverbindung, aber mit der GFL zusammen in einer Fraktion. Die RGM-Parteien haben untereinander Listenverbindungen sind aber auf 3 Fraktionen verteilt. Wenn noch eine 4. Partei dazukommt, die keinen Sitz macht, geht dann diesen Anspruch an die SP, an die GFL oder an das GB? Bei der Verteilung der Stadtratsitze werden die Listenverbindungsstimmen berücksichtigt. Also wäre es aus meiner Sicht sinnvoller, wenn man die Stadtratsitze, die Fraktionsstärke als Berechnungsgrundlage nehmen würde und hier nicht wieder eine neue Unsicherheit schafft. Ich habe keinen Antrag eingereicht, aber die GPK kann das vielleicht in der zweiten Lesung in ihre Abwägungen einbeziehen.

Präsident: Merci vielmals, Michael. Dann käme als nächstes Seraphine Iseli von GB(JA! – Das war der Ellenbogen. Danke. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Ich schaue hinüber zum Gemeinderat. Ich gehe aber davon aus, dass er verzichtet. Dann würden wir das Geschäft so zuhanden der zweiten Lesung zurück in die Kommission geben. Danke vielmals. Wir kommen zum nächsten Traktandum.

Anträge für die zweite Lesung

GB/JA¹:

3 **Jede Fraktion hat eine Stimme.** Die Vertretung des Gemeinderats, die Leitung des Stadtratssekretariats und die Leitung der Stadtkanzlei haben beratende Stimme. Das Präsidium des Stadtrats stimmt nicht mit; es verfügt über den Stichentscheid.

Eventualantrag GB/JA²:

3 **Die Stimmen der Fraktionspräsidien werden anhand der Fraktionsstärke gewichtet.** Die Vertretung des Gemeinderats, die Leitung des Stadtratssekretariats und die Leitung der Stadtkanzlei haben beratende Stimme. Das Präsidium des Stadtrats stimmt nicht mit; es verfügt über den Stichentscheid.

SP/JUSO³ und Marcel Wüthrich, GFL⁴:

4 Die Fraktionspräsidienkonferenz setzt den Verteilschlüssel für die Zuteilung der Kommissionssitze an die Fraktionen aufgrund der in der Stadtratswahl insgesamt erzielten Parteienstimmen pro Fraktion fest. Stimmen von Parteien, mit welchen Listenverbindungen eingegangen wurden, die aber keinen Stadtratssitz erzielt haben, werden dabei mitberücksichtigt. Für die Berechnung der Sitzansprüche der Fraktionen wird das ~~Sainte-Laguë-Verfahren~~ **Hagenbach-Bischoff-Verfahren** angewandt.

GB/JA⁵:

4Die Fraktionspräsidienkonferenz **macht einen Vorschlag** für den Verteilschlüssel für die Zuteilung der Kommissionssitze an die Fraktionen aufgrund der in der Stadtratswahl insgesamt erzielten Parteienstimmen pro Fraktion *fest*. Stimmen von Parteien, mit welchen Listenverbindungen eingegangen wurden, die aber keinen Stadtratssitz erzielt haben, werden dabei mitberücksichtigt. Für die Berechnung der Sitzansprüche der Fraktionen wird das Sainte-Laguë-Verfahren angewandt. **Der Stadtrat stimmt über den Vorschlag ab.**

GB/JA⁶:

(neu) 7 Sie macht einen Vorschlag für den Turnus für das Präsidium des Rates und der ständigen Kommissionen (Dauer und Wechsel unter den Fraktionen). Der Stadtrat stimmt über den Vorschlag ab.

Eventualantrag GB/JA⁷:

(neu) 7 Sie legt den Turnus für das Präsidium des Rates und der ständigen Kommissionen (Dauer und Wechsel unter den Fraktionen) fest.

Marcel Wüthrich, GFL⁸:

Die Sitze aller ständigen **und nichtständigen** Kommissionen werden zusammengezählt und auf die Fraktionen verteilt.

2022.TVS.000064

5 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2022

Präsident: In Traktandum Nummer 5 geht es um den Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2022. Für die GPK spricht Szabolcs Mihalyi.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die GPK: Die GPK dankt dem Gemeinderat und BERNMOBIL für den vorliegenden Bericht. Erwähnenswert für das Jahr 2022 ist vor allem der Übergang vom Pandemiezustand zum Normalzustand, wie wir ihn heute kennen, und andererseits auch, dass der ausgewiesene Gewinn offenbar vor allem durch die Corona-Unterstützung von Bund und Kanton zustande gekommen ist. Diverse Projekte – das hat man gesehen - sind verwirklicht worden, namentlich die Monbijoustrasse und der neue Breitsch. Weiter wird bei der Linie 10 an der Umstellung auf den Betrieb mit Doppelgelenkbussen hingearbeitet. Grundsätzlich beurteilt der Gemeinderat den wirtschaftlichen Zustand von BERNMOBIL positiv. Erwähnenswert ist vielleicht auch die Umsetzung der Eignerstrategie 2021-28 des Gemeinderats. BERNMOBIL ist ein wichtiger Bestandteil - und das sollten wir hier alle wissen – der Verkehrsstrategie, aber auch der Energie- und Klimastrategie unserer Stadt. Und diese Strategie setzt natürlich ebenso auch die Fahrgäste und das Personal ins Zentrum und somit eigentlich auch unsere Bevölkerung. Und an dieser Stelle ist es sicher auch angemessen, den Mitarbeitenden von BERNMOBIL für ihre tagtägliche Arbeit im Dienste der Stadtbevölkerung zu danken. Die Geschäftsprüfungskommission nimmt den Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2022 einstimmig und zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat das gleiche. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Szabolcs. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Für GB/JA! Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Als Inbegriff der Verkehrswende und als Aushängeschild der Stadt muss der öffentliche Berner Verkehr mit BERNMOBIL seine Ziele zum fossilfreien Betrieb und auch für seine Attraktivität für die Bevölkerung sehr hochstecken. Mit der Inbetriebnahme der Hybrid-Busflotte haben der fossile Energieverbrauch sowie der CO₂ - und Schadstoffausstoss deutlich gesenkt werden können. Ab diesem Jahr wird hier durch den Einsatz der E-Busse auf 2 Linien eine weitere Reduktion möglich sein. BERNMOBIL bewegt sich hinsichtlich der Emissionsreduktionen in die richtige Richtung, verfehlt aber für dieses Jahr noch das Ziel, das definiert wurde. Positiv ist aus unserer Sicht der Anstieg des Frauenanteils bei den Mitarbeitenden und die unternommenen Schritte bezüglich Teilzeitmodellen. Die Entwicklung dürfte aber schneller

gehen und sollte zur wahren Erreichung der Gleichstellung bis in die höheren Etagen des Kaders stattfinden, wo derzeit noch viel zu wenig getan wurde. Also die Richtung stimmt, bei den Ambitionen gibt es noch Luft nach oben. Aus diesen Gründen nimmt die GB/JA!-Fraktion den Bericht neutral zur Kenntnis.

Präsident: Merci vielmals, Mirjam. Dann kommt für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte im Namen der SVP dem Personal von BERNMOBIL danken. Sie machen sehr häufig eine sehr gute Sache. Ich muss auch etwas Positives sagen: Es ist mir schon lange nicht mehr passiert, dass mir ein Bus vor der Nase abgefahren ist. Die Leute sind freundlich, sie helfen auch den Behinderten. Das ist alles positiv. Ich habe einfach einen Punkt, den ich auch sagen muss und dafür setzen wir uns ein: Sie haben die Vorstösse des Grünen Bündnisses gesehen, das jetzt eben will, dass wir in den Kantinen und so dann möglichst kein Fleisch mehr essen sollen oder vegetarisch. Die SVP wird sich dafür einsetzen, dass die Angestellten von BERNMOBIL, die weiterhin gern Fleisch haben, nicht zwangsweise bevormundet werden. Einfach ein Punkt, den ich an dieser Stelle auch sagen will, ist die Linienführung. Ich bin einer von denen - ihr wisst noch, ich habe nichts dagegen gehabt, dass man beim 28er und 31er über die Monbijoubrücke den Kurs sogar ausbaut. Aber wenn man einfach nachher dafür Verkehrsspuren abbaut, obwohl auf der Linie teilweise – das ist zum Thema, das darf man sagen, ich bin immer noch am Reden - die Frequenzen nur alle Viertelstunde sind und man nachher einen riesigen Rückstau hat, dann ist das nicht ein Miteinander sondern Gegeneinander. Das sind einfach Punkte, die ich hier im Rahmen des Leistungsberichtes zur Sprache bringen will, damit man in den Akten hat, dass wir den Einwand gemacht haben. Ich bin für den ÖV, bin wahrscheinlich der Stadtrat im unteren Kirchenfeld, der am meisten ÖV fährt, weil es da effektiv am Weg liegt. Aber es darf nicht sein, dass man den Privatverkehr und den Wirtschaftsverkehr einschränkt. Genau das gleiche haben wir auch in anderen Sachen, indem man einfach beispielsweise nachher erzwingen will, für den elektrischen Trolley in der Elfenau ausgerechnet auf der schönen Hangkante oben eine Ladestation zu erstellen. Es gibt schon neue Techniken, wir wissen, in Basel haben die Tram und Busse einen stärkeren Akku, fast doppelt so stark. Mir ist zu Ohren gekommen, dass BERNMOBIL eventuell bereits die Kompositionen beschafft hat. Das sind einfach Sachen, die bei uns auch gewisse Kritik auslösen. Zusammenarbeit, das Personal arbeitet gut, aber wir haben hier gewisse Vorbehalte und im Rahmen dieser Debatte habe ich sie hier zum Ausdruck gebracht.

Präsident: Danke vielmals. Alexander Feuz. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Einzelvoten? – Es scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Das Geschäftsjahr von BERNMOBIL ist im Wesentlichen durch den Übergang vom Pandemiezustand in eine neue Normalität geprägt gewesen. Es ist schon erwähnt worden, ich werde ja auch nicht auf die Details eingehen – die habt ihr alle im Leistungsauftragsbericht –, sondern ein paar Punkte auch hervorzuheben. Vielleicht ganz kurz etwas zu den Fahrgastzahlen. Zahlreich sind die Leute wieder mit dem ÖV unterwegs, sicher noch weniger als vor Corona. Aber interessant ist, dass sich das Verhalten wirklich ändert. Und zwar gibt es nicht mehr so ganz explizit die Stosszeiten am Morgen und am Abend. Die Kurve hat sich leicht geglättet, aber dafür hat der Freizeitverkehr vor allem eben am Wochenende zugenommen. Ob der

Trend weiter bestehen wird, wird sich dann sicher zeigen. Erste Erkenntnisse aus dem Jahr zeigen, dass die Fahrgastzahlen weiter angestiegen sind und sich die Abendspitzen wieder auf dem Niveau vor Corona langsam aber sicher einspielen. Wie schon gesagt, es wird sich zeigen, wie sich das weiterentwickelt, was aber sehr schön ist, ist die Zufriedenheit der Fahrgäste. Das zeigt eine Umfrage. Die ist und bleibt wirklich hoch bis sehr hoch. Auch das Klima hat einen höheren Stellenwert bei BERNMOBIL durch die Inbetriebnahme von der Hybrid-Busflotte ist der Verbrauch von fossiler Energie und Kohlendioxid und Schadstoffemissionen deutlich zurückgegangen. Durch den Einsatz der Elektrobusse auf der Linie 21 und später 19 ist dort eine weitere Reduktion möglich. Und vielleicht einfach auch noch gerade wegen dem Elfenau-Bus zu dir, Alex Feuz: Es gibt natürlich Busse, für die man nicht so eine Aufladestation braucht. Leider ist es so, dass die noch nicht so ganz grosse Strecken fahren können und immer auch wieder einmal zurück müssen ins Depot, um aufzuladen. Und darum kommt das jetzt dort auf dieser Strecke noch nicht in Frage. Aber ich bin überzeugt, dass man in ein paar Jahren natürlich viel weiter ist, aber wir wollen nicht so lange warten und dann kann man den Ladearm irgendwann auch wieder wegnehmen, wenn es ihn nicht mehr braucht. Ja, weitere wichtige Eigenerziele setzt natürlich der Gemeinderat auch im Personalbereich. 2022 hat es eine Mitarbeitenden-Befragung gegeben. Das Resultat ist sehr erfreulich. Die grosse Mehrheit ist zufrieden oder sehr zufrieden mit der gegenwärtigen beruflichen Situation bei BERNMOBIL. Was etwas weniger erfreulich ist, ist der Fachkräftemangel. Dem will BERNMOBIL jetzt mit der Einführung neuer Teilzeitmodelle begegnen. Die hohen Strompreise haben zu Diskussionen über das bisherige Beschaffungsmodell via Strombörsen geführt. Der Gemeinderat hat dann auch im Frühling Verständnis gezeigt, dass BERNMOBIL auf einen mehrjährigen Liefervertrag umstellen wollte, um so auch mehr Planungssicherheit zu haben. Wie ihr wisst, hat BERNMOBIL eine Ausschreibung gemacht und EWB hat aufgrund eines wirtschaftlich guten Angebots den Zuschlag erhalten. Der neue Stromvertrag sieht vor, dass BERNMOBIL während den nächsten 5 Jahre den Strom in die Tranchen bei EWB einkaufen kann. So können wirklich die Risiken aus dem bisherigen Beschaffungsmodell zu Tagespreisen an der Börse vermieden werden, was, wie schon gesagt, zu mehr Planungssicherheit führt. Der neue Vertrag gilt ab dem 1. Januar, also schon bald. Der Gemeinderat setzt auch weiterhin auf eine nachhaltige, flächeneffiziente Mobilität. Das Rückgrat ist dabei nach wie vor der ÖV und darum braucht es die wichtigen Ausbauschritte. Aber auch das bestehende Tramnetz muss natürlich in seiner Funktionalität erhalten bleiben. Im Geschäftsjahr wurden zusammen mit der Stadt die beiden wichtigen Sanierungsprojekte, die Monbijoustrasse und der neue Breitsch realisiert. Weitere wichtige Sanierungsprojekte wie die Effingerstrasse, die Kornhausbrücke und das Fischermätteli stehen in den nächsten Jahren an und natürlich auch das Tram Bern-Ostermundigen. Ja, wir werden ja jetzt dann in der Stadtratspause die Premiere-Fahrt des neuen Trams vom Typ Tramlink feiern können. Die Trams werden den öffentlichen Verkehr und das Bild der Stadt und der Region Bern in den nächsten 30 Jahren wesentlich mitprägen. Ihr seid natürlich alle herzlich eingeladen. Wir hoffen, dass ganz viele auf die Fahrt kommen und sich wirklich selber von diesem sehr guten Fahrkomfort überzeugen können. Ja, noch kurz ein paar Worte zu den Finanzen: Das Transportunternehmen hat einen Gewinn von 25,4 Millionen Franken erzielt. Der Referent hat es schon erwähnt. Das ist aber hauptsächlich eben auf die nachträgliche Abgeltung von 21,2 Millionen Franken von Bund und Kanton als Corona-Unterstützung für das Jahr 2021 zurückzuführen. Damit weist BERNMOBIL wieder eine gesunde Bilanz auf. Ich komme schon bald zum Schluss. Der Gemeinderat beurteilt die wirtschaftlichen Aussichten von BERNMOBIL positiv und dankt allen Mitarbeitenden für den grossen Einsatz, den sie

tagtäglich leisten. Und ich möchte auch hier noch einmal ganz herzlich für die wirklich sehr gute Zusammenarbeit danken. Man hat ja jetzt so in den letzten paar Wochen in den Medien lesen können, eben auch wegen der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) zweite Tramachse, dass das vielleicht gar nicht so gut sei. Ich kann wirklich versichern, dass die Zusammenarbeit nach wie vor gut ist. Ich will hier auch noch 2 Sachen vielleicht gerade ein bisschen richtigstellen. BERNMOBIL ist also nicht vorgeprescht mit seiner Antwort zur Mitwirkung, sondern man muss ganz einfach sagen, der Gemeinderat hat ein bisschen länger Zeit gebraucht und darum ist die Antwort des Gemeinderats ein bisschen später gekommen. Die ist ja heute nachher herausgekommen und wir sind immer im Austausch gewesen in diesen Geschichten mit BERNMOBIL, aber auch mit der Region und dem Kanton. Und vielleicht einfach auch noch zu den unterschiedlichen Haltungen zur ZMB zweite Tramachse: Dazu sage ich sonst gerne auch noch ein, zwei Worte. Es ist für uns oder für den Gemeinderat klar, dass BERNMOBIL als Transportunternehmen naturgemäss primär die Interessen des ÖV und der Nutzenden vertritt. Die Haltung ist für den Gemeinderat nachvollziehbar und darum kommen sie hier auch zu einem anderen Schluss. Und es ist so: Wenn man natürlich nur auf die Interessen der ÖV-Nutzenden schauen würde, quasi auf deren Komfort, dann muss man sagen: Die Speichergasse-Nägeligasse ist sicher die beste Variante. Der Gemeinderat muss dagegen eine umfassende Interessenabwägung vornehmen und auch Faktoren wie einen attraktiven öffentlichen Raum, sichere Velo- und Fusswege und Klimaanpassungen berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund wiegt bei der bevorzugten Variante von BERNMOBIL eben die zusätzliche Belastung der Hauptachse vor dem Bahnhof einfach zu schwer. Deshalb kommt der Gemeinderat hier zu einer anderen Einschätzung. Das war aber immer transparent. Wir sind uns unserer unterschiedlichen Rollen hier sehr wohl bewusst und arbeiten nach wie vor zusammen und werden sicher auch hier weiter zusammenarbeiten mit der Region, dem Kanton und mit BERNMOBIL, um eine möglichst gute ÖV-Lösung zu finden, weil der ÖV das Rückgrat der städtischen Mobilität ist, und das soll er auch bleiben.

Präsident: Vielen Dank, Marieke Kruit. Wir wären auch bei diesem Traktandum bereit für das Abstimmen. Wir nehmen diesen Bericht wertend zur Kenntnis. Wer diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen möchte, drückt Grün, ablehnend Rot. Und Weiss wäre ohne Wertung. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2022.TVS.000064	
Zustimmende Kenntnisnahme	
Ja	36
Nein	0
Enthalten	21
	Namensliste 016

Präsident: Ihr habt den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Danke vielmals.

2017.FPI.000076

6 Ersatz von Rechenzentrum-Informatikausrüstungen; Investitionskredit

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 6. Es geht hier um den Investitionskredit Ersatz von Rechenzentrum-Informatikausrüstungen. Ich übergebe hier der Kommission das Wort. Für die Kommission RWSU Judith Schenk, die noch jemand anmelden müsste.

Judith Schenk (GLP) für die RWSU: Das vorliegende Geschäft ist ein klassischer Informatikinvestitionskredit. Es wird ein Grossteil der Rechenzentrumsinformatikinfrastruktur für die Verarbeitung und Speicherung von Kundendaten ersetzt. Die aktuelle Infrastruktur erreicht im 2024 ihr Lebensende und muss im ersten Quartal des nächsten Jahrs bereits ersetzt werden. Die Ausschreibung hat in den 3 Losen Storage, Backup und Computer, also Rechenleistungen, stattgefunden. Die Ausschreibung und Ausführung des Geschäfts gingen sauber über die Bühne. Wie ihr im Vortrag gesehen habt, sind die Informationen sehr ausführlich. Ich gehe deshalb auch gar nicht viel detaillierter darauf ein. Der Ersatz und die Wartung kosten über 5 Jahre hinweg 650'000 Franken, sprich unter 30'000 Franken pro Jahr. Per se ist das Geschäft in der Kommission aufgrund der Kosten und der Notwendigkeit nicht gross kontrovers diskutiert worden. Entsprechend möchte ich deshalb mein Votum auch nicht künstlich verlängern. Hingegen hat die RWSU-Kommission einige Kritik anzubringen. Erstens ist der erste Kritikpunkt das Timing. Wir sind in der zweiten Oktoberhälfte jetzt und im ersten Quartal 24 soll die Infrastruktur bereits ersetzt werden. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, künftig auf längere Zeitfenster zu achten. Weiter möchten wir auch auf die bekannte Microsoft-Kritik hinweisen, im vorliegenden Geschäft vor allem den Aspekt, dass teilweise die Daten immer noch nicht in der Schweiz und auch nicht in eigenen Rechenzentren gehostet werden. Drittens haben wir auch kritisiert, dass der Gemeinderat im Vortrag die Klimaverträglichkeit doch sehr lapidar beantwortet hat. Gerade im Informatikbereich können nämlich sehr genau eine Ökobilanzierung erstellt und die Auswirkungen auf das Klima bis ins kleinste Detail berechnet werden. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, die immer wiederkehrenden Kritikpunkte zu beheben und bei der Erarbeitung künftiger Geschäfte von Anfang an zu beachten und wo immer es möglich ist, diese entsprechend umzusetzen. Die RWSU empfiehlt dem Stadtrat dieses Geschäft zur Annahme.

Präsident: Merci vielmals, Judith. Ihr habt es gehört, es war weitgehend unbestritten. Deshalb in die Runde: Besteht Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage, ob das Geschäft bestritten ist. Das scheint auch nicht der Fall zu sein, dann können wir das so hier ohne Abstimmung beschliessen. Danke vielmals.

Stillschweigende Annahme

2019.SR.000309

7 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Marieke Kruit/Lena Sorg, SP/Rahel Ruch, GB) - übernommen durch Lea Bill (GB): Keine Immobilienspekulation unter Gemeinwesen: Die Stadt soll kantonale Immobilien zum Schätzwert kaufen können

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 7 und damit treten wir ein in eine reduzierte Debatte. Es geht hier um eine Motion der SP/JUSO und GB/JA!. Ich frage, ob die Motion bestritten ist. – Ist bestritten. Danke für das Aufpassen. Dann übergebe ich das Wort für die Einreichenden Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Jetzt habe ich schon fast gedacht, die Motion sei nicht bestritten. Es wäre auch schön gewesen. Ich habe es an diesem Pult hier schon mehrmals gesagt. Die Wohnungsnot in der Stadt Bern ist real und es ist ehrlich gesagt auch kein Ende oder keine Entspannung in Sicht. Der Stadt Bern gehören nur etwa 2 Prozent der Wohnungen auf dem Stadtberner Gebiet. Das ist eines der grossen Probleme. Der grösste Teil gehört also Privaten, die vor allem Profit im Sinn haben und meistens nicht irgendwie nach Kostenmiete vermieten. Mehr genossenschaftlicher Wohnraum mit Kostenmiete ist hier eine Antwort. Eine andere Antwort ist auch, dass die Stadt Bern mehr Wohnungen/Liegenschaften kauft. Das ist auch das, was die Stadt Bern jetzt seit Jahren macht mit diesen 2 Rahmenkrediten, die wir auch gesprochen haben. Die Problematik ist, dass der Liegenschaftsmarkt dermassen überhitzt ist, dass die Stadt sehr oft auch nicht mitbieten kann bzw. soll.

Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Ich verstehe Lea nicht.

Lea Bill (GB) setzt ihr Votum fort: Die Stadt Bern kann meistens nicht bis am Schluss mitbieten, was sie vielleicht auch nicht sollte bei so hohen Preisen. Und das heisst dann, dass Private nur an Meistbietende verkaufen und das müssen wir halt auch mehr oder weniger hinnehmen. Dass das aber öffentliche Behörden auch machen, darf aus unserer Sicht nicht sein. Vor diesem Hintergrund haben wir als GB/JA!- und SP/JUSO-Fraktion auch den vorliegenden Vorstoss eingereicht. Und jetzt muss man schon sagen, dass die Antwort des Gemeinderates hier ehrlich gesagt sehr enttäuschend ist. Der bürgerliche Kanton ist logischerweise vor allem darauf aus, dass er möglichst viel Geld verdient. Das ist jetzt nicht wahnsinnig erstaunlich aus unserer Sicht. Aber, dass der Gemeinderat hier total resigniert, ist aus unserer Sicht sehr erschreckend und angesichts dieser fatalen Lage auf dem Wohnungsmarkt einfach auch fatal, weil das Problem real ist. Es passiert also, es geht auch nicht weg, wenn man einfach halt irgendwie resigniert. Und ich frage mich dort oder wir fragen uns dort schon auch, wieso zum Beispiel die Stadt Bern sich nicht mit grösseren Gemeinden im Kanton Bern zusammen tut gegenüber dem Kanton oder wieso er nicht irgendwie über die Kantonsgrenzen hinausschaut und schaut, wie die anderen Städte vorgehen in solchen Situationen. Es ist klar, dass diese Motion eine Richtlinienmotion ist, und die Antwort auch ein Begründungsbericht ist. Es heisst, die Annahme dieser Motion wird mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht wahnsinnig viel ändern. Trotzdem bitten wir euch wirklich, dieser Motion zuzustimmen, weil doch ein grosser Anteil von Ja-Stimmen in diesem Rat ein deutliches Zeichen ist, dass wir im Gemeinderat mehr Druck wollen. Und eventuell kann ja der Gemeinderat hier auch ein bisschen mehr ein Update geben, wie der Stand heute ist.

Wir haben immer noch Hoffnung, dass er nicht nur resigniert gegenüber der Ablehnung des Kantons.

Präsident: Danke vielmals. Lea. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Alexander Feutz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Dass der Gemeinderat das als Richtlinienmotion annehmen will, überrascht mich natürlich nicht im Geringsten. Aber denkt daran, ihr seid auch Bürger des Kantons und wenn die Liegenschaften des Kantons nachher mehr oder weniger an die Stadt verramscht werden und die Stadt macht Blödsinn damit, dann seid ihr nämlich auch gebüsst. Ich nenne euch ein paar Beispiele der städtischen Immobilienpolitik. Ich muss immer wieder sagen, es sind für mich Highlights. Man hat Kühlewil 2017 bis 2021 für 30,3 Millionen saniert, um es 2022 nachher für 12,8 Millionen zu verkaufen. Wenn man einfach so Sachen bewirtschaftet –. Dass man ein Kühlewil vielleicht verkaufen will, damit kann ich noch leben, aber dann muss man es nicht noch für viel Geld renovieren. Wenn ich einen alten Kinderwagen habe, dann muss ich den nicht noch für 300 Franken instandsetzen lassen, um ihn nachher für 120 zu verkaufen. Dann verschenke ich ihn gescheiter für 40 Franken. Dann habe ich unter Umständen weniger Geld in die Hände genommen, als wenn ich 300 Franken zusätzlich aufwende. Das sind elementare Sachen. Darum habe ich grösste Zweifel an der Stadt, wie sie hier vorgeht. Wir kennen auch die Referendumsabstimmung über diesen Kinderspielplatzes, des teuersten oder zweitteuersten. Auf jeden Fall auch dort wieder jenseitig. Dass es für den Grundeigentümer ein gutes Geschäft ist, bestreite ich nicht, aber für die Steuerzahler der Stadt ist es ein schlechtes Geschäft und wenn man so etwas einfach macht, dann warne ich euch ganz entschieden davor, diesem Vorstoss zustimmen. Ihr habt dann vielleicht an bester Lage eine Liegenschaft, die ihr günstig bekommen habt und dann tut die Stadt Bern dort etwas Dummes. Und so, wie die Stadt Bern in letzter Zeit eben geplant hat, betrachtet auch das Viererfeld. Dazu haben sie ja selber gesagt, sie seien überfordert. Ich sage einfach: Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken - ein altes chinesisches Sprichwort. Und wenn man dann sagt, nachdem man zuerst ein Leuchtturmprojekt macht und am Schluss hat man nicht die Leute, die Fähigkeit und die Kapazitäten, um das zu machen, dann kommt halt einfach vom Kanton Geld zur Stadt und nachher verdummt und verblödet sie es. Darum: Nein zu diesem Vorstoss. Merci.

Präsident: Merci Alex, dann kommt als nächstes Lukas Wegmüller für die SP/JUSO-Fraktion.

Lukas Wegmüller (SP) für die Fraktion: "Ohne starken politischen Willen werden sich die aktuellen Entwicklungen ungebremst fortsetzen und Wohneigentum wird noch mehr zum Privileg." Das stammt aus einem Bericht der Raiffeisenbank aus dem Jahr 2021 zum Immobilienmarkt. Wir leben in einem Land, wo die Immobilienpreise in den vergangenen 20 Jahren ununterbrochen gestiegen sind, auch wenn sich das vielleicht zurzeit ein bisschen abschwächt, dieser Trend wird so weitergehen. Diese Entwicklung ist verschiedenen Faktoren geschuldet. Ich gehe ganz kurz darauf ein. Spekulationen, Bevölkerungswachstum und damit verbunden eine steigende Nachfrage nach Wohneigentum, die expansive Geldpolitik der Zentralbanken, aber auch die Lockerung der Lex Koller und damit verbunden die Verfügbarkeit von mehr Kapital im Immobilienbereich zwecks Kapitalanlage. Das sind alles relevante und sich verstärkende Faktoren. Die

SP/JUSO-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, sich dafür einzusetzen, dass der Regierungsrat des Kantons Bern die gängige Praxis in bezug auf kantonseigene Immobilienverkäufe überdenkt und anpasst, wie in der Motion gefordert. Die Immobilien sollen maximal zum Schätzwert veräussert werden und auf die Durchführung von Bieterverfahren soll verzichtet werden. Zudem sollen die kantonseigenen Immobilien, wenn immer möglich, an die kaufinteressierten Städte und Gemeinden veräussert werden. Es ist im Interesse von staatlichen Akteuren, sei es national, kantonal oder auf Gemeindeebene, sich nicht an einer weiteren Erhitzung der Immobilienpreisen zu beteiligen. Und die Motion ist darum ein wichtiges Mittel dafür. Und zum Schluss schliesse ich mich unserer Vorrednerin, Lea Bill, an. Es wäre schon schön, wenn der Gemeinderat ein bisschen mehr Engagement zeigen würde gegenüber dem Regierungsrat des Kantons Bern. Uns scheint die Antwort ziemlich defensiv ausgefallen zu sein und natürlich danke ich für die Annahme dieser Motion und danke euch für eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals Lukas. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat hier das Wort der Herr Gemeinderat Michael Aebersold, der sich noch schnell anmelden müsste. - Merci vielmals.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich muss sagen, ich bin schon gerade ein bisschen erstaunt über die Vorwürfe der grünen und der roten Seite. Ich fühle mich fast ein bisschen geneigt, euch hier staatsrechtlichen Unterricht zu erteilen. Ich glaube, dass ihr wisst, wie der Hase läuft, dass es Bundesgesetze gibt und dass es kantonale Gesetze gibt und dass wir in den Kommunen allein in vielen Bereichen einen sehr kleinen Handlungsspielraum haben. Und einer von denen ist halt jetzt einfach die Frage, zu welchem Preis die SBB, der Bund, aber auch der Kanton, ihre Gebäude verkaufen. Und wer mir vorwirft, ich sei zu wenig engagiert, dem empfehle ich, doch vielleicht einmal ein bisschen zu recherchieren. Wir haben uns sehr, sehr engagiert – ich persönlich - beim Verkauf der Alkoholverwaltung am Münzrain. Ich habe es sogar zusammen mit Jacqueline Badran geschafft, im "Blick" prominent zum Thema auftreten zu dürfen. Ob das jetzt für eine Medaille ausreicht oder nicht, weiss ich nicht. Es ist eine meiner Herzensangelegenheiten, dass wir da dran sind. Fakt ist einfach und bleibt es, dass, wenn weder die Mehrheit im Parlament des Kantons noch des Bundes das einfach unterstützen und damit eigentlich freie Bahn wäre. Und was wir machen, und das kann ich versichern, das machen wir höchst intensiv, ist halt ein bisschen weniger medienwirksam hinter verschlossenen Türen zu versuchen, mit den Akteuren, die - und da bin ich voll einverstanden – eine Verantwortung haben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Entsprechend können wir das Zeug nicht einfach zu Bestpreisen verschleudern. Wir sitzen mit denen zusammen und sagen: Wir haben ein gemeinsames Interesse, denn Bund und Kanton haben auch Bedürfnisse; sei es zum Beispiel im Asylbereich. Wenn sie jetzt wahnsinnig gerne von uns ein Gebäude –. Oder der Kanton sucht überall Raum für seine kantonalen Schulen und für andere Aufgaben, die er erfüllen muss und dass man halt dort sagt: Vielleicht sitzen wir alle im gleichen Boot und es wäre vielleicht gescheiter, wenn wir da Lösungen finden, ähnlich wie zum Beispiel jetzt beim Nationalfonds, ein Projekt, das ich persönlich gepusht und dahingehend aufgegleist habe, dass man zwar eine Marktschätzung macht, dass wir diesen Preis zahlen, aber sagen: Ihr wollt von uns ein Baurecht im Wankdorf, wir wollen von euch die Gebäude, die Liegenschaft in der Länggasse. Das ist halt im Moment der Weg, den wir gehen können. Der ist nicht so spektakulär, der ist auch nicht so laut, aber ich kann euch versichern, wir gehen den und sind da voll daran, in diese Richtung zu wirken. Merci.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebbersold. Wir sind in diesem Fall hier bereit zur Abstimmung. Ich habe keine Wandlung mitbekommen. Daher stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000309: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	47	
Nein	15	
Enthalten	1	Namensliste 017

Präsident: Die ist angenommen worden. Wir nehmen entsprechend auch den Begründungsbericht ohne Abstimmung zur Kenntnis. Wir kommen zum Traktandum Nummer 8.

2019.SR.000311

8 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! (Matthias Stürmer, EVP/Michael Burkard, GFL/Johannes Wartenweiler, SP/Devrim Abbasoglu-Akturan, GB): Mehr Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen

Präsident: Das ist eine interfraktionelle Motion von GFL/EVP, SP/JUSO und der GB/JA!-Fraktion. Da ist die Annahme empfohlen. Darum frage ich in die Runde – Ja wohl, ist bestritten. Merci. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Ja, ich habe einfach einmal ein Votum vorbereitet, ohne Absprache mit den anderen. Ich hoffe, die sehen das auch so. Also, seit der Beantwortung dieses Vorstosses sind schon fast 3 Jahre vergangen. Der Gemeinderat hat die Beschaffungsverordnung in der Zwischenzeit revidiert und darin die Forderungen der Punkte 1 und 2 mehr oder weniger wie von uns gewünscht umgesetzt. Nicht ganz so gut steht es um die Punkte 3 und 4. Bei der Beschaffung von IT-Produkten läuft es nach wie vor nicht ganz so, wie wir uns das wünschen würden. Seit die Potenzialanalyse OSS (Open Source Software) verabschiedet wurde, steht zwar in allen Vorträgen an den Stadtrat, man habe sich mit OSS auseinandergesetzt, wirklich beschafft wird OSS, also offene Software, aber nur selten. Meistens spricht das eine oder andere Argument dagegen. So geht man einfach den sicheren Weg und beschafft dann doch wieder eine SAP-basierte Lösung oder einfach ein Microsoft-Produkt. Wir wünschen uns darum, dass man sich nicht nur pro forma ständig mit dieser Potenzialanalyse auseinandersetzt, sondern das Potenzial von Open Source auch wirklich nutzt und darin eine langfristige Chance sieht, auch wenn es kurzfristig vielleicht nicht so komfortabel ist wie die Produkte der Techgiganten aus dem Silicon Valley.

Präsident: Danke vielmals, Katharina Gallizzi. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Ja, da käme Johannes Wartenweiler für die SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Sorry für die kleine Verwirrung. Tatsächlich ist kaum mehr jemand im Rat, der die Motion eingereicht hat. Sie geht unter anderem vor allem auf Matthias Stürmer zurück, der dort immer sehr stark Druck gemacht hat, dass beim Beschaffungswesen wirklich ökologische und nachhaltige Kriterien stärker berücksichtigt werden. Tatsache war aber auch, dass es gesetzlich schwierig war, bis der Bund nachher das Beschaffungswesen neu aufgestellt hat und das Gesetz über das Beschaffungsrecht, das BöB, 2021 in Kraft gesetzt hat, das grundsätzlich ein bisschen eine neue Ausrichtungen dahingehend hat, was zu berücksichtigen ist bei der Vergabe von öffentlichen Aufträge. Im Vergleich zum alten Gesetz ist es viel besser, weil das alte Gesetz ist das Gesetz aus den 1990er Jahren gewesen, das total einfach auf den Preisdruck geschaut hat und sonst auf nichts. Und in diesem Sinn hat man dann 2021 eine Voraussetzung geschaffen, die der Kanton übernommen hat, die nachher auch die Stadt übernommen hat, bei der es jetzt aber auch ein bisschen darum gehen würde zu wissen, wie das umgesetzt wird. Ich habe versucht herauszufinden, ob es da irgendwelche Unterlagen gibt. Ich habe im Jahresbericht nichts gefunden, weder beim Beschaffungswesen der Fachstelle Beschaffungswesen noch bei Logistik Stadt Bern. Aber ich glaube, so wie es der Gemeinderat versichert hat, wird durchaus versucht, dem neuen Gesetz Rechnung zu tragen. Zu den Punkten 3 und 4: Hier geht es ein bisschen schnell. Der Gemeinderat findet das eine gute Idee. Fakt ist tatsächlich, das es nicht so einfach ist mit dieser Open Source Software. Und wenn ich mich auch Katharina anschliessen kann, haben wir halt immer ein Problem zwischendurch. Was wäre wünschenswert aus politischen Überlegungen wie eben Open Source Software und was ist dann am Schluss sinnvoll und nötig, zum Beispiel auch für die Beschäftigten, wie zum Beispiel ein stabiles System? Und dann ist es halt manchmal so, dass ein stabiles System den Vorzug bekommt, weil halt die Risiken damit ein bisschen verringert werden können. Ich muss es leider auch sagen, dass gerade das System Base4Kids den Open Source-Lösungen leider nicht gerade Auftrieb gegeben hat und dass deswegen halt diese Forderung der Verwaltung schwerfällt. Und wir können durchaus nachvollziehen, dass es in dem Fall nicht so einfach ist. Merci vielmals.

Präsident: Ja, Johannes, dann käme Raffael Joggi für die AL/PdA.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Es ist jetzt gerade eher spontan. Ich habe gar nicht gesehen, dass es ja hier um Free Software und Open Source Software geht – mein Thema. Punkto Nachhaltigkeit – ich würde allgemein bleiben – würde ich empfehlen, die Motion unbedingt anzunehmen. Eine nachhaltige Software ist ganz klar Open Source respektive frei, weil nur freie Software garantieren kann, dass das auch ewig gewartet wird, weil es nämlich so lange gewartet wird, wie es Leute gibt, die sich für die Software interessieren und diese auch brauchen. Und es ist schwierig, das rechtlich vorzuschreiben. Aber es ist auf jeden Fall symbolisch wichtig, dass man das bei der Beschaffung unterstreicht und dass wir hier den politischen Willen auch zum Ausdruck bringen, dass bei der Beschaffung dort eine starke Gewichtung vorgenommen werden sollte. Danke vielmals.

Präsident: Danke, Raffael. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Doch, Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP hat gar nichts irgendwie gegen Nachhaltigkeit. Sie haben gesehen, wir setzen uns ja durchaus in einem gewissen Punkt für

nachhaltige Bewirtschaftung ein. Leider sieht der Stadtrat es anders. Ein Beispiel, wo wir uns einsetzen, ist, dass man das Marzili-Gebiet nachhaltig und als Park halten könnte. Und auch beim Viererfeld. Aber schauen wir uns jetzt diesen Vorstoss an. Ich bitte also die Motionäre, punktweise abstimmen zu lassen. Es gibt Punkte, über die kann man reden und dann gibt es gewisse, die wir ganz klar ablehnen, weil ich immer der Meinung bin und das ist immer das Risiko. Da macht ihr Ausschreibungen, Beschaffungen. Und dann heisst es plötzlich irgendwo, die innere Überzeugung habe jetzt ein ökologisches Feuer oder habe kein ökologisches Feuer. Und dann wird das bewertet oder nicht bewertet und das sind dann Kriterien, die einfach dann manchmal auch Hand bieten für gewisse Willkür, um gewisse Anbieter zu bevorzugen oder nicht zu bevorzugen. Und das ist für mich eben sehr, sehr heikel, wenn man nachher nach irgendwelchen Kriterien, die eben nicht klar messbar sind, entscheidet. Wir haben es in einem anderen Fall gesehen. Dann ist da das Kriterium der inneren Einstellung, ökologisches Feuer. Und dann kann man das so oder so bewerten. Und da bin ich an der Meinung, das ist eben dann sehr heikel. Dies könnte juristisch im Rahmen von Beschaffungen nachher rechtliche Probleme geben. Darum lehnen wir Punkt 1 zumindest grossmehrheitlich ab. Dass man hier nachher wiederum mit den anderen Gemeinden und BERN-MOBIL Ressourcen beschafft, dagegen haben wir wiederum nichts. Das ist für mich sinnvoll, da kann man manchmal durchaus gute Angebote erreichen. Das wird in unserer Fraktion nicht gross bestritten sein. Für mich ist Ziffer 3 wiederum heikel: "Beschaffte Betriebssysteme und Browser unabhängige Vollfunktion, so wie sie sind" – damit kann man auch leben. Aber das 4 ist eben wieder ganz heikel, muss man sagen. Der Einsatz von Open Source werde bevorzugt. Ich glaube, es hat schon ein Vorredner vor mir gesagt, ich glaube, es war Johannes Wartenweiler – wir haben bei Base4Kids die Probleme gesehen. Ihr wisst, ich bin nicht der grosse Informatiker, aber ihr müsst auch wissen, im Rahmen der Schulung werden all diese Leute mehr oder weniger auf den Standardprogrammen geschult. Und ich höre es immer wieder, unser Personal hat dann die Informatikkenntnisse, die Erwartungen eben nicht erfüllt. Aber ich sage euch, es ist nicht jeder Informatik-Nerd. Ihr müsst von dem Ausgehen, wozu die Leute ausgebildet werden, und ihr müsst nicht meinen – das habe ich auch im Militär mal den Leuten gesagt –, dass die dann in ihrer Freizeit irgendwelches Spezialprogramme mit grossem Enthusiasmus sich zu erschliessen versuchen. Ich habe da auch meine Grenzen, wenn das Standardprodukt nicht funktioniert. Und für uns ist eben ganz klar: Die Ziffer 4 müssen wir ebenfalls ganz klar ablehnen. Ich biete euch wirklich Hand, wenn ihr das hier punktweise machen würdet, dann haben wir durchaus Punkte, die wir unterstützen können, aber wenn ihr alles miteinander macht, muss ich sagen, dass es dermassen Böcke drin hat, dass wir hier zum Nein kommen müssen. Ich wollte es abschliessen, aber es blinkt bereits. Habe ich dermassen lange gesprochen?

Präsident: Danke vielmals. Wir wären in diesem Fall bei den Einzelvoten. Es hat keine. Und auch hier hätte das Wort Gemeinderat Michael Aebersold. Du müsstest beim Vorbeilaufen noch schnell drücken. Danke schön.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Danke vielmals. Ich lerne es noch mit dem Drücken. Wie das Wohnen ist auch die nachhaltige Beschaffung natürlich ein wichtiges Anliegen. In diesen Thema ist ein bisschen mehr Herzblut. Das habt ihr vielleicht gemerkt im Vorstoss, das schreiben wir ja auch klar, der rennt nicht nur offene Ohren, sondern eine offene Türe ein bei der Stadt Bern. Es ist schade, dass die Antwort von 2020 jetzt diskutiert wird, weil das umgesetzt ist. Eigentlich müsste man die Antwort heute auch

gleich als Bericht zur Kenntnis nehmen. Damit wäre es vom Tisch. Ich weiss nicht, was ich euch noch für Bericht erstatten soll. Wir brauchen diese Open Source-Diskussion nicht im Detail zu führen. Wir haben die sehr, sehr lange intensiv geführt. Wir haben dort einen Bericht. Wir haben Schlussfolgerungen. Die zuständige Kommission und der Stadtrat haben davon Kenntnis genommen. An das halten wir uns. Und es ist auch gesagt worden, es gibt eben auch Probleme – Base4Kids – wo man schlussendlich umsteigen musste auf Sachen, die funktionieren. Ob uns das gefällt oder nicht gefällt, ist das ein Fakt. Am Schluss sind wir darauf angewiesen, dass unsere Software funktioniert. Ich möchte einfach jene, die interessiert sind, noch auf eine Medienmitteilung vom 28.8.2023 hinweisen. Dort könnt ihr nachlesen, dass die Stadt Bern bei einem Rating durch die Non-Profit-Organisation Solidar Suisse sehr gut abgeschnitten hat. Wir waren von 97 Gemeinden auf dem 4. Platz, insbesondere weil wir verbindliche Vorgaben für alle Produktkategorien haben, weil wir soziale und ökologische Kriterien bei der Beschaffung berücksichtigen. Entsprechend bitte ich, die Motion anzunehmen und wie gesagt, ich weiss nicht, ob ich das hier beantragen kann, dass dieser Bericht gleichzeitig als Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen wird. Merci.

Präsident: Danke vielmals. Noch kurz einen kleinen Moment. – Danke für die Geduld. Wir sind in dem Fall auch hier bereit für die Abstimmungen. Wir stimmen punktweise ab über Punkt 1 bis 4. Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie zum Punkt Nummer 1.

Abstimmungen

2019.SR.000311: Punkt 1 als Richtlinie	
Annahme	
Ja	54
Nein	9
Enthalten	0
Namensliste 018	

Präsident: Eins ist angenommen. Wir stimmen ab über Punkt Nummer 2.

2019.SR.000311: Punkt 2 als Richtlinie	
Annahme	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	0
Namensliste 019	

Präsident: Einstimmige Annahme von Punkt Nummer 2. Wir stimmen ab über den Punkt Nummer 3.

2019.SR.000311: Punkt 3 als Richtlinie	
Annahme	
Ja	64
Nein	0
Enthalten	0
Namensliste 020	

Präsident: Annahme des Punkts Nummer 3. Wir stimmen ab über den Punkt Nummer 4.

2019.SR.000311: Punkt 4 als Richtlinie

Annahme

Ja	49
Nein	15
Enthalten	0

[Namensliste 021](#)

Präsident: Der ist angenommen. Wir kommen zum Traktandum Nummer 9.

2019.SR.000188

9 Postulat Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Gleichberechtigung beider Eheleute im Rahmen der Steuererklärung

Präsident: Das ist ein Postulat der Fraktion GLP/JGLP. Die Frage in die Runde: Ist das Postulat bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann haben die Einreichenden, wenn gewünscht, noch die Möglichkeit für ein kurzes Votum. Sie verzichten. Dann kämen wir hier direkt zur Abstimmung. Wer das Postulat erheblich erklären möchte, drückt Ja und sonst Nein. Wir stimmen ab.

Abstimmungen

2019.SR.000188

Annahme

Ja	61
Nein	1
Enthalten	0

[Namensliste 022](#)

Präsident: Das ist angenommen. Wir stimmen noch über den entsprechenden Prüfungsbericht ab.

2019.SR.000188: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

[Namensliste 023](#)

Präsident: Der ist angenommen.

2020.SR.000229

10 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP): Unterstützung des bernischen Baugewerbes

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 10. Das ist eine interfraktionelle Motion von FDP/JF und SVP. Auch hier die Frage in die Runde: Ist das bestritten?

Wenn sie nicht bestritten wird, haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden kommt Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Einreichenden: Das war eine Motion, die wir mit dem Dringlichkeitswunsch eingegeben haben. Das war während der Pandemie, als absehbar ist war und wir auch Rückmeldungen aus der Wirtschaft hatten, dass eine massive Lücke in diesem Herbst stattfinden würde und dass man unbedingt schauen musste, dass man die Lücke in den Aufträgen unbedingt glätten musste. Die Dringlichkeit ist einmal mehr nicht gewährt worden und darum ist die Motion auch ein bisschen aus der Zeit gefallen. Aufträge kann das Baugewerbe immer brauchen, aber der Sinn dieser Motion ist nicht mehr gegeben. Wir möchten sie natürlich trotzdem bejahen, und auch der Gemeinderat lehnt sie nicht ab. Deshalb bitten wir euch, hier Ja zu stimmen.

Präsident: Danke vielmals, Ursula Stöckli. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Also, ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ich sehe auch keine Einzelvoten. Dann hätte hier, wenn gewünscht, noch der Gemeinderat das Wort. Er verzichtet. Dann wären wir auch hier bereit zur Abstimmung. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2020.SR.000229: als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	21	
Nein	35	
Enthalten	2	Namensliste 024

Präsident: Die Motion ist abgelehnt.

2022.SR.000140

11 Postulat Fraktion GFL/EVP (Mirjam Roder, GFL/Therese Streit-Ramseier, EVP): Reduktion der Parkplätze der öffentlichen Verwaltung (Pendlerparkplätze)

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 11. Es ist ein Postulat der Fraktion GFL/EVP. Da ist die Annahme empfohlen mit gleichzeitigem Prüfungsbericht. Es ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort für die Einreichenden Therese Streit-Ramseier.

Therese Streit-Ramseier (EVP) für die Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat, dass er das Postulat zur Annahme empfiehlt und begrüßen auch die bisherigen Bemühungen zur Reduktion der Parkplätze für Pendelnde. Allerdings sind wir nicht ganz zufrieden mit dem Prüfungsbericht. Dahingehend haben wir uns doch noch ein bisschen mehr erhofft, auch wenn es eine Briefträgerforderung ist. Um zu prüfen, wie Anreize für eine erhebliche Reduktion von Parkplätzen geschaffen werden könnten, fehlen uns noch Antworten zur aktuellen Ausgangslage: Also, wie viele Parkplätze der kantonalen und von der Bundesverwaltung gibt es auf Stadtberner Boden im Moment? Was wurde bisher schon unternommen bezüglich Reduzierung und was ist noch geplant? Doch zugegeben, um die Antworten zu bekommen, ist unsere Fragestellung wahrscheinlich eben

zu wenig konkret gewesen, so dass eine Interpellation diese Fragen noch klären könnte. Merci für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Therese. Wir sind hier bei den Fraktionsvoten. Für GB/JA! kommt Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Das Postulat fordert den Gemeinderat auf zu prüfen, wie zusammen mit den anderen Verwaltungsebenen Anreize für eine massive Reduktion der Mitarbeiter*innen-Parkplätze geschaffen werden können. Der Gemeinderat will das Postulat annehmen, seine Ausführungen dazu sind aber reichlich komisch. Im Bereich der Stadt scheint vieles so zu laufen, wie es sein muss, damit die Parkplätze auch reduziert werden können. Bei den anderen Verwaltungsebenen ist aber die Rede von einer Briefträgerforderung. Das hat Therese auch gesagt. Ich bin damit überhaupt nicht einverstanden. Warum genau ist das eine Briefträgerforderung? Es geht darum, dass die Verwaltungsinfrastruktur auf dem Gemeindegebiet der Stadt liegt und die Stadt hat verkehrspolitische Ziele, die unter anderem darauf abzielen, dass der MIV reduziert wird. Da können die grossen Player Bund und Kanton doch nicht einfach ausgeklammert werden. Die Stadt macht ja mit privaten Eigentümer*innen auch Vorgaben zur Reduktion des MIV und der Parkplätze. Bei Überbauungsordnungen müssen Mobilitätskonzepte vorgelegt werden und die Parkplatzzahl muss beschränkt werden. Warum das bei den Verwaltungen nicht gehen soll, ist mir wirklich nicht klar und ich sehe auch nicht, was das mit Briefträgerforderungen zu tun hat. Wir werden den Prüfungsbericht deshalb ablehnen. Wir erwarten, dass sich der Gemeinderat ernsthaft Gedanken macht, wie er diese Forderung umsetzen kann und mehr als "im Rahmen des üblichen Kontakts" ein wenig mit Bund und Kanton spricht. Schliesslich müssen auch diese Ebenen die Klimaziele erreichen und die profitieren auch davon, dass in der Stadt der MIV reduziert wird, weil das wird nämlich für sie und ihre Mitarbeitenden auch sehr viel angenehmer in einer Stadt, wo es nicht so viele Autos hat.

Präsident: Merci vielmals, Katharina. Dann käme als nächstes Simone Richner für die FDP/JF-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Wenig erstaunlich werden wir es ablehnen, aber ein bisschen aus anderen Gründen. Unsere Stadt hat bereits bedeutende Schritte unternommen, um das Mobilitätsverhalten unserer Stadtangestellten nachhaltig zu beeinflussen. Massnahmen wie die Unterstützung von ÖV-Abonnements und Anreize für die Veränderung bei den Velos haben dazu geführt, dass rund 80 Prozent der Mitarbeitenden ohne Auto zur Arbeit kommen. Die hohe Zahl legt nahe, dass die verbleibenden 20 Prozent, die noch auf das Auto angewiesen sind, das aus spezifischen, oft unvermeidlichen Gründen machen. Ich denke, hier ist vor allem das Vorliegen von gesundheitlichen Gründen zu erwähnen, unregelmässige Arbeitszeiten oder individuelle Herausforderungen, die einen Gebrauch des ÖVs oder des Velos schwierig machen. Ein Pauschalabbau von Parkplätzen könnte Mitarbeitende darum in eine schwierige Lage bringen. Ein weiterer Abbau von Parkplätzen könnte aber auch nicht nur für die Mitarbeitenden benachteiligend sein, sondern auch den Druck auf die bereits ausgelasteten blauen Zonen in den Quartieren um die Verwaltungsgebäude erhöhen. Eine Erhöhung der Parkplatzsuche wäre die Folge, was ironischerweise auch zu zusätzlichen Emissionen führen kann, was wiederum dem ganzen Ziel des Postulats zuwiderläuft. Noch

einmal: Wir anerkennen das Ziel des Postulats, aber die FDP/JF-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass wir dabei die Bedürfnisse aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt berücksichtigen müssen und dass die ungewollten Nebenwirkungen nicht zielführend sind.

Präsident: Merci vielmals, Simone. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat das Wort, wenn gewünscht, Gemeinderat Michael Aebersold. Du müsstest noch schnell drücken beim Vorbeilaufen. Danke.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Jetzt ist es etwa das dritte Mal, dass ich nach vorne komme und sage: Wenn ich die Macht hätte, dann wäre die Welt eine ganz andere. Dann gäbe es auch keinen Krieg im Nahen Osten und auch nicht in der Ukraine. Es ist auch hier leider so, dass schlussendlich der Bund und der Kanton festlegen, wie viele Parkplätze sie haben. Selbstverständlich ist das Anliegen richtig. Klimapolitisch bin ich aber überzeugt, dass sowohl der Bund als auch der Kanton am selben Strick ziehen und eigentlich auch in den Städten und den Agglomerationen eine weitere Reduktion des MIV anstreben. Ich muss einfach auch hier sagen – die Stadt Bern – wir machen unsere Hausaufgaben. Wir arbeiten auf eine Reduktion des MIV hin. Wir wollen den Veloverkehr fördern. Wir fördern den ÖV, den öffentlichen Fussverkehr. Wir haben eine städtische Mobilitätsstrategie, in der wir die Mitarbeitenden mit Beiträgen an das Velo und den ÖV unterstützen. Sie können Publibike gratis brauchen. Aber noch einmal: Wir können sensibilisieren und gut zureden, wenn es darum geht zu versuchen, den Regierungsrat und den Bundesrat, die wir auch nicht gerade täglich sehen, von unseren guten Ideen und Vorstellungen zu überzeugen.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir sind auch hier bereit zur Abstimmung. Wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmungen

2022.SR.000140		
Annahme		
Ja	50	
Nein	8	
Enthalten	0	Namensliste 025

Präsident: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Wir stimmen in dem Fall noch über den entsprechenden Prüfungsbericht ab.

2022.SR.000140: Prüfungsbericht		
Ablehnung		
Ja	20	
Nein	36	
Enthalten	1	Namensliste 026

Präsident: Der Prüfungsbericht ist abgelehnt. Ich schlage vor, dass wir den Prüfungsbericht mit einer neuen Frist –. Entschuldigung. Also wir müssen nicht abstimmen über eine neue Frist zum Prüfungsbericht. Es ist erheblich erklärt. In dem Fall gelten ab jetzt

einfach die Fristen für den entsprechenden Prüfungspflicht. Merci für den Hinweis, Nadja. Wir kommen zum Traktandum Nummer 12.

2019.SR.000320

12 Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Parkplatzgebühren

Präsident: Es ist eine Motion von Bernadette Häfliger und Bettina Stüssi. Sie ist vom Gemeinderat bestritten. Ich übergebe deshalb das Wort den Einreichenden. Hier kommt Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Aktuell zahlen alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung die gleiche Parkplatzmiete. Sie beträgt 54 Franken pro Monat oder 648 Franken pro Jahr. Die Motion verlangt, dass die Kosten der Parkplatzbenutzung lohnabhängig gestaltet werden. Die Lohnschere in der Stadt ist nicht allzu gross. Das Verhältnis zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn beträgt aber immerhin 1 zu 4,6. Im Rahmen der Klimadebatte hat der Gemeinderat angekündigt, dass er Massnahmen ergreifen will, um die Mitarbeitenden dazu zu bewegen, dass sie für den Arbeitsweg auf das Auto verzichten. Wir haben vorhin schon darüber gesprochen, innerhalb der Stadt und der Agglomeration scheint das überhaupt kein Problem zu sein. Nur muss man sich diese Wohnlage eben auch leisten können, was nicht bei allen Mitarbeitenden der Stadt der Fall ist. Wenn man also einen erzieherischen Effekt erreichen will, muss man die Parkplatzmieten, zwingend einkommensabhängig abstufen. Sonst strafen wir mit dieser Massnahme nur die kleineren Einkommen. Gerüchtehalber sollen zukünftig sogar gar keine Parkplätze für das Personal mehr zur Verfügung gestellt werden. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass der Gemeinderat angesichts des drastisch zunehmenden Fachkräftemangels auf solch restriktive erzieherische Massnahmen zurückkommen wird. Als Mutter weiss ich, dass lebenslange Handyverbote eher nicht so wirkungsvoll sind. Deshalb gehe ich davon aus, dass unsere Motion nach wie vor aktuell ist. Leider verzichtet der Gemeinderat auf eine politische Antwort. Er flüchtet sich hinter vorgeschobene formaljuristische Argumente. Unser Vorstoss verlangt nicht, wie vom Gemeinderat behauptet, dass die Parkplatzbewirtschaftungsregelung im Personalreglement vorgenommen wird, sondern lediglich, dass der Gemeinderat im Rahmen der Revision des Personalreglements einen Vorschlag vorlegt. Das ist nicht passiert. Der Gemeinderat hat bekanntlich im Rahmen der Diskussion zum Personalreglement auf einen Vorschlag verzichtet. Es ist sicher keine öffentliche Aufgabe, Parkplätze für Mitarbeitende zur Verfügung zu stellen. Das Bemühen des Äquivalenzprinzips in diesem Zusammenhang macht deswegen wenig Sinn. Der Gemeinderat handelt in diesem Kontext nicht als Behörde, sondern als öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber, der einen privatrechtlichen Vertrag zur Benutzung von Parkplätzen mit seinen Mitarbeitenden abschliesst. Unabhängig von dieser Tatsache sind die Ausführungen des Gemeinderates zum Äquivalenzprinzip ungenau. Das Äquivalenzprinzip besagt zwar, dass öffentlich-rechtliche Abgaben als Gegenleistung für erbrachte öffentlich-rechtliche Leistungen stehen müssen. Das Bundesgericht hält allerdings fest, dass bei der Festsetzung von Verwaltungsgebühren innerhalb eines gewissen Rahmens durchaus auch dem wirtschaftliche Status der Pflichtigen Rechnung getragen werden darf. Konkret steht also weder das Kostendeckungsprinzip noch das Äquivalenzprinzip einer einkommensabhängigen Festsetzung von Parkplatzmieten für Mitarbeitende entgegen. Aus klimapoli-

tischen Gründen halte ich es tatsächlich für ein falsches Zeichen, wenn die Parkplatzmiete für eine Chefbeamtin gleich hoch ist wie diejenige für eine Kitabetreuerin. Trotz diesen Argumenten sind wir bereit, die Motion zu wandeln.

Präsident: Danke, Bernadette. Ich habe registriert, dass wir eine Wandlung vorliegen haben. Wir wären in dem Fall jetzt bei den Fraktionsvoten. Das ist für GB/JA! Katharina Gallizi.

Katharina Gallizi (GB) für die Fraktion: Jetzt bin ich schon wieder hier. Aber in der zweiten Sitzung wird es dann nicht mehr so häufig der Fall sein. Die Motion fordert, das hat Bernadette jetzt gerade gesagt, dass Parkiergebühren für die städtischen Angestellten lohnabhängig ausgestaltet werden. Damit zielt sie genau in die gleiche Richtung wie unser Postulat, das im Juli erheblich erklärt wurde mit dem Titel "Einkommensabhängige städtische Gebühren statt Kopfsteuern". Unser Postulat zielt aber auf alle städtischen Gebühren ab. Wenn es hier nur um Parkplätze für die städtischen Anstellungen geht, ist das Prinzip dasselbe. Für Personen mit tiefen Einkommen ist ein Parkplatz ungleich teurer, so dass sie sich den unter Umständen nicht mehr leisten können, während Personen, die sehr viel verdienen - in der Stadt ist die Lohnschere nicht so gross, aber in der Stadt kann es grundsätzlich auch so sein, dass vielverdienende Personen das sozusagen aus der Portokasse zahlen und gar nicht merken, dass sie höhere Gebühren bekommen. Die Erhöhung der Parkiergebühren soll unter anderem auch dazu beitragen, dass die Angestellten auf das Auto verzichten. Für die GB/JA!-Fraktion ist ganz klar, dass möglichst viele Personen ohne Auto zum Arbeiten kommen sollen. Deshalb stehen wir eigentlich auch hinter der Forderung einer Erhöhung der Parkiergebühren. Es ist aber schwierig, wenn so eine Lenkungswirkung vor allem die Wenigverdienenden trifft, während die Vielverdienenden weiterhin, ohne sich gross Gedanken machen zu müssen, mit dem Auto zur Arbeit fahren können. Das ist auch der Grund, warum wir uns bei der Revision des Parkkartenreglements für eine Gebührenreduktion für die Wenigverdienenden eingesetzt haben, leider ohne Erfolg. Ihr habt diesen Antrag leider abgelehnt. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort zum Punkt 1 aus - und das hat Bernadette vorher auch gesagt -, dass man Gebühren nach dem Aufwand berechnen muss. Die Parkiergebühren dürfen aber auch als Lenkungsabgabe ausgestaltet werden. Wie ich jetzt vorhin gerade ausgeführt habe, könnte sie eigentlich ihre Lenkungswirkung nur entfalten, wenn es eben für alle ein Eingriff ist und nicht nur für die, die nicht viel verdienen. Als zweites Gegenargument führt der Gemeinderat auf, dass es einen sehr grossen bürokratischen Aufwand gäbe, und dass man das eigentlich nur mit automatischen Lohnabzügen machen könnte, was dann auch wieder ein Problem ergibt. Ja, das kann vielleicht sein, wenn man jetzt wirklich strikt genau nach dem Namen, der jetzt dort drinsteht, mit diesen 0,5 Lohnprozent argumentiert. Wir finden aber, es gäbe da auch pragmatischere Lösungen, zum Beispiel, dass man irgendwie für ein Lohnband die gleichen Preise macht, wofür dann vielleicht der bürokratische Aufwand sehr viel weniger gross ist. Wir sind darum froh, dass ihr das in ein Postulat gewandelt haben, weil wir finden, die Forderung sollte eigentlich möglichst so umgesetzt werden. Aber wenn es irgendwie halt ein bisschen einen kleineren bürokratischen Aufwand gibt mit der einen oder anderen Lösung, dann würden wir das auch sehr begrüßen. Vor allem finden wir, dass man hier eigentlich ein kleines Beispiel hat, wie man sich Gedanken machen kann, wie man solche Gebühren einkommensabhängig gestalten kann, eben auch im Hinblick dann auf die Beantwortung unseres Postulats,

das ich vorher erwähnt habe. Grundsätzlich sind wir auch, wie die Punkte 2 und 3 fordern, dafür, dass die Parkplätze wirklich nur für jene Leute gratis sein sollen, die sie auch brauchen. Die pragmatische Lösung, die der Gemeinderat aber im Moment aufzeigt, finden wir, ja das ist jetzt vielleicht auch in Ordnung. Also ich glaube, so wahn-sinnig viele Leute haben nicht Anspruch auf einen Gratisparkplatz. Auch dort sind wir froh, dass man dies in ein Postulat umwandelt hat, damit man eine möglichst einfache Lösung findet. Aber die Idee, die hinter dieser Motion steht, unterstützen wir voll und ganz.

Präsident: Danke, Katharina. Dann käme als nächstes Matthias Humbel für die GFL/EVP-Fraktion.

Matthias Humbel (GFL) für die Fraktion: Wie wir schon im vorangehenden Geschäft gehört haben, ist es der GFL/EVP-Fraktion ein Anliegen, dass die Anzahl der Pendlerparkplätze reduziert wird. Es braucht daher aus unserer Sicht in erster Linie Anreize, um vom Auto wegzukommen und nicht Anreize, um mit dem Auto zu kommen. Wie der Gemeinderat in der Beantwortung unseres Postulats festgehalten hat, kommen rund Zweidrittel der Angestellten aus der Stadt oder Agglomeration. Die weitaus meisten kommen mit dem öffentlichen Verkehr, mit dem Velo oder zu Fuss zur Arbeit. Nur um die 15 Prozent kommen noch mit dem Auto. Dass es nachher bei diesem Anteil für jene Personen, die tatsächlich auf das Auto angewiesen sind, auch sozialverträgliche Lösungen braucht, ist auch bei uns unbestritten. Wie der Gemeinderat festhält, ist das aber bereits heute der Fall. So können unter anderem Mitarbeitende, die ausserhalb der Betriebszeiten des ÖV arbeiten, wie Schichtarbeitende oder Menschen mit Beeinträchtigung Parkplätze unentgeltlich nutzen. Diese Punkte erachten wir entsprechend als umgesetzt. Weitergehende Anreize, mit dem Auto zu kommen, indem die Parkgebühren für gewisse Personalkategorien vergünstigt werden, erachten wir wiederum als Widerspruch zu den ökologischen Überlegungen. Die Stadt soll für ihre Mitarbeitenden nicht das Pendeln mit dem Auto attraktiver machen, sondern eben gerade im Gegenteil das Pendeln mit anderen Verkehrsmitteln. Aus diesen Überlegungen heraus wird die GFL/EVP-Fraktion dem Gemeinderat folgen und dem Vorstoss als Postulat zustimmen.

Präsident: Danke, Matthias. Dann nehmen wir noch Bettina Stüssi von der SP/JUSO-Fraktion.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion: Also die SP/JUSO unterstützt den Gedanken, dass der Gemeinderat als Arbeitgeber durchaus den Preis für einen Parkplatz auf das Einkommen abstufen könnte. Wir reden eigentlich überhaupt nicht davon, dass wir Parkplätze jetzt vergünstigen oder begünstigen wollen oder wir wollen auch nicht unbedingt den Effekt, dass jetzt alle mit dem Auto kommen sollen, weil sie alle einen ganz billigen Parkplatz haben. Das ist überhaupt nicht der Sinn dieser Motion, jetzt Postulat. Wir sind der Überzeugung, dass der Gemeinderat dies eigentlich zwingend prüfen sollte und zwar eigentlich als Arbeitgeber. Es gibt städtische Mitarbeitende, die nicht in der Stadt wohnen, und für die es nicht so praktisch ist, mit dem ÖV zu kommen. Und für kleine Einkommen ist das doch ein rechter Happen, der für einen Parkplatz vom Lohn weggeht. Wir sind schon auch der Meinung, dass es kein Recht auf einen Parkplatz gibt, denn wir wollen ja eigentlich auch, dass die Leute mit dem Velo oder mit dem ÖV kommen. Aber: "Es gibt jene und solche und dann gibt es noch ganz andere und da sind

die schlimmsten." Jetzt, da die ÖV-Preise auch noch steigen, nebst Miete und Krankenkassen, gibt es durchaus Leute, die rechnen müssen. Und es wäre nichts als gerecht und gut, wenn die einen etwas günstigeren Parkplatz bekämen. Man könnte es ja auch sehen als Pluspunkt eines etwas attraktiveren Arbeitgebers jetzt in Zeiten des Fachkräftemangels. Denn mit Löhnen können wir ja nicht auftrumpfen. So bitte ich euch, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, damit man das doch wenigstens einmal anschaut und prüft. Merci.

Präsident: Vielen Dank, Bettina. Janosch Weyermann, wie lange hast du? - Das nehmen wir in dem Fall auch noch. Wir kriegen das hin.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat, dass er die Motion entsprechend zur Ablehnung empfiehlt. Die SVP wird sie sowohl als Postulat als auch als Motion ablehnen. Wir verstehen es nicht ganz. Einerseits habt ihr die städtischen Angestellten vergoldet, andererseits mögt ihr ihnen nicht einmal einen Parkplatz gönnen. Ich kann mich daran erinnern, dass eigentlich fast bei jedem Dienststellenbesuch oder Delegationsbesuch immer vom Fachkräftemangel geredet wird, dass Leute fehlen, um solche Stellen zu besetzen. Und das sind teilweise halt wirklich auch Leute, die wahrscheinlich auf das Auto angewiesen sind. Und ich glaube, mir als Arbeitnehmer wäre es ein extremes Anliegen, dass ich eben einen Parkplatz hätte bei der Arbeit, am liebsten natürlich einen Gratisparkplatz. Und ich kann es zum Beispiel auch sagen von meiner Schwester, die in Biel Lehrerin ist. Für sie ist das ein No-Go, wenn man keinen Parkplatz hat, weil sie halt einfach gerne in der Stadt Bern wohnt und in Biel arbeitet. Und ich bitte euch, doch hier einfach mal ein bisschen eure Anti-Autohaltung auszublenzen und den Leuten einfach ihre Parkplätze zu lassen und die Motion entsprechend abzulehnen. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Janosch. Die meisten von uns haben ein Tram zu erwischen. Ich wiederhole noch einmal, es fährt wirklich einfach pünktlich ab. Das kann nicht warten, darum bitte ich alle, die sich angemeldet haben, spätestens um 19.15 Uhr an der Tramhaltestelle bereitzustehen. Ich wünsche allen einen Guten und wir fahren pünktlich wie das Tram weiter um 20.30 Uhr.

Schluss der Sitzung: 18.57 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.12.2023

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

27.01.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident und 67 Mitglieder des Stadtrats

Stadtrat entschuldigt

Janina Aeberhard	Dolores Dana	Tanja Miljanovic
Diego Bigger	Milena Daphinoff	Dominic Nellen
Michael Burkard	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Francesca Chukwunyere	Salome Mathys	Nicole Silvestri

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI
--------------------------	-----------------------

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretä- rin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
-------------------------------------	---------------------------------------	-------------------------------

2019.SR.000320

12 Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Parkplatzgebühren

Präsident: Ich heisse alle willkommen zurück, pünktlich um 20.30 Uhr. Ich glaube, wir fahren jetzt immer mit dem Tram in die zweite Sitzung, weil dann sind wir wirklich alle pünktlich, wie BERNMOBIL. Merci vielmals. Wir steigen wieder in die Sitzung mit dem Traktandum Nummer 12 ein. Wir haben bereits gehört: Katharina Gallizzi vom GB, Matthias Humbel GFL, für die SP Bettina Stüssi und für die SVP Janosch Weyermann. Es wäre auch noch offen für weitere Fraktionsvoten. Es scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Das wäre Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich weiss nicht recht, ob das dem Blutzuckerabsturz geschuldet ist, aber ich bin ein bisschen verwirrt, wie man die Motion verstehen kann. Also, die einen verstehen darunter offensichtlich, dass man die Parkplätze verbieten will und die anderen verstehen darunter, dass man die Parkplatzmiete senken will. Beides steht nicht in dieser Motion und ist auch nicht angedacht. Im Gegenteil, also die Parkplatzgebühren könnten mit dieser Motion auch erhöht werden.

Präsident: Danke vielmals, Bernadette. Gibt es weitere Einzelvoten. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat jetzt noch am Schluss das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ja, danke vielmals für die Diskussion. Eben es ist schon interessant, oder? Einerseits wollen wir keinen MIV mehr in dieser Stadt, aber auf der anderen Seite sollte man dann nachher Parkplätze zur Verfügung stellen. Ich sage das jetzt ein bisschen pointiert. Ich werde das jetzt noch ein bisschen differenzierter sagen, aber ganz klar ist für den Stadtrat, dass eine nachhaltige Mobilität nicht den Schwerpunkt beim MIV setzt. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt Bern, Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Jetzt ist klar, dass es Ausnahmen gibt, dass es Mitarbeitende gibt, die auf einen Parkplatz angewiesen sind. Es wurde erwähnt, dass Chefbeamte mehr zahlen sollen, auch die KITA-Mitarbeitende. Für mich stehen nicht gerade die im Vordergrund. Und ich kann Ihnen sagen, dass meine Chefbeamten*innen, die kommen meistens mit dem Velo oder mit dem ÖV und auch KITA-Mitarbeitende haben Arbeitszeiten, bei denen man zumuten kann, dass man mit dem Velo oder mit dem ÖV zur Arbeit kommt. Heute gibt es auch die schnellen E-Bikes. Da kann man also gerade mehr als 5 Kilometer vom Arbeitsort wohnen und man schafft es in vernünftiger Zeit noch dann rechtzeitig dort zu sein. Ja, aber Zahlung ist richtig und wichtig. Das ist in ein Postulat gewandelt worden. Wir haben bereits eine Reglementsänderung vom Personalreglement hinter uns, über die Nachfolge von dem sind wir daran, die Verordnung anzupassen. Diese Verordnung ist im Moment bei den Parteien in der Vernehmlassung. Darin haben wir eigentlich vorgesehen, dass diejenigen, die darauf angewiesen sind, unentgeltlich einen Parkplatz brauchen können. Das sind Dienstfahrzeuge, dienstlich genutzte Privatfahrzeuge, Leute, die Pikett leisten und bei Alarm ausrücken müssen, auch eben Mitarbeitende, die zwischen 20.00 Uhr am Abend und am Morgen um 8.00 Uhr Schicht- oder Turnusarbeit leisten und die Mitarbeiter selbstverständlich mit Behinderungen, die darauf angewiesen sind. Also von dem her, jetzt auch im Sinn von einem Postulat, können wir das gerne entgegennehmen. Merci.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir sind auch hier, in diesem Fall, bereit für die Abstimmung. Wir stimmen ab im Traktandum 12, über das Postulat.

Abstimmung

2019.SR.000320: als Postulat

Annahme

Ja	36
Nein	19
Enthalten	0

[Namensliste 027](#)

Präsident: Sie haben dem Postulat zugestimmt.

2018.SR.000250

13 Motion Lisa Witzig und Mohamed Abdirahim (JUSO): Gratis Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäuden der Stadt Bern

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 13. Es ist eine Motion von Lisa Witzig und Mohamed Abdirahim. Das ist nach meinem Kenntnisstand von Ursina Anderegg übernommen worden. Ich übergebe hier das Wort, weil bestritten den Einreichenden, da käme Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO) für die Einreichenden: Nach 5 langen Jahren hat es jetzt auch der Vorstoss von Mohamed Abdirahim und Lisa Witzig zur Traktandierung geschafft. Auch wenn die Motion schon etwas älter ist, hat sie doch inhaltlich nichts an Aktualität verloren. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Menstruationsartikel auf öffentlichen WC zu einem guten Service Public gehören. Seit der Einreichung ist das auch in der Schweiz immer mehr angekommen, unter anderem im Kanton Waadt, im Kanton Basel-Stadt, in der Stadt Zürich und an verschiedensten Schweizer Hochschulen werden Tampons und Binden gratis zur Verfügung gestellt. So erfreulich die allgemeine Entwicklung ist, so wenig erfreut sind wir hingegen über die Antwort des Gemeinderates. Der Gemeinderat nimmt auf knapp eineinhalb Seiten Stellung zu dieser Motion, und dabei geht es schon eine halbe Seite nur um die Mehrwertsteuer auf den Menstruationsprodukten. Auch wir freuen uns natürlich, dass die Mehrwertsteuer mittlerweile gesenkt wurde. Um das geht es in diesem Vorstoss nicht und das ist auch nicht in der Kompetenz der Stadt. Dieser Vorstoss fordert gratis Menstruationsartikel auf öffentlichen WC als Beitrag zur Gleichstellung, zur Enttabuisierung und zur Gesundheit von menstruierenden Menschen. Zur Gleichstellung findet der Gemeinderat, dass die circa 10 bis 15 Franken Mehrausgaben pro Monat würden für die Allermeisten nicht ins Gewicht fallen. Die Aussage ist eine Frechheit gegenüber all denen, die Mühe haben, 15 Franken mehr im Monat aufzubringen. Laut dem Gemeinderat spielen sie aber hier keine Rolle, weil sie keine Mehrheit darstellen. Von Menstruationsarmut sind auch in der Schweiz Leute betroffen, insbesondere Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen, Schüler*innen und Studierende. Es kommt dazu, dass es für alle menstruierenden Menschen eine unangenehme Situation ist, wenn man mal keine Tampons oder Binden dabei hat. Menstruationsartikel sind ein Grundbedürfnis und müssen dementsprechend für alle verfügbar sein. Von einem Giesskannenprinzip, wie der Gemeinderat das nennt, kann

hier keine Rede sein. Ein weiterer Aspekt von Menstruationsarmut ist auch, dass Menschen aufgrund der Menstruation nicht arbeiten gehen oder nicht in die Schule gehen können. Das ist auch eng damit verknüpft, dass die Menstruation nach wie vor, weitgehend tabuisiert ist. Auch wenn der Gemeinderat hier als mehrheitlich männliches Gremium sehr kompetent in einem Satz zum Schluss kommt, dass die Tabuisierung der Menstruation auch eigentlich gar kein Problem ist, ändert das nichts am Fakt, dass es zum Beispiel bis am 2. März 2017 gegangen ist, bis das erste Mal rote Flüssigkeit anstatt blaue in Werbungen für Menstruationsprodukte aufgetaucht ist oder dass Krankheiten wie Endometriose nach wie vor kaum oder nicht genug erforscht sind. Die Bereitstellung von Menstruationsprodukten auf öffentlichen WC trägt hier auch zur Normalisierung bei. Der Vorschlag des Gemeinderates in der Antwort, dass in den Schulen in Notsituationen Demonstrationsprodukte auf Anfrage zur Verfügung stehen sollten, zeigt auch deutlich, dass man offenbar nicht begriffen hat, was eine Enttabuisierung sein sollte. Im Gegensatz zum Gemeinderat sind wir auch nach wie vor der Meinung, dass gratis Menstruationsartikel auf öffentlichen WC ein Beitrag zur Gesundheit von menstruierenden Menschen sind. Zur Vorbeugung von Infektionen zum Beispiel ist ein regelmässiger und hygienischer Zugang zum EG-System sehr wichtig. Stehen sie also gratis zur Verfügung, leistet das einen wichtigen Beitrag und das schliesst übrigens auch andere gezieltere Massnahmen, zum Beispiel für obdachlose Menschen nicht aus. Wir begrüssen es natürlich, dass wie ich heute erfahren habe, der Gemeinderat die Absicht hat, an verschiedenen Standorten Menstruationsartikel gratis zur Verfügung zu stellen. Trotzdem finden wir es nach wie vor enttäuschend, dass der Gemeinderat sich nicht genügend Mühe gemacht hat, schon in dieser Antwort ernsthaft zu diesem Anliegen Stellung zu nehmen und sich damit auseinanderzusetzen. Fakt bleibt nämlich, dass circa die Hälfte der Schweizer Bevölkerung menstruiert in ihrem Leben und hat dabei Mehrausgaben von insgesamt ungefähr 4'500 Franken. Wir halten deshalb daran fest, dass die gratis Menstruationsartikel auf allen öffentlichen WC zu einem guten Service Public gehören und längst überfällig sind. Danke, dass Sie die Motion unterstützen.

Präsident: Merci vielmals, Paula. Wir wären in dem Fall bei den Fraktionsvoten. Für die SP/JUSO-Fraktion Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion von der JUSO. Wir sind überzeugt, dass Menstruationsprodukte genauso zum Grundbedarf gehören wie WC-Papier und Seife. Diese Güter stehen selbstverständlich im öffentlichen Bereich kostenlos zur Verfügung. Hier zeigt sich der Doppelstandard unserer Gesellschaft, denn die Mehrheit des Gemeinderates anscheinend nicht erkennt. Niemand würde je auf die Idee kommen zu sagen, Menschen sollen gefälligst ihr eigenes WC-Papier und ihre eigene Seife mitbringen. Toilettenpapier und Seife sind auch nicht so teuer. Merken Sie, wie absurd das klingt. Wenn du deine Tage bekommst und nicht daran gedacht hast, und nichts dabei hast, ist das im Fall einfach uncool. Es würde mich interessieren, wie viele Menschen die Mitglieder des Gemeinderates kennen, die sich nicht unwohl fühlen, wenn ihnen das passiert und sie ganz ohne Sorgen einfach mit einem Blutfleck weiterarbeiten würden. Wenn das kein Tabu wäre, dann würden wir die Menstruationsflecken genau so sehen wie Essensflecken, das machen wir aber nicht. Ich weiss noch genau als ich in der 7. Klasse gewesen bin, bin ich auch mal in dieser Situation gewesen. Das war mir unglaublich peinlich. Ich wollte in den Boden versinken, nur noch, aber gleichzeitig nicht aufstehen vom Stuhl, weil ja irgendjemand sehen könnte, was mir hier passiert ist. Ich wäre niemals auf die Idee gekommen, in dieser Situation zu einer Lehrperson zu gehen, wegen meines Notfalls. Ich

hoffe, das hat sich heute ein bisschen gebessert, ein Tabu ist es aber nach wie vor. Aus diesem Grund müssen wir gerade die Schulmenstruationsartikel auf WC zur Verfügung stellen, nicht zuletzt, weil Menschen, die ihre Tage noch nicht lange haben, die oft noch nicht regelmässig haben und auch darum weniger gut vorbereitet sind, wenn sie ihre Tage bekommen. Wie Paul Kleemann betont hat, ist es eine Schmach gegenüber Betroffenen von Periodenarmut, dass gerade der Gemeinderat ihre Unterstützung nicht so für nötig empfindet, weil sie auch keine Mehrheit bilden. Aber wir begrüssen es auf jeden Fall, dass der Gemeinderat es wichtig findet, gezielte Massnahmen zu entwickeln, damit Betroffene von Menstruationsarmut zu hygienischen Menstruationsartikeln kommen. Dieser Vorstoss hier hält Sie nicht davon ab, und ich bin sehr gespannt darauf, zu hören, was Sie diesbezüglich gemacht haben und wie weit Sie mit der Umsetzung sind. Nicht zuletzt geht es hier auch um den Gesundheitsschutz. Wenn Menstruationsprodukte durch andere gesundheitsschädigende Materialien ersetzt werden müssen, gefährdet das eben die gesundheitliche Situation. Aus diesem Grund stellen wir ja auch Gratisseife zur Verfügung, um die Risiken von Gesundheitsgefährdungen zu minimieren. Es handelt sich übrigens nicht einfach um ein linkes Anliegen, "Sexuelle Gesundheit Schweiz", der Dachverband der Beratungsstellen für sexuelle Gesundheit unterstützt diese Forderung klar, weil sie eben sagen, dass damit die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die zugehörigen Rechte von menstruierenden Personen damit gestärkt werden.

Präsident: Danke vielmals, Sofia. Dann käme als nächstes für das GB/JA! Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: GB/JA!-Fraktion unterstützt die Motion natürlich und bedankt sich bei der JUSO für den Vorstoss. Inhaltlich haben wir jetzt schon viel gehört, warum das Anliegen sehr sinnvoll und wichtig ist und wir haben heute hier drin die Chance mitzuziehen, weil nämlich zahlreiche Gemeindewesen, öffentliche Institutionen und auch sehr viele private Betriebe es zwar im internationalen, kantonalen und im lokalen Kontext schon umgesetzt haben. Was wir jetzt noch hier beschliessen können, ist, dass das auch in der Stadt Bern Realität werden sollte. Es ist also eigentlich gar nicht so eine wilde Sache. Die Forderung nach Gratis-Menstruationsartikel ist wichtig aus Gleichstellungs-, Sozial- und Gesundheitspolitische Perspektive. Der Vorstoss umschreibt das ganz schön und wir haben es vorher von meinen Vorrednerinnen gehört. Auch wir sind ziemlich irritiert über die Antwort des Gemeinderates: Also zuerst das Argument mit diesen 10 bis 15 Franken, die für den grössten Teil der Bevölkerung kein Problem seien und darum sei eine Gratisabgabe nicht gerechtfertigt. Das ist eine sehr befremdliche Aussage. Das ist betreffend Armutsbekämpfung sogar recht eine arrogante Haltung und auch in Bezug auf Lohn- und Vermögensungleichheiten zwischen den Geschlechtern sehr eine ignorante Haltung. Wir finden, dass die Stadt alle Hebel, die es gibt, nützen muss in der Armutsbekämpfung und in der Bekämpfung von verschiedensten Gender Gap. Und deshalb kann man mit dieser Massnahme ziemlich niederschwellig vorwärts machen, weil sie in verschiedensten Seiten eine grosse Wirkung haben kann. Im Vortrag kommt dann nachher eben der berühmte ausführliche Teil, nämlich die Abhandlung über die unsägliche Mehrwertsteuergeschichte. Wir finden es auch sehr schön, dass sich der Gemeinderat ab dieser Tatsache stört, aber ein wenig auffällig ist, dass der Vortrag eigentlich hauptsächlich aus dieser Abhandlung besteht, die eigentlich gar nichts mit den Forderungen direkt zu tun hat. Als nächstes teilt uns der Gemeinderat mit, dass er der Meinung sei, dass die Menstruation im Erwachsenen-

alter kein Tabu mehr sei. Es freut uns sehr, dass Sie offensichtlich in ihrem Gemeinderat ein tabuloses, freies und offenes Verhältnis haben und sich sehr oft über diese Menstruation austauschen. Wir fänden es aber für ein nächstes Mal angemessener, wenn Sie an der Stelle mit einem Vortrag mit ein wenig mehr Fachwissen hinten hervorkämen und nicht einfach irgendetwas herauslassen und irgendetwas ohne Hände und Füsse behaupten. Es ist ganz sicher keine Tatsache, dass Menstruieren kein Tabu mehr unter Erwachsenen ist. Das können sicher alle menstruierenden Stadträte hier drin selbst bestätigen. Es ist zum Beispiel schon nicht normal, dass man in einen Raum geht, in dem fremde Leute drin sind und laut einmal nach einem Tampon fragt. Das ist eigentlich sehr absurd, aber es ist nicht normal und es ist auch nicht normal, dass man mit einem Blutsfleck auf der Hose durch die Gegend läuft, ohne dass das einen irgendwie beschämt. Für uns ist klar, dass die Stadt auch mithelfen muss das Tabu weiter zu brechen und dass wir mithelfen das Menstruieren zu normalisieren. Ein ungehemmter Umgang mit dem Thema würde das Leben sehr vieler Menschen – Junger, aber auch bei Eltern – sehr fest erleichtern. Ich komme noch zu der letzten Seltsamkeit in diesem Vortrag, nämlich ganz am Schluss erwähnen wir in einem Absatz welchen finanziellen Folgen die Umsetzung dieser Motion haben sollte. Dort sagt die Kommission, es werde keine finanziellen Folgen haben. Das kann ja, wie nicht sein, denn es geht ja darum, dass man gratis etwas der Bevölkerung zur Verfügung stellt. Das ist auch okay, wenn das etwas kostet. Das würde auch nicht sehr viel kosten, aber es wäre noch gut gewesen, wenn man gewusst hätte, was sich da der Gemeinderat überlegt dabei hätte, aber vermutlich haben die Person und der Gemeinderat, die den Vortrag geschrieben haben, einfach oben das Wort gratis gesehen und haben dann einfach in dem Absatz hineingeschrieben, dass es hat keine finanziellen Folgen hat. So viel zur Ernsthaftigkeit, wie der Gemeinderat mit dieser Motion umgegangen ist. Der Gemeinderat lehnt also diesen Vorstoss ab und das aus Gründen, die für unsere Fraktion aus dem irritierenden Vortrag nicht nachvollziehbar sind. Wir hoffen aber und denken auch, dass Sie hier im Saal, die Stadträte*innen, die menstruieren und nicht menstruieren, das Ganze ein bisschen differenzierter anschauen und mithelfen, den Vorstoss zu überweisen, um die einfach umsetzbare, aber in vielen Fällen sehr wirksame Massnahme zu ergreifen. Und vom Gemeinderat erwarten wir, dass er sich auch mit solchen Themen – wenn er schon findet, dass sie so Tabu befreit sind – ernsthaft damit befasst und auch anständige Antworten auf Vorstösse schreibt. Danke vielmals.

Präsident: Danke vielmals, Ursina. Ich sehe keine weiteren Voten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte hier das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich bin ja von der Fraktionssitzung schon etwas vorbereitet gewesen auf die heutige Debatte. Wenn ich es zusammenfassen müsste, würde ich sagen, kalt geduscht und viel gelernt. Es ist mindestens so, wenn ich sage, nicht ein Tabuthema. Vielleicht ist das so, da ich mittlerweile über 60 bin, dass es ein Thema ist, über das ich reden kann, ohne rot zu werden. Vielleicht ist ja das auch schon etwas. Ich möchte einleitend auch noch festhalten, dass da wirklich jetzt sehr viel Wasser die Aare ab ist seit 2019. Die Antwort - das liegt nicht am Gemeinderat – dadurch ist nicht besser gewesen im Jahr 2020, das gebe ich zu, aber es ist effektiv sehr viel passiert. Ich will auch noch festhalten, dass wir damals nicht ein 4/1, sondern mindestens ein 3/2 sind gewesen, bezüglich Männer und Frauen im Gemeinderat. Aber es ist klar, es ist, glaube ich, nicht eine Meisterleistung die Antwort. Es ist aber auch so, dass man sich doch in der Verwaltung ein bisschen weiterentwickelt hat. Die Breaking News

hat es jetzt schon gebracht, die Schulleitungen sind noch nicht informiert. Wir werden bis im März alle Schulen und alle Turnhallen-Toilette mit Binden- und Tampon-Spender ausrüsten. Das sind rund 130 Gebäude, das ist mindestens ein Anfang. Jetzt bin ich gespannt, wie es herauskommt. Wir schauen dann, wie die nächsten Schritte weitergehen.

Präsident: Merci vielmals Michael Aebersold. Wir sind auch bei dem Traktandum bereit zur Abstimmung. Wir stimmen ab über das Traktandum Nummer 13 als Motion.

Abstimmung

2018.SR.000250: als Richtlinie

Annahme

Ja	47
Nein	9
Enthalten	5

[Namensliste 028](#)

Präsident: Sie haben die Richtlinienmotion angenommen. Wir nehmen das so auf. Du hast das mitbekommen Frank? Bei Johannes Wartenweiler hat der Knopf nicht funktioniert. Hast du schon abgestimmt? Er hat Ja gestimmt.

2019.SR.000063

14 Motion Fraktion SP/JUSO (Yasemin Cevik/Bernadette Häfliger, SP): Investitionen in Kriegsmaterial wirksam verhindern

Präsident: Wir kommen zum nächsten Traktandum Nummer 14: Es geht hier um eine Motion der Fraktion SP/JUSO. Hier wurde die Annahme empfohlen. Deshalb die Frage in die Runde: Ist die Motion bestritten? Sie ist bestritten. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden. Das wäre Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden und für die Fraktion: Ich bin vor der Pause gefragt worden, ob ich angesichts vom Krieg in der Ukraine das Kernanliegen der Motion, dass die Pensionskasse nicht in Kriegsmaterial investieren soll, noch für opportun halte. Auch wenn die Kriege in diesen Tagen den Einsatz von Kriegsmaterial leider durchaus auch in einem anderen Licht erscheinen lassen, bin ich der Meinung, dass das Vorsorgegeld vom städtischen Personal in nachhaltige Anlagen investiert werden soll. Vorab gesagt, muss festgehalten werden, dass die Einflussmöglichkeiten des Stadtrates in Sachen Anlagepolitik der Pensionskasse der Stadt Bern sehr beschränkt sind. Es gilt zudem zu berücksichtigen, dass diese Pensionskasse zwingend paritätisch verwaltet wird und die Pensionskasse der Stadt Bern neben den Mitarbeitenden der Stadt auch die von Ostermundigen, der EWB und der BERNMOBIL versichert hat. Die Arbeitgebervertretung der Stadt Bern nimmt nur gerade 4 von insgesamt 12 Sitzen ein. Auch alle allfälligen Aufträge für die Arbeitgebervertretungen sind rechtlich nicht verbindlich, weil die Vertretungen persönlich haften und die Haftung nicht wegbedungen werden kann. Gebundene Mandate sind also ausgeschlossen. Die Pensionskasse ist an die eidgenössischen Vorgaben im BVG zwingend gebunden und weder der Gemeinderat noch der Stadtrat sind befugt, Vorschriften zu machen, besonders nicht bundesrechtswidrige. Oberste Maxime bei den Anlagen ist, aus dem Bundesrecht, dass die

Vorsorgeeinrichtung ihr Vermögen so zu verwalten hat, dass die Sicherheit und ein genügender Ertrag der Anlagen zur Deckung des voraussehbaren Bedarfs an flüssigen Mitteln gewährleistet werden müssen. Es gilt hier in der Stadt Bern zu berücksichtigen, dass die Stadt ihren Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse noch nicht vollumfänglich nachgekommen ist und noch ungefähr eine Schuld von 70 Millionen besteht. Es gibt aber leider keine eidgenössischen Nachhaltigkeitskriterien und die eidgenössische Initiative für ein Verbot zur Finanzierung von Kriegsmaterialprodukten ist leider vom Schweizer Stimmvolk am 20. November 2020 mit 58 Prozent abgelehnt worden. Die Pensionskasse Stadt Bern hat aber in ihrem Anlagereglement spezifische soziale, ökologische und ethische Kriterien definiert und übernimmt den UN Global Compact, wobei die Einhaltung dieser Kriterien durch Externe geprüft wird. Die PK der Stadt Bern ist auch Mitglied des Ethos Engagement Pool Schweiz und international. Das in der Antwort des Gemeinderats angekündigte Nachhaltigkeitskonzept ist seit 2021 in der Anlagestrategie der Pensionskasse Stadt Bern übernommen worden. Die PK hat zudem ausdrücklich alle Beteiligungen an Unternehmungen ausgeschlossen, die geächtete Waffen, also Atomwaffen, Streumunition und Antipersonenminen, herstellen. Die Entwicklung der Nachhaltigkeit kann man im Geschäftsbericht der Pensionskasse nachverfolgen. Sie hat sich in den letzten Jahren laufend verbessert und erreicht in der Zwischenzeit das höchste Rating AAA. Die Pensionskasse arbeitet in Sache Nachhaltigkeit damit deutlich besser als andere vergleichbare Pensionskassen. Aktuell legt die Pensionskasse Stadt Bern ihre Anlage passiv in einem Fonds an, was für eine so kleine Pensionskasse üblich ist. Sie entscheiden also nicht über jede einzelne Anlage selber, sondern wählt einfach einen Fonds, der unterschiedliche Anlagen beinhaltet. Dadurch können die Verwaltungskosten vergleichsweise tief gehalten werden. Bei Fonds wird jeweils deklariert, welche Nachhaltigkeitskriterien im gesamten Berücksichtigt werden. Im sehr beschränkten Handlungsspielraum des Stadtrates versucht die Motion jetzt Klarheit zu schaffen. Es wäre beispielsweise denkbar, – ob es dann auch wünschbar ist, müsste man später entscheiden – dass der Stadtrat von der passiven in die aktive Anlageform wechseln möchte. Ob der Stadtrat allerdings der Pensionskasse einen entsprechenden Auftrag erteilen kann, müsste dann auch die Antwort auf die Motion klären. Damit das Leistungsziel bei der direkten Anlage noch erreicht werden kann, müsste die Stadt in einem solchen Fall mehr Mittel investieren und die Wertschwankungsreserven müssten erhöht werden. Die Motion soll auch klären, wie viel mehr das Kosten würde. Damit der Stadtrat über die notwendigen Informationen für allfällige Entscheidungen verfügt, verlangt die Motion einen diesbezüglich umfassenden Bericht. Zudem verlangt die Motion, dass der Gemeinderat sich um entsprechende eidgenössische Regulierungen bemüht, weil eigentlich nur auf nationaler Ebene ein realer Hebel für Veränderungen besteht. Weiter soll im verlangten Bericht untersucht werden, ob beziehungsweise wie die PK ihre eigenen Nachhaltigkeitskriterien einhält. Ich bitte sie im Namen der SP/JUSO-Fraktion, diese Motion anzunehmen, und das war auch das Fraktionsvotum.

Präsident: Danke vielmals, Bernadette. Wir wären in dem Fall mitten in der Fraktionsvoten. Für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion käme Vivianne Esseiva.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion: Wir sehen das auch so, dass die Nachhaltigkeitskriterien natürlich bei einer PK eine wichtige Rolle spielen. Sie haben ja auch schon... Die PK hat das ja auch schon – wie Bernadette es erwähnt hat – dass irgendwo in den Anlagestrategien drinnen, dass eben nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien gewirtschaftet werden soll. Ich habe dieses Jahr auch das Vergnügen gehabt,

die Pensionskasse im Rahmen meiner Aufgabe bei der GPK genauer anzuschauen, habe mit ihnen sehr lange Gespräche gehabt und ich muss wirklich sagen, – ich bin auch vom Fach, also ich beschäftige mich auch jeden Tag mit dem – die PK der Stadt Bern ist extrem schon sensibilisiert darauf. Sie machen schon sehr viel. Sie machen auch zum Beispiel in ihren Gebäuden sehr viel. Sie haben eine vorbildliche Rolle im Gegensatz zu anderen PK. Ich würde wirklich auch hier sagen, dass man wirklich auch einen Dank an die Pensionskasse der Stadt Bern ausrichten muss. Sie machen schon sehr viel. Aus diesem Grund sehen wir auch da nicht unbedingt die Notwendigkeit von dieser Motion und wir werden als Fraktion FDP/Jungfreisinn diese Motion ablehnen, weil wir eben finden wir gehen schon in diese Richtung. Es wird schon sehr viel gemacht und jeden zusätzlichen Bericht, jedes zusätzliche Label, welches sie vielleicht haben müssten, jede zusätzliche Abklärung kostet Geld und wir haben hier Pensionskassengelder von Mitarbeitern. Das ist ein gesetzlicher Auftrag, sie müssen hier Rendite erzielen und wir wollen einfach schauen und wir finden es unnötig, dass dort nachher, für Prüfungen und so weiter, die sie jetzt müssten noch einmal machen, dass dort mehr Geld ausgegeben werden muss, weil eben wirklich die hohe Sensibilisierung der PK wirklich schon da ist. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Vivianne. Dann käme für das GB/JA! Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir haben schon mehrmals über das Thema Anlagestrategie von der PVK diskutiert und ich muss sagen, ich finde es ein bisschen ein leidiges Thema. Im PVK-Reglement steht, und das haben wir vorhin auch schon gehört, klar und deutlich, dass die PVK ihr Handeln nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichtet. Trotzdem hält die PVK immer noch Anlagen in Firmen, die Kriegsmaterial produzieren. Kriegsmaterial ist weder ethisch noch sozial nachhaltig. Ich hoffe, wir sind uns da einig. Laut Prüfungsbericht von unserer Motion "keine Rentengelder für Kriegsmaterialproduktion" liegt der Investitionsanteil von der PVK in Unternehmen, die einen Teil von ihrem Umsatz mit Waffen erzielen, immer noch bei 14,5 Millionen Franken. Das ist anscheinend nachhaltig kein Problem zu sein, weil die EGS-Überprüfung immer zu einem positiven Ergebnis kommt. EGS-Überprüfung hin oder her, die GB/JA!-Fraktion findet, es sei ein Problem, wenn eine öffentliche Pensionskasse in Kriegsmaterial investiert. Die Angestellten der Stadt Bern haben nicht die Möglichkeit, sich an einer Pensionskasse anzuschliessen oder nicht, also nicht nur an der Stadt Bern. Grundsätzlich hat man nicht die Wahl, in welcher Pensionskasse man ist, das heisst, sie werden gezwungen, ihr Geld dort anzulegen, wo halt die Pensionskasse, die ihrem Arbeitgeber unterstellt ist. Sie können weder bestimmen, wo das Geld angelegt wird, noch weiss man es im Detail. Das hat Bernadette ausgeführt. Es sind passive Anlagen, das heisst, es ist extrem schwierig für Leute, die irgendwie ihre Gelder dort anlegen zu wissen, wo das Geld eigentlich ist. Und ich bin sicher, dass die meisten Angestellten der Stadt Bern, wenn man sie fragen würde, wollen sie, dass ihre Rentengelder in Kriegsmaterial investiert werden, würden sie nein sagen. Aus diesem Grund finden wir es an der Zeit, dass man hier aussteigt. In seiner Antwort zu Punkt 3 versteckt sich der Gemeinderat wie immer hinter dem Argument, er habe gegenüber der PVK keine Weisungsbefugnis. Das Argument widerspricht einem Rechtsgutachten der Rechtsanwälte Ueli Kieser und Kaspar Saner, die wir hier auch schon mehrere Male zitiert haben, welches zum Schluss kommt, dass es in jedem Fall zulässig ist, dass eine Gemeinde der Pensionskasse vorgibt, dass sie keine Investitionen in Kriegsmaterial herstellende Unternehmen darf, tätigen. Das Argument in Punkt 3 taugt also nicht, auch wenn es der Gemeinderat immer wieder ins Feld führt. Zudem

könnte der Gemeinderat ja auch einfach mit der PVK reden und das Gespräch suchen, wenn es ihm wirklich wichtig wäre. Der Punkt 1 der Motion fordert zudem, dass eine Analyse gemacht werden soll, wie die Möglichkeit von einer aktiven Anlagestrategie könnte gemacht werden. Das hat auch Bernadette vorhin ausgeführt. Mit einer aktiven Anlagestrategie wäre es nämlich sehr viel einfacher zu sagen, dass oder das Unternehmen nehme ich nicht an, weil wir auch nicht auf die passiven Fonds angewiesen wären. Auf das geht der Gemeinderat in seiner Antwort gar nicht ein. Wie immer erwähnt er, dass einfach die PVK passiv investiert, andere Möglichkeiten werden nicht ausgelotet. Dabei könnte man sich ja zum Beispiel überlegen, sich mit anderen grossen Anlegern oder mit anderen Pensionskassen zusammenzutun, damit man eine kritische Grösse bekommen würde, bei der man dann eher zu einer aktiven Anlagestrategie wechseln könnte. Der Gemeinderat empfiehlt diese Motion zur Annahme. Das tönt zwar edel, in Wirklichkeit ist es aber eher ein bisschen eine Worthülse. Denn auch wenn die Motion angenommen wird, wird sich an der Situation nicht viel ändern. Ich will nicht schmälern, was schon gemacht wurde, aber es ist einfach noch nicht genug. Wir werden diese Motion natürlich trotzdem annehmen, aber wir hoffen, dass jetzt wirklich endlich etwas passiert, damit die Sparkapitalien der städtischen Angestellten nicht länger dazu verwendet werden, Krieg und Zerstörung zu finanzieren, ohne dass sie darüber entscheiden können, ob sie das wollen oder nicht.

Präsident: Vielen Dank, Katharina. Dann käme für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt den Vorstoss ganz klar ab. Es ist zwar eine Richtlinie, aber Ihr müsst noch einmal genau schauen, was hier alles verlangt wird. Da kommen jetzt die Nachhaltigkeitskriterien, von denen ich sowieso sage, dass sie teilweise äusserst fraglich sind und nachher vor allem soll man sich auf nationaler Ebene für klare gesetzliche Vorgaben einsetzen. Das hat man uns von der SVP häufig schon vorgeworfen. Wir können das nicht machen, wir sollen das machen, was uns eigentlich angeht, das sei die nationale Politik. Und es ist richtig gesagt worden, der Souverän hat die Einschränkungen vom Waffenverbot klar abgelehnt. Und jetzt habe ich noch einmal etwas zu sagen. Jetzt appelliere ich an die anderen Parteien. Ihr erinnert euch vielleicht, dass es eine Verschärfung des Kriegsmaterial-Waffengesetzes gegen den Willen der SVP und der FDP gab. Insbesondere die Mitte hat sich dafür eingesetzt. Kaum hat man es jetzt, will man alles wieder ändern. Bei der Ukraine soll es dann wieder um ganz anderes gehen. Dort soll man dann wieder Waffen liefern können. Und wenn Ihr schaut, die Grundsätze des Neutralitätsrecht nach Haager Konvention, wo ich immer noch der Meinung bin, dass die gelten, da müssen alle Parteien gleichbehandeln und da seid Ihr dann wirklich teilweise extrem inkonsequent, was Ihr jetzt wollt. Und hier geht es um die Interessen der Angestellten der Stadt Bern und es ist klar, dass man hier vernünftige Produkte wählen muss. Man darf keine riskanten Strategien wählen.

Präsident: Ich bitte um mehr Ruhe, ich verstehe Alexander nicht mehr.

Alexander Feuz (SVP) setzt sein Votum fort: Merci, aber dieser Vorstoss geht absolut in die falsche Richtung, wenn man es dann noch dirigistisch machen will. Wir haben eine Anlagekommission und jetzt soll dann irgendwie der Gemeinderat dann auch noch dort reinreden. Stellt euch jetzt mal vor in einer privaten Pensionskasse einer Bank, wenn man jetzt plötzlich sagen würde, dass nicht die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter eigentlich dann über die Anlagestrategie entscheiden sollen, sondern es ist

gleich der Verwaltungsrat der Bank, der entscheidet. Dann wären genau die gleichen Leute, die das jetzt fordern, die dann sagen, das ist eine unzulässige Einmischung. Deshalb ist es für mich ganz klar, man muss die Sache – die Richtlinien-Motion – ablehnen. Für uns ist das absolut der falsche Weg und wir bitten hier für Konsequenz. Danke.

Präsident: Vielen Dank, Alex. Als nächster Sprecher käme Marcel Wüthrich für die GFL/EVP-Fraktion.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Ja, besten Dank. Die grünen Fraktionen haben die Thematik der SP-Motion schon 2 Jahre früher aufgenommen. Die interfraktionelle Motion von Eva Krattiger fordert nämlich ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten mit über 5 Prozent Kriegsmaterialumsatz am Gesamtumsatz. Die Motion ist bereits beantwortet und enthält eine ganze Reihe von Punkten, warum die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK) die dortige Forderung der Motion nicht nachkommen könne: es sei zu teuer, es sei zu aufwendig, die PVK sei ohne Kompetenzen. So heisst es jeweils in den Antworten des Gemeinderates und sowieso habe die Stadt auch keine Kompetenzen gegenüber der PVK-Vermögensanlage. Und das ist ein Punkt, der juristisch zumindest umstritten ist. Das hat Katharina Gallizzi ganz richtig gesagt. Unserer Meinung nach gehört die Kriegsmaterialproduktion allenfalls in staatlichen Händen und ganz sicher ohne private Finanzierung. Und wollen wir uns einmal überlegen, was die Pensionskasse eigentlich macht? Sie tut nämlich Rentenguthaben... Ah, also sie sorgt für die Renten, die langfristig für die Rentnerinnen und Rentner hier sein sollten, und auf der anderen Seite versucht man das zu finanzieren, indem man Renditen über Kriegsmaterial finanziert. Irgendwie geht das wirklich nicht auf. Das ist für mich sogar eine richtig perverse Situation. Nicht nur im Zusammenhang mit Kriegsmaterial, sondern mindestens ebenso dringend wären dann sogar Nachhaltigkeitskriterien, auch in Bezug auf die Klimawirkungen. Die Stadt kann doch noch so sehr den Klimanotstand ausrufen und in Klimamassnahmen investieren, was aber nicht reicht, wenn sie gleichzeitig mit der Finanzierung von Klimaschädigenden Unternehmen die eigenen Massnahmen ständig unterlaufen. Und jetzt der schöne Satz, der schon bereits genannt wurde: Die PVK richtet ihr Handeln nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien der Nachhaltigkeit aus. Ja, wir haben in diversen Vorstössen bereits nachgefragt, wie das eigentlich soll umgesetzt werden und wir sind bis heute nicht daraus schlau geworden, was darunter genau zu verstehen ist. Wenn Vivianne Esseiva sagt, es gäbe gute Beispiele und schöne Einzelmassnahmen, dann fehlt da hintendran aber ganz klar auch ein Gesamtkonzept und das wäre nötig. Eine wirklich klare Strategie, wie man zum Beispiel hier auch ein Klimaziel einhalten könnte. Wir von der Fraktion befürchten, dass, wenn wir die Motion jetzt überweisen, die Antworten nicht viel anders aussehen werden. Es mag ja sein, dass die PVK einmal eine der ersten Pensionskassen war, die die Nachhaltigkeit von Vermögensanlagen überhaupt thematisiert hat. Uns scheint aber, dass sie seither etwas stehen geblieben ist und auf Inputs von aussen wartet, wie beispielsweise auf Standards auf nationaler Ebene, wie wir aus dem Vortrag entnehmen können. Dabei ginge es auch ganz anders, indem man könnte auf die Fondsbetreiber im Verbund mit anderen Pensionskassen Druck ausüben. Und ein erfolgreiches Beispiel ist auch in der Antwort von dieser interfraktionellen Motion erwähnt, wo sogar die UBS und die CS gezwungen worden sind, ihre Fonds umzugestalten, weil nämlich genug Anlageforderungen da gewesen sind, dass eben die Kriegsmaterialproduzenten aus diesen Fonds herausgenommen werden. Das heisst also die Zusammenarbeit mit anderen Pensionskassen kann nützen. Die Macht der Märkte kann nützen. Wo bleibt

denn zum Beispiel die Zusammenarbeit der PVK mit der Stadtzürcher Pensionskasse? Das wäre nämlich eine, bei der wir ein gewisses Vertrauen hätten und die Nachhaltigkeitskriterien als relativ fortgeschritten anschauen würde. Und auf der anderen Seite lobt der Gemeinderat die passive Anlagestrategie, obwohl die eigentlich eben eine Förderung der kurzfristigen Sichtweise ist und nicht per se eine – ich zitiere – seit Jahren erfolgreiche Strategie darstellt. Die Sichtweise ist wirklich bezüglich der Nachhaltigkeitskriterien sehr interpretationsbedürftig. Es kann doch nicht sein, dass die tiefen Vermögensverwaltungskosten quasi das alleinige Kriterium sind, wenn es um die Anlagenfragen geht. Gut, auch wenn die Motion jetzt bereits 4-jährig und zu einer Richtlinie herunter degradiert worden ist vom Gemeinderat, die GFL/EVP-Fraktion unterstützt diese Motion relativ lustlos infolge von der beschriebenen Ausgangslage. Vielleicht hilft es aber dem zuständigen Gemeinderat, dass die eigene Fraktion als Absender die richtige ist. Und wir hoffen, dass dieses Mal vielleicht eine befriedigende Antwort mit entsprechenden Massnahmen daherkommen könnte.

Präsident: Vielen Dank, Marcel. Dann käme als nächster Maurice Lindgren für die GLP/JGLP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Ein demokratisches Land wird am 24. Februar 2022 angegriffen von der zweitgrössten Armee der Welt. Es werden Massaker verübt, es gehen Bilder und Videos um die Welt aus Vororten von Kiew von hingerichteten und misshandelten Zivilisten, die leider nicht von der eigenen Armee geschützt werden konnten. Auch wenn gewisse jetzt sagen: "Was geht uns das an? Das ist nicht in der Schweiz passiert." Es zeigt halt trotzdem, dass es leider auch heute noch notwendig ist, sich militärisch schützen zu können, und zwar solange es auf der Welt oder in der erweiterten Nachbarschaft Diktatoren, Despoten und Autokraten gibt, die nicht davon zurückschrecken, mit Waffengewalt ihre Interessen oder ihren Willen durchzusetzen. Wenn man eine Landesverteidigung will, dann braucht es mehr, wenn es eine Armee geben soll, dann braucht es Rüstungsgüter. Wenn es Rüstungsgüter geben soll, dann muss auch die Bereitschaft bestehen, da hinein zu investieren. Die Produktion von Militärgütern ist auch ein Teil der Wirtschaft und damit ein gewisser Grad auch Teil von Pensionskassengeldern, die in die Firmen investieren, die alles Mögliche produzieren, aber eben auch Rüstungsgüter. Die Motion will das Gegenteil: Investitionen in Kriegsmaterial sind verwerflich, heisst der erste Satz in dieser Motion und sie stammt aus dem Jahr 2019 und damit vor dem Ereignis, welches bereits jetzt als Zäsur der europäischen Geschichte wird in die Geschichte eingehen. Dieser Motion liegt eine pazifistische Grundhaltung zugrunde, die die grünliberale Stadtratsfraktion so nicht oder nicht mehr teilen kann. Auch die nationale Fraktion hat reagiert mit Vorstössen, die sogar die Ausfuhrerlaubnis für Rüstungsgüter in demokratischen Staaten erlauben sollen, auch wenn sich diese noch in einem Konflikt befinden oder gerade, weil sie sich in einem Konflikt befinden, bei dem es um ihre eigene Existenz geht. Es gibt leider auch heute noch Gründe in das Militär zu investieren, gute Gründe, in Militärgüter zu investieren und es ist deswegen nicht grundsätzlich etwas Unethisches. Das zwingt uns leider die Realität dieser Welt auf und es werden von vielen Seiten, auch von Links, Unterstützung für die Ukraine gefordert. Die Forderung nach Desinvestitionen in Rüstungsgüter ist damit aber nicht vereinbar, weil diese Motion auch keinen Unterschied zwischen der Art der Rüstungsgüter macht wie geächteten und nicht geächteten Waffen. Sie macht keinen Unterschied zwischen der Schweiz und dem Ausland zwischen demokratischen

und nicht demokratischen Staaten. Sie macht keinen Unterschied zwischen Rechtsstaaten und Unrechtsstaaten. Die grünliberale Fraktion kann das in dieser Absolutheit nicht unterstützen und lehnt die Motion deswegen auch aus ideellen Gründen ab.

Präsident: Danke vielmals, Maurice. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? So, wie es scheint ist das nicht der Fall. Dann hätte das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich möchte Bernadette Häfliger für die Ausführungen danken, die sehr präzise und umfassend eigentlich das beschreiben, was die Pensionskasse ist und macht und nicht macht und Viviane Esseiva für den Dank an die Pensionskasse, den ich sehr gerne weitergeben werden. Also der Gemeinderat ist ja bereit die Motion erheblich zu erklären. Entsprechend verstehe ich die Kritik nicht ganz, wenn man hiervorne kommt und sagt, es sei noch nicht alles beantwortet. Also wir können ja Ihnen nicht eine Motion unterbreiten und schon alles beantworten und nachher sollte man noch einmal daran arbeiten gehen. Also das ist ein bisschen in der Natur der Dinge. Das ist irgendwie schon zu Recht gesagt worden, dass es nicht das erste Mal ist, dass wir über dieses Thema diskutieren. Die, die es wirklich interessiert: Die Pensionskasse macht Fortschritte und wie gut sie dasteht oder wenn Sie das Gefühl haben, wie schlecht sie dasteht, dann gehen Sie auf das Internet schauen. Wir haben eine sehr gute Homepage, auf der vor allem auch die ganzen ökologische Geschichten aufgeschaltet sind, die bis 2019 passiert sind. Das haben wir hier beschrieben. Es wurde auch gesagt, dass wir aus den geächteten Waffen ausgestiegen sind, was auch mit Kosten verbunden war. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber es gibt zum Teil halt auch abzuwägen. Es wurde gesagt, es gebe immer noch Kriegsmaterialfirmen. Das sind nicht einfach Firmen, die Kanonen oder Handgranate produzieren können, das wurde gesagt. Irgendeine Firma, die auch zivile Sachen macht, eine HP. Es ist zum Teil eine Firma, die jetzt einfach Jagdgewerbe produziert, ob man das will oder nicht. Aber das ist jetzt nicht Kriegsmaterial im klassischen Sinn. Also dann müsste man sehr genau hinschauen und das ist eben schon auch das Problem, dass man nicht übergeordnete Vorgaben hat, auch in der ganzen Klimageschichte. Das ist auch schon gesagt worden und ich kann es jetzt schon noch einmal einfach wiederholen. Es gibt ein Bundesgesetz, das sagt, was eine Pensionskasse kann und was nicht, was ihre Verantwortlichkeiten ist. Und da ist im Vordergrund das Sicherstellen der Rente der Mitarbeitenden der Stadt Bern. Es gibt grobe Vorgaben zu den Anlagestrategien, und diese muss man selbstverständlich nachher auch umsetzen. Es geht darum, dass man Risikobetrachtungen macht und die Diversität schaut. Schaut wie die Börse geht, das ist wahnsinnig, dann plötzlich fallen die Werte zusammen oder wachsen. Und wir brauchen Immobilien, wir brauchen Obligationen, wir brauchen Aktien, vor allem die Aktien. Das ist dort, wo wir das Problem haben, nachher. Sie sind gut oder schlecht in Anführungs- und Schlusszeichen. Es wurden auch gesagt, wir würden die passiven Anlagefonds einfach in den Himmel loben. Das ist überhaupt nicht so. Wir führen das, glaube ich, einfach aus. Wir sind eine kleine Pensionskasse. Entsprechend haben wir nicht die Möglichkeiten, ein ganzes Team von Analytinnen und Analysen zu haben, die weltweit und in der Schweiz und in Europa schauen, in welche Unternehmungen wir jetzt investieren können und in welche nicht. Und da würde sich auch da immer noch die Frage stellen: Ist das jetzt ein Unternehmen, das Dual-Use-Güter herstellt oder nicht? Es ist auch zu Recht gesagt worden oder dass wir selbstverständlich Druck machen. Also die Pensionskasse der Stadt Bern – unser Geschäftsführer Jürg Schad – ist massgeblich

daran beteiligt gewesen, eine Bank zu überzeugen, dass sie eben gewisse Unternehmungen ausschliesst. Aber es braucht auch andere, die mitmachen. Ich kann ihnen hier einfach einmal mehr bestätigen, dass wir hohe ethische Ansprüche haben. Wir haben eine ESK-Strategie. Wir lassen die regelmässig überprüfen und es ist nicht so, dass wir immer schlechter werden, sondern wir werden immer besser. Wir sind übrigens auch Mitglied vom Ethos Engagement Pool Schweiz. Dort sind rund 140 Pensionskassen drin. Also das ist eine Bündelung von Kräften, die versucht mit bei rund 150 der grössten Börse kotierte Unternehmungen Druck auszuüben, dass sie in unserem Sinn handeln. Seit neustem ist übrigens die PVK und Mitglied vom Ethos Engagement Pool International, das dann das neu übergeordnet international macht. Ich glaube, wir sind auf dem guten Weg. Wir arbeiten weiter und die können die Motion überweisen und dann können wir Euch dann mal Bericht erstatten, was gegangen ist seit 2019.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir sind auch bei diesem Traktandum bereit für die Abstimmung. Wir stimmen hier über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000063: als Richtlinie

Annahme

Ja	43
Nein	19
Enthalten	2

[Namensliste 029](#)

Präsident: Die Motion ist angenommen worden.

2019.SR.000157

**15 Motion Fraktion SVP (Janosch Weyermann/Alexander Feuz, SVP):
Keine Zwischennutzung mehr für Vertragsbrecher und für Besetzer!**

Präsident: Wir kommen zum nächsten Traktandum Nummer 15. Das ist eine Motion der Fraktion SVP. Die ist bestritten. Deshalb übergebe ich das Wort den Einreichenden. Für die Einreichenden kommt Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ihr seht, das ist wieder eine alte Motion vom 2019. Sie ist nach wie vor – meines Erachtens – eben aktuell, denn Ihr seht ja wiederum das Stichwort "Reithalle". Wenn Ihr heute oder gestern wieder in den Medien gelesen habt, wir haben einen Wirt, der sich nicht an das Sicherheitskonzepte haltet. Ihr habt gesehen, dass der Gemeinderat hier bis jetzt keine Konsequenzen zieht. Wir werden in diesem Zusammenhang – dies auch an die Adresse der Medien – einen Vorstoss einreichen, mit dem wir diese Frage thematisieren. Wenn auf der anderen Seite der Gemeinderat Kenntnis hat, dass offenbar berechnete Hausverbote gegen politische Politiker bestehen, insbesondere der SVP. Das wird der Gemeinderat insbesondere der Herr Stadtpräsident beantworten müssen. Ich komme zurück zu diesen Vorstössen, die wir eingereicht haben. Ihr seht, dass wir vier Forderungen haben, die relativ klar sind. Wir beantragen punktweise Abstimmung. Sie sehen, wir wollen, dass die Stadt Bern keine Zwischennutzungsverträge mit Personengruppen, Kollektiven, Juristische Personen, Vereine und Organisationen abschliesst, die sich in der Vergangenheit

– dass bis 5 Jahre vom beabsichtigten Vertragsabschluss – insbesondere bei Mietverträgen nicht an Zwischennutzungsverträge und entsprechende Abmachungen gehalten haben. Für mich ist es grundsätzlich, dass man hier nicht mit Leuten Verträge abschliesst, die sich nicht darangehalten haben und eben man bereits sagen kann, dass sie sich nicht bewährt haben. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass man keine Zwischennutzungsverträge abschliessen darf, wenn der begründete Verdacht besteht, dass die anderen Vertragspartner oder Teile davon – es kommt vor, dass eine Organisation sich lässt vorschieben, und hintendran sind die anderen – nicht hinlänglich die Sicherheit bieten, dass die korrekte Vertragserfüllung bestehen kann. Und hier sind wir der Meinung, dass man hier zurückschauen muss und Ihr habt ja gesehen, wie es dort in dem Fabriktool gegangen ist. Drittens sind wir der Meinung, dass man keinen Zwischennutzungsvertrag mehr mit Besetzern eines Areals abschliesst, bei dem ein Vertragspartner zuerst Teile davon besetzt und nachher auch die Zwischennutzung will. Das ist mehr oder weniger die Pistole auf der Brust setzen. Es gibt vielleicht andere Leute, die würden sich auch darum interessieren, die sind so anständig und machen es nicht, und dann gibt es eine Gruppierung, die sagt: "Wir machen es mit Gewalt. Wir gehen dort rein und hoffen nachher, dass wir bleiben können." Wenn man sie dann räumt, dass es nachher so Ausschreitungen gibt, wie wir sie einmal haben gehabt dort in der Stadt, wo ja die Polizei noch fast um Leib und Leben fürchten musste, weil Gebäudeteil fast vermint gewesen sind und die Trams Richtung Bümpliz und Bethlehem während Stunden nicht haben fahren können. Ebenfalls sind wir der Meinung, dass man auch Zwischennutzungsverträge mit Dritten nicht unterstützt und sage, schliesst doch mit denen keinen Vertrag ab, wenn man weiss, was hier passiert ist. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Grundsätze entscheidend sind, und da bin ich wirklich der Meinung, man sollte dem zustimmen. Der Gemeinderat sieht das natürlich wieder anders. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass man durchaus SVP-Politiker ausschliessen darf bei der Reithalle. Selbst wenn man dort – man gibt ihnen Hausverbot – selbst, wenn dort internationale Musikpreise vergeben werden bzw. nationale Musikpreise. Das ist alles in Ordnung. Da hat man gesagt, dass offenbar dann schon die Kulturbefauftragte Frau Burkart keinen Anstoss daran gefunden hat. Wir haben gegen das immer gekämpft. Der Gemeinderat hatte auch immer Kenntnis davon, dass wir gegen das gekämpft habe. Aber ich bin der Meinung, wenn man die Sache wirklich ganz klar anschaut, dann darf man das nicht. Wir sehen genau, wie es jetzt gelaufen ist. Die Stadt Bern sagt: "Wir halten uns da immer daran." Sie sehen immer, wie es läuft. Ich bin der Meinung, hier verlangen wir eigentlich nichts, was nicht jeder vernünftig handelnd Mensch würde. An einem Mündel würde man sagen, dass der Vormund keine solchen Verträgen abschliessen darf. Für die Stadt gilt das offenbar nicht. Wir bitten um Unterstützung dieser Motion. Ich bin gespannt, wie sich die anderen Parteien dazu äussern werden.

Präsident: Danke vielmals, Alex. Wir wäre bei der Fraktionsvoten. Für die SP/JUSO-Fraktion Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Nicht zum Thema reden ist auch eine Möglichkeit zu reden. Es ist eine bekannte Methode, die ihr da anwendet. Was die Reitschule hier jetzt mit diesem Vorstoss zu tun hat, ist mir echt schleierhaft. Und überhaupt, ob die grosse Halle mit euch irgendeine Diskussion in irgendeiner Form geführt hat, ist mir auch schleierhaft, weil meines Wissens ist das ein völlig unabhängiger Verein, der gar nicht mit der IQ zu tun hat. Lassen wir das Mal in der Luft stehen, was genau passiert ist und was dort genau gilt. Die SVP will die zwei Punkte verheiraten,

die doch sehr unterschiedliche Hintergründe haben. Einerseits wie geht man mit Leuten um, die sich nicht an Verträge halten. Dort sagen wir auch, dass es "Pacta sunt servanda", der SVP-Kollege, der rechtskundig ist, würde sagen, es gilt eine abgeschlossene Vereinbarung einzuhalten. "Treu und Glaube" sind wichtige Grundsätze. Kein Gemeindewesen muss sich auf die Kappe....- ich verzichte jetzt auf den gängigen Ausdruck, um nicht vom Ratspräsident gerügt zu werden – wenn sich die Gegenseite nicht daranhält. Insofern können wir die Haltung des Gemeinderates nachvollziehen. Trotzdem lehnen wir die Forderung der SVP ab, weil wir in dieser Absolutheit keine sinnvolle Haltung finden. Der Gemeinderat muss immer in der Lage sein, von Fall zu Fall zu entscheiden. Zweitens schaffen Besetzungen neue Voraussetzungen. Sie sind Ausdruck einer andauernden Malaise. Zu wenig Wohn- und Lebensraum, leerstehender Raum ist deswegen unbedingt zu vermeiden. Und nicht alle Liegenschaftsbesitzer nehmen das leider ernst. Der Grundsatz "Eigentum verpflichtet" scheint nicht für alle zu gelten. Und so passiert halt, was passieren muss. Der Gegensatz von Recht und Gerechtigkeit wird öffentlich sichtbar in Form einer Besetzung. Die Stadt hat für ihre Liegenschaften ihre Politik schon lange darauf ausgerichtet, den Gegensatz möglichst Nichteintreten zu lassen und der Gemeinderat verweist in seinem Vortrag auf die Weisungen von 1995. RGM ist dazumal nicht zuletzt wegen den Hauserkämpfen unter Druck geraten und die Therese Frösch und der Gemeinderat haben sich etwas müssen einfallen lassen. Details können Sie dem Vortrag entnehmen. Die Stadt bietet inzwischen auch Beratungen an, um Zwischennutzung mit einer eigenen Raumbörse um möglichst Leerstände zu vermeiden. Bei Privaten ist allerdings der Einfluss begrenzt, wenn die Eigentümerschaft die Kantonspolizei holt, sind der Stadt die Hände gebunden. Andererseits möchte ich auf ein jüngstes Beispiel einer erfolgreichen Besetzung hinweisen. Das "Tripiti" an der Weissensteinstrasse ist auch dank der Intervention von TOI zu einer andauernden Zwischennutzung überführt worden. Die Besetzungen sind eine komplexe Angelegenheit. Für die SVP mit ihren simplen Antworten, sind sie einfach schlicht zu komplex. Deswegen wäre es auch komplett falsch, dem Gemeinderat mit der SVP-Motion die Hände komplett zu binden und deswegen lehnen wir diese Motion ab.

Präsident: Merci vielmals, Johannes. Dann käme als nächstes für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Die Besetzungen sind klar illegal und missachten das Recht auf Eigentum. Unsere Fraktion wird diesen Vorstoss annehmen. Es ist richtig und wichtig, dass die Stadt Bern mit der Teilliberalisierung der Bauordnung einen Beitrag dazu geleistet hat, dass Zwischennutzungen von Wohnraum oder von Brachen niederschwelliger möglich sind. Es ist sinnfrei und da gebe ich dem Vorredner auch recht, dass man in einer Stadt wie Bern Räume lässt leer stehen. Es ist aber auch sinnfrei, wenn man einen Leerstand von 3 oder 4 Monaten hat, und nachher das ganze Bewilligungsverfahren dreieinhalb Monate dauert und eigentlich die Zwischennutzung zwei Wochen vor ihrem Ende erst kann bewilligt werden. Wo ich mit dem Vorredner gar nicht einig bin, ist, dass wenn die Eigentümer ihre Liegenschaft Leerstellen lassen, dass wir dann ein Zeichen setzen müssen und die müssen besetzen. Was man in solchen Situationen nicht selten vergisst, ist, dass es wirklich Situationen gibt, wo dieser Leerstand nicht einfach gewollt ist von der Eigentümerschaft. Klassisches Beispiel ist eine Erbgemeinschaft, die sich nicht einigen kann oder auch eine ungeklärte Erbgemeinschaft und dort finde ich es ehrlich gesagt ziemlich anmassend, dass man nachher sagt, in solchen Situationen muss man das ganze Halt entgegen dem Eigentumsrecht besetzen gehen. Die Stadt Bern, aber ihrerseits hat dazu beigetragen, dass eben

Zwischennutzungen einfacher möglich sind. Klar, da gehört auch die Raumbörse dazu, da gehören andere Massnahmen dazu, ist es ihre Pflicht, dass sie umso konsequenter gegen illegale Besetzungen vorgeht. Und wir sind dort auch mit den Motionären sehr einig, dass es eigentlich das falsche Vorgehen ist. Ein Besetzerkollektiv, das eben sich über alle gesellschaftlichen Regeln hinwegsetzt und einfach am schnellsten, am lautesten, nicht selten gewalttätigen vorgeht, nachher mit einer Zwischennutzung zu belohnen, während die eben anderen kollektive oder potenzielle Zwischennutzerinnen nicht so schnell haben vorgehen können, weil sie eben von Anfang an den legalen Weg haben eingehen wollen, lässt ein bisschen tief blicken. Und dass der Gemeinderat in seiner Antwort schon einmal den Ausnahmefall probiert zu regeln oder der Ausnahmefall sucht, den er nachher damit begründet, dass ja, wenn der Ausnahmefall eintritt, nachher die Regelung, die gewünscht ist, nicht greifen würde. Wir gehen eigentlich vom umgekehrten Fall aus. In den allermeisten Fällen könnte man mit dieser Motion und der konsequenten Umsetzung die Situation verbessern.

Präsident: Vielen Dank, Tom. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), beantragt vom Platz aus die Wandlung in ein Postulat.

Präsident: Danke, nehmen es so zur Kenntnis: Es wird gewandelt in ein Postulat. Dann sehe ich keine weiteren Voten. Dann hätte zum Abschluss noch das Wort der Herr Gemeinderat. Er verzichtet. Dann wären wir auch bei dem Traktandum 15 beschlussfähig. Wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmung

2019.SR.000157: Antrag _		
Ablehnung		
Ja	12	
Nein	43	
Enthalten	1	Namensliste 030

Präsident: Sie haben das abgelehnt.

2019.SR.000277

16 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Thomas Glauser, SVP): Verkauf des Gaswerkeareals an die Stadt: Die grüne Lunge muss als wichtiges Naherholungsgebiet unbedingt erhalten bleiben! Wir wollen einen Marzilipark!

Präsident: Wir kommen zum Traktandum Nummer 16. Das ist eine Motion der Fraktion SVP. Sie ist zur Ablehnung empfohlen, sprich bestritten. Dann übergebe ich das Wort den Einreichenden, Alexander Feuz. Thomas, kannst du ihn noch schnell anmelden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ihr seht die SVP ist eine grüne Partei. Wir setzen uns für Nachhaltigkeit ein. Wir setzen uns ein, dass man nicht ein Viererfeld

überbaut und verunstaltet. Wir setzen uns auch ein, dass die Elfenau-Matte bzw. Manuel-Matte nicht überbaut wird. Wir haben ja jetzt einen Vorstoss, bei dem die SP zuerst schon um Zonen wollte – ins Verwaltungsvermögen – damit es besser geschützt wird. Es wurde wieder zurückgezogen und zu meiner grossen Bestürzung, habe ich feststellen müssen, dass man in diesen Bereich plötzlich wieder vor einer langfristigen Baulandreserve spricht. Zuerst hiess es nämlich vor der Viererfeld-Abstimmung: "Ja, das Viererfeld, wir werden nachher die Elfenau schützen." Es soll dann nichts passieren. Ich warne insbesondere die Ostermundiger, die jetzt die Abstimmung haben. Sie haben viel Grünfläche, es könnte ihnen gleich gehen. Vorher ist man immer sehr vorsichtig, sagt immer, es passiert dann nichts. Und wenn dann die Abstimmung im Trockenen ist, da habe ich immer dann noch gewarnt, – ich bin Mitglied der IG Elfenau und ich komme dann noch später darauf- es geht dann schief. Es kommt dann, wenn sie es dann dort durchgebracht haben, geht es dann euch auch an den Kragen, dann hat es geheissen: „Nein, das passiert nicht.“ Das sind eben die Versprechen der Stadt Bern, die eben teilweise nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind. Dasselbe sind wir der Meinung, auch hier beim Gaswerkareal. Wir haben eine Initiative eingereicht, wir sind gegen eine 10 Millionen Schweiz. Aber wenn immer mehr Leute reinkommen, dann müssen Sie die Naherholungsgebiete dort machen, wo die Aare ist. Ihr müsst nicht meinen, dass Ihr es irgendwo in der hinteren Länggasse, im Bremgartenwald noch irgendwie etwas machen und ein paar Vita Parcours zusätzlich aufstellen und sagen: "Die Leute können sich dann dort erholen." Die Leute, die schwimmen und Wasser haben wollen, wollen unten bei der Aare sein. Und darum wollen wir dort einen Marzili-Park. Und das scheint mir wirklich ganz wichtig zu sein. Und es ist interessant: Die Stadt schimpft sich immer nachhaltig. Wir sind Grün, wir sind ökologisch. Das will man jetzt nicht, den Marzili-Park. Und ihr seht auch, der Gemeinderat will das nicht. Man sagt, man sei mit der Klima- und Energiestrategie. Ihr meint, irgendwie, Ihr würdet das Klima auf der ganzen Welt retten, wenn Ihr im Breitenrein bei den Bäumen ein bisschen mehr Grünzeug macht, wenn Ihr das Blumenband von 10 cm auf 17,5 cm tut, dann rettet ihr die Welt. Und wenn irgendwie die Kitas von 5 Tagen nur noch irgendwie an einem Tag Fleisch essen dürfen oder das städtische Personal darf auch kein Fleisch mehr Essen. Solche Vorstösse haben wir. Da rettet Ihr die Welt. Aber dort, wo es wirklich darauf kommt, wo Ihr wirklich gegen die Versiegelung kämpfen könnt, dort macht Ihr nichts. Das Viererfeld habt Ihr preisgegeben, das Gaswerkareal habt Ihr preisgegeben. Und ich befürchte, es geht eben noch mit vielen anderen Sachen so. Wir haben uns hier ganz klar dagegen ausgesprochen, dass in dieser neuen Gemeindeordnung dann nur der Stadtrat entscheiden kann und nicht mehr die Bevölkerung. Das ist genau die Betonlinie, die die RGM fährt: Wenn ihre Leute ihre Sachen und ihr Zeug machen wollen, da kann man die Umwelt und alles kaputtmachen. Das Viererfeld könnt ihr blöd überbauen. Sie können alles machen, wenn es um ihre Interessen geht, aber wenn es eben effektiv ums Grüne geht, um Klimaschutz, dann müssen Sie konsequent sein. Wenn Sie nämlich schöne Grünräume haben, dann ist auch das Bedürfnis nachher auf den Gantrisch hinauf spazieren zu gehen oder was auch immer - nicht das es nicht schön ist – aber es nimmt natürlich ab. Aber wenn Sie dann dort im Viererfeld anstatt der schönen Aussicht vorne, vorne eine Überbauung haben und hinten eine Überbauung und zwischen den Häusern und hinten beim Wald dann noch ein Schattenplätzchen habt, dann geht man dann wirklich lieber einen Ausflug machen. Aber Ihr macht die Stadt Bern kaputt. Jetzt müssten wir auch schauen, was hat man alles eben gemacht unter RGM. Und jetzt steht der Springgarten auch noch auf dem Abschussbereich. Dort sollen jetzt dann wahrscheinlich in diesen geschützten Denkmälern oder in diesem geschützten Zeugs dann wahrscheinlich wieder Kunstateliers stehen oder was immer, und

dann gibt es wieder einen schönen Deal, wo dann Marazzi oder was auch immer und die Burgergemeinde, alle schön miteinander verdienen können, damit sie es überbauen und Plan machen, können. Dann gibt es wieder eine Rotgrüne Überbauung hier. Das Gaswerkareal ist für mich eine der letzten Chancen, die wir haben, aber auch die macht man kaputt. Lesen Sie die Forderungen, die wir hier haben. Ich bin der Meinung, dass man hier, um wachsende Schäden eben zu verhindern, etwas für den Klimaschutz zu machen, dass man dort einen Park machen muss und das ist jetzt nicht etwas von links oder rechts. Es gibt einen SVP-ler, vielleicht ein ehemaliger Schweizer Demokrat, der in der Aare schwimmt, aber es hat auch eine von der alternativen Liste oder von der PdA, die auch dort schwimmen. Im Sinne der Stadt Bern würde ich Euch wirklich an das Herz legen, Euch für den Marzili-Park einzusetzen. Wenn Ihr wirklich Grün sein wollt, Stadt der Begegnungen, Stadt des Zusammenhalts, der Stadt vom Grün sein, dann setzt das Zeichen und habt hier den Mut und stimmt Ja, auch wenn es hier heisst "Motion SVP". Danke.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Für die SP/JUSO-Fraktion käme Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Ich kann auch wiederholen, was ich schon habe, man kann einfach auch ausschweifend nicht zum Thema reden, aber das kennen wir ja schon. Hier geht es um den Marzili-Park, dessen Vorlage allerdings schon recht alt ist. Der Vorstoss kommt schon 2019. Ich würde es eigentlich der SVP zutrauen, dass sie inzwischen ein bisschen begriffen hat, was genau dort geplant ist. Und wenn man nämlich die Planung genau anschaut, kann man sehen, dass eigentlich fast alles, was heute grün ist, auch in Zukunft grün bleiben wird. Überbaut wird der Teil, der heute eingezäunt ist, weil das EWB betroffen ist, weil andere Nutzungen darauf sind. Es macht Sinn, in der Stadt zu bauen, einem verdichteten Bauen, weil wir in der Stadt Wohnraum brauchen und wenn die SVP gegen die Zersiedelung ist, kann sie nicht gleichzeitig auch noch gegen die Entwicklung von städtischen Parzellen sein. Irgendwann geht das nicht mehr auf. Von dem her, lehnen wir den Vorstoss der SVP ab und sehen durchaus Sinn, das Gaswerkareal zu entwickeln. Und ein Marzili-Park, der da propagiert wird, ist einfach eine Luftblase, die ich nicht wirklich ernst nehmen kann. Deshalb nein zu diesem Vorstoss.

Präsident: Vielen Dank, Johannes. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Scheint nicht... Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) Einzelvotum: Ich sage noch gerne etwas. Es ist gesagt worden, dass wir uns mit dieser Sache und der Planung nicht auseinandergesetzt haben. Vielleicht kannst du dich noch erinnern, ich habe damals Anträgen gestellt für höherwertiges Wohnen. Ich habe damals schon in dieser Debatte immer Anträge gestellt für den Marzili-Park, die gescheitert sind. Ich habe es jetzt einfach mit der Motion probiert, wo der Klimaschutz immer dringender wird, wo man ja nicht einmal mehr Autowerbung machen darf in der Schweiz und Flugwerbung und der Stadtpräsident fliegt überall herum und der Gemeinderat macht der dalmatinischen Küste eine Weiterbildung. Aber dort, wo es dann wirklich anhängt, das will man nicht. Das, was der Bevölkerung, der grossen Bevölkerung viel bringen würde, dass wollt ihr überbauen. Und ich sage nach wie vor die Gefahr ist gross. Das haben wir im Viererfeld gesehen, der Druck, dass man eben halt dann dort nicht mehr den Freizeitbereich hat, der wird zunehmen, wenn man eben halt "will ich nicht, kann ich nicht" macht. Es geht darum, dort wieder maximal

Wohnprojekte für RGM-Leute zu machen und nicht für die anderen. Und wenn man es für die macht, dann kann man immer machen. Wir hätten dort auch eine lockere Überbauung vorgesehen, eben wie auch Möglichkeiten für Stockwerkeigentum und das will man nicht. Ich sage immer, es gehe darum, Mehrheitsverhältnisse zu zementieren und so zu machen. Aber denken sie daran, es leiden auch die Berner darunter, die nicht dort wohnen können, die diese Fläche vielleicht als Grünfläche haben möchten. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Ich sehe keine... wie doch... Nein, ich sehe keine weiteren Einzelvoten mehr. Dann hätte das Wort abschliessend Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich halte mich so kurz, dass es wahrscheinlich fast als Einzelvotum durchgeht. Ja, also erstens Merci vielmals, dass alle anderen Fraktionen nicht zu einem Thema gesprochen haben, das so längstens gekocht ist. Es ist eine Zwängerei. Wir haben Volksentscheide, wir haben das Gelände gekauft und als wir das Gelände gekauft haben, haben wir gesagt, warum wir das kaufen wollen. Darum hat es auch so viel gekostet, weil man es entwickeln kann. Wir haben im Stadtrat mehrmals diskutiert, was wir dort tun wollen. Wir haben die Eckpunkte abgeholt: Auch hälftig genossenschaftlich, ein Viertel marktorientierter, ein Viertel, den die Stadt selber bebaut. Wir wollen den Gaskessel sanieren. Wir wollen den Gaskessel dort sanieren, wo er heute ist. Wir wollen die ganze Überbauung so anpassen, dass der Gaskessel dort bleiben kann. Wir sind voll in der Planung. Wir werden mit einer Zonenplanänderung kommen, die dann schlussendlich noch vor das Stimmvolk geht und wir werden dann irgendwo auch noch einen Kredit holen, wenn es dann darum geht, ein städtisches Projekt dort zu realisieren. So weit sind wir noch nicht. Also ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen. Und wenn es der SVP so wichtig ist, die grüne Lunge zu erhalten, dann soll sie sich doch gegen die Autobahnausbauten und Autobahnzufahrten wehren und nicht mit so Scheinargumenten kommen.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir sind auch bei diesem Traktandum beschlussfähig. Wir stimmen ab, über das Traktandum 16 als Motion. Du hast gewandelt gut. Wir bleiben dabei. Wir stimmen ab als Motion.

Abstimmung

2019.SR.000277	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	52
Enthalten	1
Namensliste 031	

Präsident: Sie haben die Motion abgelehnt.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört, wir stimmen über die Abschreibung ab. Man müsste allerdings noch schnell umstellen auf Traktandum 17.

2019.SR.000295**17 Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Mindestlohn von 4000 Franken auch für das Reinigungspersonal der Stadt Bern**

Präsident: Wir sind beim Traktandum 17. Das ist eine Motion von Zora Schneider. Sie ist übernommen worden von Matteo Micieli. Sie ist bestritten. Deshalb übergebe ich das Wort den Einreichenden, Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Einreichenden: Bevor ich die Motion gelesen habe, habe ich gedacht, dass man den Vorstoss vielleicht auch könnte zurückziehen. Dann habe ich aber die Motion gelesen und vor allem auch die Antwort und gemerkt, dass es doch noch ein paar Sachen gibt, die stossend genug sind, um jetzt vorne zu stehen und über etwas zu diskutieren, bei dem anscheinend – oder zumindest laut der Antwort des Gemeinderates – das Meiste so gehandhabt wird, wie es die Motion fordert. Das sind kleine Sachen. Ich versuche mich kurz zu halten. Aber als erstens finde ich es schräg, wie der Gemeinderat über Menschen, die im Stundenlohn arbeiten, spricht. Das tönt für mich so ein bisschen wie bei Gastrosuisse. Allgemein habe ich in dieser Antwort auch oft den Herrn Platzer wieder gehört. Ich habe etwa 8 Jahre im Stundenlohn gearbeitet in der Gastronomie und bin erst seit kurzem festangestellt. Den Bedürfnissen entsprechend arbeiten heisst – anders als der Gemeinderat das ausführt – nicht nur flexible Arbeitszeiten zu haben, sondern den Bedürfnissen entsprechend zu arbeiten heisst auch die Sicherheit haben können, dass wenn man sich irgendwo einstellen lässt, man auch auf eine sinnvolle minimale Anzahl Stunden kommt. Vielleicht ist das, was der Gemeinderat geantwortet hat, auch irgendwie ideologisch zu verstehen, so "à la" alle dann und so viel, wenn sie wollen, ohne zu müssen. Aber dafür ist die PdA zu wenig vertreten im Parlament und die SP ein bisschen zu weit weg von ihrem Parteiprogramm. Das heisst, so lange man also noch arbeiten gehen muss, um zu leben, ist es wichtig, zumindest bei Bedarf ein gesichertes Minimum an Stunden und so an Lohn zum Leben vereinbaren zu können. Das ist anders als der Gemeinderat das sagt, eben gerade sinnvoll und nötig, leider. Zweitens verstehe ich nicht, warum es den Dienststellen überlassen werden soll, ob ein Austrittsgespräch mit den Reinigungskräften durchgeführt werden soll oder nicht, beziehungsweise würde ich es dann verstehen, wenn es generell keine Weisungen und Vorschriften zu Austrittsgesprächen geben würde, auch bei Kadern oder sonstigen Mitarbeitern. Das wäre aber irgendwie ein bisschen schräg und ich kann Ihnen sagen, das machen wir sogar im Solinetz mit allen, teilweise auch mit aktiven Freiwilligen, die nicht mehr dabei sein können oder wollen. Für Tipps und Leitfäden könnt Ihr euch dann sonst gerne noch an uns wenden. Austrittsgespräche sind immer wichtig für den Betrieb, für das Personal, für potenzielle neu Angestellte und so weiter. Drittens finde ich es ziemlich schräg, wie man mit dieser Motion formell umgeht, einfach für das Protokoll. Im Prinzip ist alles so, wie es gefordert wird und deshalb soll man sie ablehnen. Es scheint mir einfach immer sehr auffällig bei gewissen Motionen, die wir eingereicht haben, argumentiert man in der Antwort komplett dagegen, will es nachher aber als Richtlinie annehmen, andere als Postulate und auch gerade als Prüfungsbericht. Bei anderen sagt man, es wird so gehandhabt wie gefordert, empfiehlt es darum zur Annahme und Abschreibung oder wie jetzt zur Ablehnung. Irgendwie "You do you", aber ich komme irgendwie nicht mehr so ganz nach. Deshalb nehmen Sie die Motion an, auch wenn das Meiste schon erfüllt ist. Gewisse Sachen sind es eben nicht.

Präsident: Merci vielmals, Matteo. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Dann käme für das GB/JA! Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Wir stimmen dieser Motion zu. Kein Mensch soll weniger als 4'000 Franken verdienen. Das Anliegen ist unbedingt unterstützungswürdig. Der Gemeinderat argumentiert in seiner Antwort auf die Motion, dass es keine Angestellten gibt, auch nicht solche, die privatrechtlich angestellt sind, die unter 4'000 Franken verdienen. Ich bekäme heute – sagt der Gemeinderat - der heutige Mindestlohn von 48'500 Franken, also deutlich weniger als 4'000 Franken im Monat. Effektiv sagt der Gemeinderat, arbeite aktuell niemand zu dem Lohn. Mit dem revidierten Personalreglement gilt dann auch nicht mehr nur effektiv, sondern auch grundsätzlich. Zum Glück verwirklicht das Personalreglement endlich die Gleichstellung von den privatrechtlichen und den öffentlich-rechtlichen Anstellungen. Für das Reinigungspersonal bedeutet das natürlich eine grosse Verbesserung. Weil der Minimallohn auf 52'000 Franken angehoben wird, ist die Motion in dem Sinn dann schon erfüllt, ausser wenn die Stadt die Reinigung an Dritte auslagert, die Zahlen vielleicht auch weniger als die 52'000 Franken. In dem Fall ist dann die Motion eh nicht einfach nur überflüssig.

Präsident: Merci vielmals, Franziska. Dann käme für die SP/JUSO-Fraktion Sara Schmid.

Sara Schmid (SP) für die Fraktion: Unsere Fraktion setzt sich seit jeher für gute und faire Löhne ein. Das Anliegen der Motion Schneider, dass der Mindestlohn von 4'000 Franken auch für das Reinigungspersonal der Stadt Bern gelten soll, erachten wir selbstverständlich als wichtig und richtig. Weniger als 4'000 Franken Gehalt im Monat für die strenge Arbeit, das geht nicht, und die doch eher komplizierte Antwort des Gemeinderates hat uns auch inhaltlich nicht ganz überzeugt. Der Gemeinderat behauptet in seiner Antwort, dass niemand unter dem heutigen Mindestlohn von 48'500 Franken beschäftigt wird. Das ist aus unserer Sicht zumindest fraglich, weil es gemäss aktuellen Regelungen durchaus möglich wäre, dass Mitarbeitende unter Umständen in den Mindestlohn eingestuft werden und erst im Laufe der Jahre dann aufsteigen. Auch die Argumentation, dass die Angestellten im Stundenlohn über dem städtischen Minimallohn liegen, das aber nur wenn man die Berechnung ohne Ferien und Feiertagen macht, geht für uns irgendwie nicht ganz auf, weil die erwähnte Kompensation in Form von den 4 Tagesentschädigung zum Stundenlohn gleichzeitig in dieser Berechnung inkludiert wird. Ausserdem möchten wir betonen, dass die Forderungen der Motion auch mit der zwischenzeitlich beschlossenen Teilrevision des Personalreglements aktuell bleiben, denn die Gleichstellung der privatrechtlichen Angestellten ist mit Annahme des Personalreglements tatsächlich erledigt. Allerdings ist die Inkraftsetzung noch nicht erfolgt. Ausserdem ist mit der Teilrevision vom städtischen Personalreglement zwar die Erhöhung vom städtischen Minimallohn auf 52'000 Franken in Artikel 27 A zwar aufgenommen worden, allerdings ist die Umsetzung von diesem Artikel ja vorerst aufgeschoben worden. Das soll erst in Kraft treten, während der nächsten Revision im Lohnklassensystem. Und wenn das dann passiert, das ist noch völlig offen. Was auch meine Vorednerin schon erwähnt hat, ist ein weiterer wichtiger Punkt der Motion, und betrifft auch die Frage, ob die Stadt im Bereich der Reinigungsaufträge an Dritte vergibt oder vergeben kann. Das kann ja in dem Sinn nicht ausgeschlossen werden und die Mitarbeitenden werden dann nicht dem Personalreglement der Stadt unterstellt und könnten so auch zu einem tieferen Lohn beschäftigt werden. Ja, gerade in der aktuellen Situa-

tion mit den steigenden Lebenskosten sind die Forderungen für die betroffenen Personen immer noch von höherer Dringlichkeit und wir erwarten, dass mit der Umsetzung von diesen Forderungen, dass es zügig vorwärtsgeht und wir werden darum dieser Motion, entgegen von der Empfehlung vom Gemeinderat, zustimmen und danke der Moti-onärin für den Vorstoss. Merci.

Präsident: Danke vielmals. Sarah Schmid. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten. Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hat auch hier das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich bin tatsächlich der Meinung, dass man die Motion zurückziehen könnte. Wir haben hier intensiv über die personalrechtlichen Bedingungen, über faire Stundenlöhne und über Frage der Anstellungen miteinander diskutiert. Man hat ein Personalreglement, es hat auch Fristigkeiten drin. Es ist erwähnt worden, die Erfüllung von diesen 4'000 Franken, das ist ebenfalls neu geregelt im Personalreglement. Es ist tatsächlich so, dass heute die Leute theoretisch weniger verdienen könnten, aber wir behaupten hier nicht einfach etwas, sondern das ist so, dass wir nicht eingeleitet haben, dass sie dann unter dem Mindestlohn sind. Daher ist diese Motion nicht nötig. Sie entscheiden das jetzt hier. Was mir noch wichtig ist, die Frage der Umsetzung: Wir beabsichtigt das Reinigungspersonal per 1. Januar 2024 bereits öffentlich-rechtlich anzustellen. Aber eigentlich haben die Direktionen von in Kraft treten des Reglements an, ein Jahr Zeit. Wir werden ganz sicher hier nicht irgendwie auf Zeit spielen, sondern die beschlossenen Massnahmen nachher auch umsetzen. Aber wie gesagt der Gemeinderat ist der Meinung, die Motion braucht es nicht und bittet Euch die Motion abzulehnen.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir sind auch hier bereit für die Abstimmung. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000295

Annahme

Ja	37
Nein	23
Enthalten	2

[Namensliste 032](#)

Präsident: Die ist angenommen worden.

Präsident: Moment schnell.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Merci vielmal. Ich beantrage die Abschreibung dieser Motion, die wir jetzt gerade als erheblich erklärt haben, denn wir haben es gehört, sie wird umgesetzt. Es ist alles gut, wir müssen sie nicht im Apparat behalten. Zum Wohle der Administration beziehungsweise der Verwaltung schreibt sie doch ab. Es kommt gut. Danke.

Präsident: Wir stimmen ab.

Abstimmung

2019.SR.000295: Antrag Eigenmann, Abschreibung

Ablehnung

Ja	17
Nein	45
Enthalten	0

[Namensliste 033](#)

Präsident: Die Abschreibung ist abgelehnt. Wir kommen jetzt zum Traktandum Nummer 18.

2019.SR.000321

18 Motion Bernadette Häfliger, Bettina Stüssi (SP): Korrektes Lohnsystem

Präsident: Es ist eine Motion von Bernadette Häfliger und Bettina Stüssi. Die ist bestritten. Deshalb übergebe ich hier das Wort den Einreichenden. Für die Einreichenden kommt Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Die Stadt Bern hat ein Funktionslohnsystem, bei dem die einzelnen Funktionen summarisch bewertet werden. Nach welchen Kriterien das genau passiert, ist mir nicht bekannt. Wenn keine klaren Kriterien vorgegeben werden, hängt die Bewertung einer Funktion sehr stark von subjektiven Beurteilungen ab. So werden erfahrungsgemäss Funktionen, die den eigenen am nächsten kommen, höher bewerten als Funktionen, die ganz andere Anforderungsprofile haben. Wenn beispielsweise nur Kadermitarbeitende oder HF-Verantwortliche Funktionen bewerten, was in den meisten Fällen natürlich so ist, werden die sogenannten tieferen Funktionen schlechter eingestuft, weil man ihre Anforderungen unterschätzt. Bekannt ist auch, dass die Stadt Bern insbesondere bei Funktionen, die nach wie vor hauptsächlich von Frauen wahrgenommen werden, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung tiefe, zu tiefe Löhne bezahlt. Der sogenannte erklärbare Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, nämlich die 10 Prozent ist in der Schweiz darauf zurückzuführen, unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Anforderungen bei den sogenannten Frauenberufen tiefer bewertet werden als die Anforderungen bei den sogenannten Männerberufen. Solche Bewertungssysteme sind also in keiner Art und Weise wertfrei, sondern folgen teilweise einem überholten Wertesystem. Man wird in der Schweiz nicht müde, die Berufslehre und das Handwerk zu loben und jungen Menschen zu empfehlen, die Berufe auch zu ergreifen. In der Bundesverfassung wird die Gleichwertigkeit von den verschiedenen Bildungswegen ausdrücklich festgehalten. Bei der Lohngestaltung allerdings ist dann die Realität leider eine ganz andere. Sogenannte intellektuelle Anforderungen werden deutlich höher gewichtet als physische oder psychisch, psychosoziale Anforderungen. Gängige Bewertungsmodelle gewichten Ausbildung und Führung gerne mit 85 oder mehr Prozente. Da bleibt für die restlichen Kriterien noch gerade einmal 15 Prozent. Spielen also eigentlich bei der Lohngestaltung keine wirkliche Rolle mehr. Das halten wir aus verschiedenen Gründen für problematisch. Erstens finden wir tatsächlich sämtliche Anforderungskriterien gleichwertig. Einige Funktionen bedingen eine akademische Ausbildung, andere erfordern eine hohe physische Belastung, wie-

der andere verlangen hohe psychisch, psychosoziale Kompetenzen. Zweitens. Menschen ohne tertiäre Ausbildung gehen hauptsächlich Tätigkeiten nach, die physisch oder psychisch belastbar sind. Wir reden hier beispielsweise von Betreuungsfachpersonen, von Empfangsmitarbeitenden, von Reinigungskräften oder von Mitarbeitenden in der Küche, bei der Verbrennung, vom Laden auf dem Abfallwagen. Die psychische oder physische Belastung führt unter anderem dazu, dass die Menschen eine deutlich tiefere Lebenserwartung haben als Menschen mit einem akademischen Abschluss. Wieso eine Belastung, die einer Gesundheit nicht zuträglich ist, tiefer gewichtet werden soll, ist für uns nicht einsehbar. Unsere Motion will, dass sämtliche Anforderungen, intellektuelle Anforderungen, Verantwortung, Führung und physische sowie psychisch, psychosoziale Belastungen gleich, nämlich mit je 25 Prozent gewichtet werden. Das heisst, dass zum Beispiel ein Punkt bei der Ausbildung gleich viel wert, wie ein Punkt bei der psychischen Belastung ist. Dadurch erreichen wir eine grössere Lohngerechtigkeit, was unter anderem bei den sogenannten typischen Frauenberufen der Fall ist. Man kann die strukturellen Nachteile zumindest teilweise ausgleichen, aber Achtung, ich betone es, weil meine Motionen heute schon diversesten falsch verstanden wurden. Unsere Motion verlangt nicht, dass alle Mitarbeitenden den gleichen Lohn erhalten. Eine Akademikerin wird auch bei diesem Modell deutlich mehr verdienen, weil sie einfach bei der Ausbildung deutlich mehr Punkte bekommt als ein ungelernter Kanalmitarbeiter. Die Motion will ebenso nicht, dass der Stadtrat einzelne Funktionen bewertet oder effektive Löhne festlegt. Das ist keine politische, sondern eine operationelle Aufgabe, die nicht vom Parlament wahrgenommen werden kann. Die Motion verlangt nur, dass der Rahmen, in dem die operativen Aufgaben wahrgenommen werden, vorgegeben ist, und das wiederum ist tatsächlich eine Kompetenz, die man in einem Parlament nicht absprechen kann. Zur Antwort des Gemeinderates möchte ich anmerken, dass die Arbeiten zur Revision des Lohnsystems schon seit mehreren Jahren laufen und der Gemeinderat bis heute nicht bereit war, offenzulegen, wie die zukünftige Gewichtung der verschiedenen Anforderungen erfolgen soll. Offensichtlich ist eine Forderung der Motion, nämlich dass die Arbeitnehmer- und die Arbeitgeberseite in der Einreihungskommission für die Parität vertreten sein muss, schon erfüllt, umso besser. Allerdings gilt es dazu zu bemerken, dass aktuell nicht die Einreihungskommission die Funktionsbewertung vornimmt, sondern eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe. Dass der Gemeinderat die paritätische Vertretung von Geschlechtern in der Einreihungskommission ablehnt, finde ich schlicht inakzeptabel, gerade in Anbetracht des Umstandes, dass Frauen in Lohnfragen nach wie vor strukturell benachteiligt werden, macht diese Forderung umso dringender. Wir bitten sie also, diese Motion anzunehmen.

Präsident: Vielen Dank, Bernadette Häfliger. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Ich sehe Bettina Stüssi für die SP/JUSO-Fraktion.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion: Ich bin natürlich gerade ein bisschen überrascht. Unsere Motion scheint wahrscheinlich nicht bestritten zu sein oder dass über einen so grossen Schritt, den wir machen wollen, zur Gleichberechtigung, sich keine Fraktion mehr äussern will. Die SP/JUSO-Fraktion ist natürlich ganz fest davon überzeugt, dass die Stadt Bern eine fortschrittliche, attraktive und vor allem auch gerechte Arbeitgeberin sein soll. Wir wollen mit dieser Motion, dass die Funktion und die Anforderungen im Lohnsystem einheitlicher und gerechter bewertet werden. Das ist eigentlich, wenn man es sich so überlegt oder der Bernadette zugehört hat, ein recht grosser Hebel, der gerade einige ganze Berufe aufwerten kann, und vor allem auch den Wert der Arbeit, die man eigentlich macht, zeigt und abgebildet und honoriert werden könnte. Es ist uns

ein grosses Anliegen, dass man eben die Tätigkeiten und die gleich bewertet, auch wenn es jetzt eine körperliche psychische, psychosoziale Belastung ist, dass das gleich bewertet wird wie ein Hochschulstudium und noch verschiedene Weiterbildungen oder Führungspositionen. Das würde eben auch schon ein bisschen, wie gesagt, gerade handwerkliche Funktionen aufwerten, so wie vor allem eben auch gerade die Kitafrauen ihre Arbeit insgesamt aufwerten, aber eben gerade, weil die besonderen Anforderungen gleich gewertet würden wie die Bildung und durch die Führung. Und ich sage es hier auch noch einmal: Das heisst nicht, dass alle gleichviel verdienen sollen. Ich rufe auf für eine gerechtere Welt, für einen grossen Schritt in Richtung Gleichberechtigung, darum bitte ich sie, die Motion anzunehmen und sie zu überweisen. Danke vielmals.

Präsident: Danke vielmals, Bettina. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hat das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Vielleicht haben sich ja da die Fraktionen nicht gemeldet, weil sie den Gemeinderat unterstützen, indem dass man den Punkt 1 als Postulat annimmt und gleichzeitig Prüfungsbericht, Punkt 2 nehmen wir ja auch an, Punkt 3 lehnen wir ab. Ich werde kurz etwas dazusagen: Also die paritätische Kommission, das ist klar die gibt es. Den Punkt 3 lehnen wir nicht ab, weil wir dagegen sind, dass es paritätisch zusammengesetzt ist, also weil wie es ausgeführt ist, bereits ausgeführt ist. Also es gibt 2 Parteien, die dort delegieren, Von Seiten Stadt kann ich versichern, dass es mindestens Parität ist im Sinn sein wird, dass es nicht mehr Männer hat als auch Frauen. Das ist eine reine formelle Geschichte. Wir haben eine Regelung und schauen selbstverständlich bei jeder Kommissionsbesetzung, dass die Parität erfüllt ist und würden sonst dort nach korrigieren. All jene, die mit solchen Lohnsystemen zu tun haben – ich gehe davon aus, das sind die wenigsten – die wissen, wie komplex das ist. Und das System, das wir in der Stadt Bern haben, die Funktionsbewertungen, das ist völlig veraltet und wir müssen etwas Neues machen und da erfindet die Stadt Bern nicht einfach selbst etwas. Es gibt analytische Bewertungsinstrumente. Es gibt nicht 100 von denen, die sind vorgegeben. Wir haben uns mit den Sozialpartnern darauf geeinigt. Das ist bereits schon der erste Schritt gewesen, welches von diesen Analyseninstrumenten wir brauchen wollen, das ist das "Abakaba", das könnt ihr nachlesen, das ist relativ gut beschrieben, wie man intellektuelle, psychosoziale, physische Aspekte sowie Führungsaspekte bewertet. Es findet in einer ersten Runde eine ungewichtete Analyse statt. Also alle 4 Bereiche können gleich viele Punktzahlen erreichen und das ist der Schritt, in dem wir jetzt drin sind. Man kann später noch einmal eine Gewichtung zwischen diesen Bereichen vornehmen. So weit sind wir noch nicht. Wir sind in einer Testphase, das ist auch wichtig zu wissen, weil wir jetzt gesagt haben, wir nehmen das Instrument. Wir haben jetzt eine grosse Anzahl von Berufen, mal heraus gegriffen über die ganze Stadtverwaltung. Nicht bereits irgend 1000 oder so Berufe, sondern vielleicht mal 50 bis 70, um zu bewerten und schauen, was da überhaupt herauskommt. In diesem Prozess sind wir und der ist riesig aufwändig. Also jede einzelne Funktion muss man nach diesen Bereichen durchgehen und dort eine Bewertung vornehmen. Ist jetzt das jemand, der für uns ist, physisch hart, sehr hart oder nicht hart arbeiten muss, wie ist er, den Einflüssen draussen exponiert und so. Das ist sehr aufwendig, aufwendiger als wir ursprünglich gedacht haben. Auch in dem Prozess sind die Sozialpartner bereits eingebunden. Wenn die Testphase bei diesem Primat einmal abgeschlossen ist, müssen wir schauen, was dort herauskommt und dann will man nachher in die gesamt städtische Umsetzung geben. Das wird sicher Auswirkungen geben auf die verschiedenen

Löhne. Das kann Verschiebungen geben. Das ist ja genau die grosse Gefahr. Es wird ganz sicher Bereiche geben, in denen herauskommt, dass diese mehr Lohn zugute haben, als sie heute haben. Das müsste man ja mit dem Benchmark vergleichen, aber es gibt dann eben vielleicht auch Bereiche, die dann plötzlich weniger Lohn bekommen. Und wie wir das umsetzen wollen, das muss ich Ihnen sagen, das weiss ich gerade noch nicht. Es ist auch ganz klar für mich, dass so eine Lohnsystem-Änderung nicht gratis zu haben ist. Das weiss jeder, der das bereits gemacht hat. Wir sind in der Erarbeitung. Wir finden es vernünftig, Sie müssen ja den Bericht nicht schon abschreiben, aber Punkt 1 als Postulat, Punkt 2 als Motion und 3 ablehnen, dann sind wir glücklich und jetzt ist der Ball bei euch, ob Sie uns glücklich machen wollen oder nicht.

Präsident: Merci vielmals, Michael Aebersold. So bevor wir in die Abstimmung steigen, noch schnell eine Verständnisfrage oder Abklärung an die Einreichenden. Sie haben weder punktweise beantragt noch irgendeine Wandlung. Sie bleiben dabei, wie es ist? Gut, in diesem Fall stimmen wir über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000321: Motion als Richtlinie

Annahme

Ja	37
Nein	22
Enthalten	1

[Namensliste 034](#)

Präsident: Die ist angenommen worden.

2020.SR.000173

19 Motion Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB) - übernommen durch Seraphine Iseli (GB): Lohnanalysen sozialpartnerschaftlich durchführen

Präsident: Wir steigen wieder in eine reduzierte Debatte zum Traktandum Nummer 19 ein. Das ist eine Motion des GB/JA!. Ich frage hier in die Runde, ob sie bestritten ist. Sie ist bestritten. Ich gebe das Wort Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Einreichenden: Seit 2020 sind Arbeitgebende mit mehr als 100 Mitarbeitenden verpflichtet, alle 4 Jahre eine Lohngleichheitsanalyse durchzuführen, um die Lohnstrukturen dem eigenen Unternehmen auf Lohndiskriminierung zu überprüfen. Am OR unterstehende Unternehmen müssen die Analyse von einer unabhängigen Stelle überprüfen lassen oder die Sozialpartnerschaftlich durchführen. Kantons- und Gemeindeverwaltungen können die Durchführung dieser Lohnanalyse selbstständig regeln. Allerdings macht auch hier das Vieraugenprinzip Sinn, und deshalb fordert die Motion, Lohnanalysen regelmässig sozialpartnerschaftlich durchzuführen. Der Gemeinderat empfiehlt diese Motion zur Annahme. In der Zwischenzeit, seit die Motion eingereicht und beantwortet wurde, wurde auch schon die erste Lohnanalyse durchgeführt, was sehr erfreulich ist. Weniger erfreulich ist, die nicht erklärbare Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen in der Berner Stadtverwaltung, wo 3,8 Prozent beträgt, wie man das der Medienmitteilung des Gemeinderats vom Dezember 2022 entnehmen

kann. Dort steht aber auch, dass geprüft wird, welche Massnahmen gegen, die nicht erklärbare Lohndifferenz unternommen werden könnten. Ebenfalls wenig erfreulich finden wir die Tatsache, dass die 10 Stichproben beim Beschaffungswesen und bei den Leistungsvertragspartnern, die für 2024 geplant wären, um ein Jahr verschoben worden sind. Wir möchten den Gemeinderat gerne auffordern, künftig nicht bei Lohnanalysen zu sparen, denn Lohnanalysen sind kein "Nice to have", sondern eine absolute Notwendigkeit, um Lohndiskriminierung in einem ersten Schritt aufzuzeigen, sodass man sie in einem zweiten Schritt bekämpfen und aufheben kann.

Präsident: Danke vielmals Seraphine. Dann wären wir bei den Fraktionsvoten. Ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten. Ich sehe auch keine Einzelvoten. Dann hätte auch hier das Wort, Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Das Wichtigste ist gesagt worden. Die Motion ist umgesetzt, die könnte man auch zurückziehen. Regula Bühlmann arbeitet ja bekanntlich jetzt eigentlich an dieser Stelle, die massgeblich beteiligt ist, dass wir da weiterhin am Ball bleiben. Ich habe schon Sitzungen gehabt mit ihr. Ich will hier noch darauf hinweisen, dass es eine Toleranz gibt von 5 Prozent, wo man sagt, wenn man unter 5 Prozent ist, dann ist das eigentlich okay. Das ist klar für die Stadt Bern – ich sage das hier klar und deutlich – dass das nicht okay ist. Wir wollen wissen, warum das so ist. Wir treiben einen grossen Aufwand, um zu verstehen, warum wir die Endung haben. Wenn ich schon gerade dran bin, es hat ja auch eine Verschlechterung stattgefunden im Vergleich zum letzten Mal, weil man einfach das letzte Mal falsch gerechnet hat, bezüglich Berücksichtigung von Ferien, zum Beispiel. Also für das machen wir auch die Analyse, dass wir jedes Mal besser werden, und das probieren wir wirklich auch zu machen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Michael Aebersold. Wir sind auch beim Traktandum 9 beschlussfähig. Wir stimmen ab über die Motion 19. Merci vielmals für den Hinweis. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2020.SR.000173: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	49	
Nein	9	
Enthalten	0	Namensliste 035

Präsident: Die ist angenommen worden. Wir kommen zum Traktandum Nummer 20.

2019.SR.000276

20 Motion Fraktion SP/JUSO (Marieke Kruit, SP): Für einen Stadtbauernhof Elfenau

Präsident: Es ist eine Motion der Fraktion SP/JUSO, die ist bestritten. Ich übergebe deshalb das Wort Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP) für die Einreichenden: Wir haben vor uns einen Vorstoss aus dem Jahr 2019 und die Antwort vom Gemeinderat ist von 2020. Seitdem ist viel passiert. Wir haben vor 4 Jahren die Motion eingereicht aus einer mittel- bis längerfristigen Sicht. Man hat dann gesehen, dass dieser Pächter auf dem Elfenau-Hof wohl wechseln wird und wir sind überzeugt gewesen, das bietet eine Chance für eine neue Positionierung des Betriebs, eine Neupositionierung in Richtung von mehr Nachhaltigkeit. Wir sind uns schon bewusst, Landwirtschaft ist ein strenges Geschäft. Jeder Betrieb muss sich spezialisieren, angepasst auf die Mikrolage, auf Bodenbeschaffenheit und vor allem auch auf die Möglichkeit, die Subventionen zu beziehen, unabhängig davon, ob Konventionell, IP, Bio oder Demeter, sonst dreht es nicht. Der Stadtbauernhof Elfenau soll auch für uns ein richtiger Betrieb bleiben – es soll kein Ballenberg-Hof und keine Erweiterung vom Dählhölzli werden – aber mit einem Mehrwert für das Quartier und für die Stadt. In den Antworten zu Punkt 1 und 2 legt der Gemeinderat dar, wie er Vorgehen will bei der Verpachtung. Wir sind der Meinung, er habe auch das Wort gehalten. Das Auswahlverfahren läuft gerade unter Einbezug von Fachleuten. Vielleicht wird Herr Gemeinderat Aebersold dazu noch mehr sagen. Auch die Ausführungen zu Punkt 3 können wir nachvollziehen, weil wir sagen müssen, die Führung vom Bauernhof ist auch aus unserer Sicht keine öffentliche Aufgabe, die einen Transfer ins Verwaltungsvermögen aufdrängen würde. Deswegen werden wir die Erheblichkeitserklärung von Punkt 1 und 2 zustimmen, Punkt 3 ziehen wir zurück.

Präsident: Danke vielmals, Barbara Nyffeler. Ich stelle fest Punkt 3 ist zurückgezogen worden. Wir kommen zu den Fraktionsvoten, für die SVP-Fraktion kommt Alexander Feuz. Ich frage schnell, macht ihr ein geteiltes Votum? Gut, merci.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben das Fraktionsvotum aufgeteilt. Vielleicht hier schon etwas, ich gebe klar meine Interessen bekannt. Ich kenne die Elfenau sehr gut. Ich kannte die Eltern des jetzigen Pächters und auch die Grosseltern. Ich setze mich sehr für den Bauernhof ein. Ich bin im Vorstand der IG Elfenau und als ich zuerst den Vorstoss gesehen habe, war ich relativ positiv gestimmt. Ich will aber auch klar sagen, dass Hans Ulrich Gränicher vor vielen Jahren einen ähnlichen Vorstoss eingereicht hat, in dem es darum gegangen ist, eben dass man den Bauernhof erhalten tut. Bei mir sind einfach nachher die Alarmglocken los gegangen – das kann ich euch ganz ehrlich sagen – weil der Gemeinderat den Punkt 3 ablehnen will. Und jetzt müssen wir sagen, das Gebiet ist teilweise im Verwaltungsvermögen, teilweise ist es im Finanzvermögen. Jetzt haben wir dort ein bisschen geteilte Sachen, aber was mich am meisten erschreckt hat und das sage ich Ihnen jetzt ganz ehrlich, das ist die Formulierung. Ich habe es schon vorher gesagt, vor der Viererfeld-Abstimmung hat man lange immer gesagt, ja die Elfenau die wird dafür dann nicht angetastet. Wir haben ja sogar – wenn Ihr euch erinnern könnt – mal eine Planungszone gemacht und gesagt: "Ja wenn wir dann das Viererfeld wegnehmen, dann muss man dann die Elfenau auch wieder in die Landwirtschaftszone zurück Zonen. Und dann hat man noch die IG Elfenau auch eben bearbeitet und gesagt ja ihr müsst für das Viererfeld sein, dann passiert es dann nicht. Und jetzt, wo ich hier einfach dann lese, dann heisst es einfach gleich, dass es dann allenfalls in der langfristigen, sehr langfristigen Wohn- und Bodenbaupolitik, dass es eben eine Landreserve ist. Und jetzt sind mir einfach die Warn-Lampen angegangen. Ich habe gesagt, als ich diese Ausschreibung auch etwas studiert habe – ich habe doch auch gewisse Kenntnisse vom landwirtschaftlichen Bodenrecht – und ich hatte einfach das Gefühl, es könnte hier sehr kritisch werden. Man hat dann plötzlich einen Pächter, der dann gleich so nicht fahren kann, dann ist er weg und dann haben wir genau das,

was die Stadt eigentlich immer wollte. Dann haben wir nämlich dann plötzlich die Situation, dass man keinen Pächter mehr hat, niemanden mehr dort hat und nachher kommt dann wieder das mit dem Bauen. Ich habe auch Angst, wenn plötzlich eine alternative Gruppe kommt, die nachher dann bei den Nachbarn Probleme hat und dann gibt es auch Probleme. Deshalb habe ich vorbehalten, unsere Fraktion hat vorbehalten. Jetzt wird der Fachmann, Thomas Glauser, als Landwirt Euch noch als berufene Hand gewisse Angaben machen, wieso wir hier skeptisch sind.

Präsident: Vielen Dank, Alex. Jetzt kommt Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Der Elfenau-Betrieb ist ein langjähriger Betrieb der Stadt Bern im Eigentum. Über 3 Generationen ist der bewirtschaftet worden von der Familie Weber. Mein Vater hat die Meisterprüfung gemacht mit dem alten Weber. Wir kennen den Betrieb. Die Ausgangslage ist so: Der Betrieb ist ein mittlerer Betrieb. Er hat eine Infrastruktur, sie ist die für Milchproduktion ausgerichtet. Der Weber hat aufgehört mit der Milchproduktion und arbeitet jetzt noch im Nebenamt als Chauffeur, dass er dort überleben kann. Die Stadt Bern hat etwa vor 6 Monaten den Betrieb ausgeschrieben. Ich habe noch recht gestaunt, als ich die Ausschreibung gesehen habe. Was hat mich in dieser Ausschreibung gestört? Man will, dass man jetzt eigentlich alles Bio macht, aber wenn man jetzt schaut, wie die Stallungen sind, die sind überhaupt nicht mehr Tierschutzgerecht. Dort hat es eine "Schwemme Mischungsanlage" drin, für die, die etwas von der Landwirtschaft verstehen. Man hat alte Anbindungsstände, das heisst Tiere können sich nicht bewegen, also gegen das Tierschutzgesetz und dann hat man auch den Elektrotrainer, das heisst jedes Mal, wenn die Kuh muss scheissen – Entschuldigung für den Ausdruck – verpasst der Trainer ihr einen Elektroschock. Also wenn man die Stallungen anschaut aus den Fünfzigerjahren, da ist nie etwas gemacht worden von der Stadt Bern. Man hat ein Bild für die Ausschreibung gemacht. Jetzt will man dort einen Biobetrieb machen. Wenn man die Infrastruktur von dem Betrieb anschaut, ist es so, dass wenn man einen Biobetrieb macht, man möglichst viel Mist und Gülle braucht, weil eben die Pflanzen Mist und Gülle brauchen. Und da könnt ihr eben keinen Kunstdünger einsetzen. Das heisst, ihr müsst innerbetrieblichen Düngestoff einsetzen können. Das heisst, ihr braucht dort Tiere, die Dünger produzieren, Gülle und Mist, sodass ihr eigentlich den ganzen Kreislauf des Betriebs aufrechterhalten könnt. Was mich gestört hat, ist halt jetzt schon, dass wenn Ihr jetzt dort einen ökologischen Biobetrieb machen wollt, da müsst Ihr zumindest eine Million in die Hand nehmen, damit Ihr einen schönen Boxenlaufstall bauen könnt, dass Ihr genug Mist habt und dass ein Pächter nachher eine Überlebenschance hat. Weiter hat mich hier gestört, dass man hier keine Familie will, man will eine juristische Person. Man hätte eine junge Pächterfamilie nehmen können, eine Familie, die auch Freude an der Landwirtschaft hat. Nein, man will noch hier ein bisschen... dort ein bisschen... Es wird einen Betrieb geben, wie in Ballenberg, einen Streichelzoo und so überhaupt nicht wirtschaftlich. Die Stadt Bern wird viel investieren müssen. Das wird etwa das gleiche Prinzip geben wie beim Altersheim Kühlenwill. Am Schluss verkauft man es dann billig. Man hätte den Betrieb im Bodenrecht abgeben sollen und die Handlungsfreiheit dem Landwirtschaftspächter – was er dann tut – überlassen sollen. Er kann keinen Ackerbaubetrieb machen, er muss fast ein Tierhaltigen Betrieb machen und wenn er Bio machen will, umso mehr, sonst muss er Dünger zukaufen und das würde nie rentieren. Man hat eine falsche Ausschreibung gemacht. Man hat teure Spezialisten und man wirft Geld aus dem Fenster. Die sind natürlich froh, wenn sie Aufträge haben. Falsche Analysen: Zuerst hätte man einmal sagen sollen, wohin wollen wir – de quoi s'agit-il – und um was

geht es. Und nachher ja, wirtschaftlich-betrieblich Bio und nachher Milchwirtschaft, machen wir eine Biomilch, eine gute Biomilch und dann muss man halt auch ein Budget machen, dass man den Betrieb entsprechend saniert. Aus dem Grund muss ich sagen, lehne ich eigentlich das ab, dass man jetzt hier an einem Pächter viele Vorschriften und Rotgrüne Illusionen eintätowieren tut, dass er überhaupt nicht überleben kann. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals, Thomas Glauser, dann käme Franziska Geiser für das GB/JA!

Franziska Geiser für die Fraktion: Ich sehe es auch etwas anders: Die Fraktion GB/JA! nimmt die Motion für den Stadtbauernhof Elfenau an. Wir freuen uns sehr auf die neue Pächterschaft und sind auch wirklich darauf gespannt, wer dann hier kommt und vor allem, wie der Hof betrieben wird. Wir stellen uns in verschiedener Hinsicht ein vorbildliches Projekt vor. Vielleicht übernimmt das Kollektiv den Hof anstatt eines einzelnen Bauern, vielleicht können die Leute aus dem Quartier mit gärtlern und ihren eigenen Gemüsekorb ernten, vielleicht können Kita-Kinder jäten. Wir können uns sehr gut eine Permakultur vorstellen, bestimmt aber eine Bepflanzung, bei der eine Biodiversität im Zentrum steht. Wir gehen davon aus, dass sich die neuen Pächter viele Gedanken machen zur Tierhaltung und zur Frage, für was wir überhaupt Tiere halten, vielleicht ja nur zum Vergnügen anstatt zum Essen, oder zum Scheissen, wie du erklärt hast. Wir gehen davon aus, dass ein sozial vorbildliches Projekt entsteht, gerade in der Landwirtschaft, wo Menschen zu absurd tiefen Löhnen angestellt werden, wo Erntearbeiter*innen ausgebeutet werden, ist es besonders wichtig zu zeigen, dass es auch anders ginge. Wir sind überzeugt, dass in der Elfenau etwas richtiges gut entstehen kann und freuen uns wirklich sehr.

Präsident: Ja. Danke vielmals, Franziska. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Alexander Feuz.

Alexander Feuz, Einzelvotum: Wir haben vorhin gesagt, wir sind eine grüne Partei. Wir haben gesagt, seien Sie sich ihrer Verantwortung bewusst und auch im Hinblick auf die Abstimmung. Ich sage es noch einmal: Was hat man versprochen mit dem Viererfeld? Was hat man versprochen mit der Elfenau-Matte? Jetzt ist das eben dann gefährdet und wir haben einfach grosse Angst, dass dann die Grünfläche plötzlich, wenn es eben dann nicht läuft, wenn es genau so kommt wie es Thomas gesagt hat, wenn dann vielleicht plötzlich das eben nicht rentiert und nachher der Pächter – natürlich hat er einen langen Pachtvertrag - einvernehmlich auflösen kann. Und plötzlich kann dann die Stadt sagen: „Oh, wir haben jetzt niemanden gefunden. Wir überbauen jetzt halt gleich dort.“ Und die Variante mit dem Baurecht – habe ich das Gefühl – hat vielmehr Möglichkeiten und Chancen gegeben auf das wirtschaftliche Risiko, aber auch so dass es eben nachher für eine gewisse Zeit noch tragbar ist. Ihr könnt doch bei einem Pachtvertrag von 15 Jahren oder so nicht das Risiko eingehen, 1 Million zu investieren. Das ist etwas, was Ihr nicht tragen könnt, in einem Baurecht geht das. Deshalb haben wir hier grosse Vorbehalte, und ich wollte Euch hier auch warnen. Ich weiss, ich bin Cassandra und nehme das immer als Kompliment entgegen. Meistens hat sie eben dann gleich recht. Ich habe Angst vor dieser Entwicklung, die eben unter Umständen schlussendlich dazu führt, dass es keinen Bauernhof mehr gibt, sondern dass dann dort wieder eine Rotgrüne Siedlung kommt. Bitte noch rasch ein bisschen um Ruhe. Danke.

Präsident: Vielen Dank, Alexander Feuz. Ich frage jetzt noch schnell in die Mitte Fraktion. Wollen wir zuerst noch Thomas Hofstetter sprechen lassen?

Thomas Hofstetter, Einzelvotum: Ich möchte mich trotzdem auch noch kurz äussern, denn ich bin dort in der Nähe, nicht aufgewachsen, aber mit meinen Kindern aufgewachsen. Ich bin dort viel mit den Kindern auf dem Bauernhof spielen gegangen und ich habe auch den Bauern gut gekannt und der Bauer wollte vor 15 Jahren die Ställe umbauen, damit er biologisch Landwirtschaften kann, aber die Stadt hat ihm das Geld nicht gegeben. Es ist jetzt immer noch schlimmer und wenn das, was Franziska möchte, wo niemand etwas dagegen hat, müsste man einfach auch sagen, was uns das kostet, und das muss man einfach hier aufzeigen, sonst ist das, was wir hier machen, nicht seriös. Tut mir leid. Danke.

Präsident: Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Vielleicht muss man sich hier einmal die Überlegung machen, was man eigentlich will, will man einen Streichelzoo und so kann man das quer subventionieren mit Stadtgeldern. Das ist in Ordnung, wenn das die Mehrheit will, oder will man einen Landwirtschaftsbetrieb, der wirtschaftlich, ökologisch wie auch ökonomisch ist. Und diese Frage hätte man sich eigentlich vor der Ausschreibung stellen sollen. Jetzt hat man einfach ein Durcheinander. Man hat zwar Spezialisten, die Spezialisten wie gesagt, die sind angestellt, die profitieren und es ist ihnen schlussendlich nachher fast egal was passiert.

Präsident: Vielen Dank, Thomas. Dann hat jetzt am Schluss das Wort Herr Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Die Motion fordert eigentlich 3 Sachen, dass dort oben ein Bauernhof weiterbesteht und dass der nachhaltig bewirtschaftet wird. Das sind die zwei Forderungen um das es geht in dieser Motion, um die Frage des Finanzvermögens. Die haben wir geklärt, das ist zurückgezogen. Das ist auch für uns klar, der muss sich selbst zahlen, der muss so betrieben werden, dass dann auch Subventionen – landwirtschaftliche Subventionen – fliessen. Die sind massgeblich, damit man dort oben nachher Landwirtschaften kann, wie man das muss. Es gibt sehr viele unterschiedliche Ansprüche. Das ist uns klar, das ist in der Stadt nicht gerade etwas Neues. Stadt Grün ist dort oben. Wir haben ein Restaurant dort oben. Jetzt kommt dort noch ein Bauernhof hin. Wir haben eine Kita, die das braucht. Also das sind ganz viele Ansprüche und Forderungen. Was uns wichtig ist, ist, dass vor allem auch das Quartier mitmacht. Das ist die Quartierorganisation, die IG Elfenau, mit der wir sehr eng in Kontakt sind, die übrigens in diesem Prozess auch einbezogen sind, damit man dort oben dann das Richtige macht. Ich habe an einer Veranstaltung kürzlich auch festgestellt, dass das für die "Hündeler und die Hündelerinnen", ganz wichtig ist und ich bin nicht ausgebildeter Bauer, weiss dann nicht, ob dann der Hundedreck für einen biologischen Betrieb ausreicht, aber das werden wir sicher in den weiteren Schritten jetzt noch untersuchen. Was klar ist, wir haben uns einen externen Experten geholt, einer, der das schon in verschiedene solche Betriebe gemacht hat. Wir haben mit einem grossen Aufwand, noch einmal mit dem Einbezug auch von der involvierten Quartierorganisation, der IG Elfenau, haben wir eine Ausschreibung gemacht. Ein riesiges Interesse! Wir sind jetzt in einem Einengungsverfahren und ich muss Euch sagen, also wir haben genügend innovative junge Leute, Teams ganz unterschiedlichen Alters, Zusammensetzung und

so, die uns Konzepte jetzt da eingereicht haben. Ich finde es spannend. Ich habe noch nicht gesehen, wie die Einengung stattfindet. Ich bin überzeugt, dass man dort oben, wie es das auch in anderen Orten und Städte gibt, auch in Bern fertigbringen wird, dort eine modernen Landwirtschaftshof zu betreiben, der dann vielleicht irgendwo eine Konfitüre macht und vielleicht gibt es dann auch Ziegenkäse und wer weiss vielleicht, wenn es der Stadtrat noch nicht verboten hat, dass es dann eine Elfenau Wurst gibt.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir kommen zur Abstimmung: Wir stimmen ab über Punkt 1 und 2, wie gesagt Punkt 3 ist zurückgezogen worden. Wir stimmen ab über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung

2019.SR.000276: als Richtlinie

Annahme

Ja	37
Nein	18
Enthalten	0

[Namensliste 036](#)

Präsident: Es ist angenommen worden. Ich habe noch einen Antrag der Mitte-Fraktion.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Ich beantrage auch hier die Abschreibung, weil es erfüllt ist. Es macht keinen Sinn, weshalb man es länger in der Verwaltung oder in diesem System aufrechterhalten sollte. Danke vielmals für die Entschlackung unseres Systems.

Präsident: Wir stimmen ab über die Abschreibung dieser Richtlinienmotion, Punkt 1 und 2.

Abstimmung

2019.SR.000276: Abschreibung

Ablehnung

Ja	23
Nein	31
Enthalten	0

[Namensliste 037](#)

Präsident: Die Abschreibung ist abgelehnt. Damit wären wir fertig mit der heutigen Sitzung. Ich danke für die Konzentration und die Aufmerksamkeit und wünsche allen einen schönen Abend.

Verschobene Traktanden und Eingänge

Verschobene Traktanden

21 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Timur Akçasayar, SP): Landwirtschaftsbetriebe und -flächen in Bern auf biologische Nutzung umstellen 2020.SR. 000199

22 Motion Thomas Glauser/Janosch Weyermann (SVP): Als Respekt für die Aktivdienstgeneration: Wiederinstandstellung des Wehrdienst-Ehrenmals bei der Inneren Enge 2019.SR. 000243

23 Interfraktionelle Motion SVP, BDP/CVP, FDP/JF (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher, SVP/Lionel Gaudy/Philip Kohli, BDP/Viviane Esseiva/Bernhard Eicher, FDP): Aufgabenüberprüfung bei sämtlichen Direktionen und Prüfung sinnvoller Synergien! 2020.SR. 000048

24 Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP) – übernommen durch Vivianne Esseiva (FDP): Systematische Überprüfung der städtischen Aufgaben; Prüfungsbericht 2017.SR. 000100

25 Motion Tabea Rai (AL), Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Micieli (PdA): Geschlechterneutrale WCs und Garderoben in Neubauten und Gesamtsanierungen der Volksschulen 2020.SR. 000032

26 Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, Mitte, SVP (Janina Aeberhard, GLP/Therese Streit-Ramseier, EVP/Manuel C. Widmer, GFL/Sibyl Eigenmann, Mitte/Alexander Feuz, SVP): Ein Gymnasium Bern-West als Lösung für die drohende Schulraumknappheit 2022.SR. 000069

27 Postulat Fraktion FDP/JF (Simone Richner, FDP): Bevölkerungsnaher Service public; Effiziente Prozesse bei der Rechnungsstellung und im Zahlungsverkehr 2022.SR. 000127

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Janosch Weyermann, SVP / Michael Ruefer, GLP / Sibyl Eigenmann, Mitte: Seit wann hat der Gemeinderat Kenntnis von den Plänen der Galencia am Untermattweg?

2. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Dürfen Mitarbeitende der Stadt Bern während der Arbeitszeit ihre Parkscheibe nachstellen?

3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Hat der Gemeinderat wirklich keine Kenntnis vom ausgesprochenen Hausverbot gegen die SVP-Politiker oder erachtet er dies sogar als gerechtfertigt? Zieht der Gemeinderat wenigstens Konsequenzen daraus, dass der Wirt der Reithalle wegen Verstosses gegen das Sicherheitskonzept gebüsst wurde?

4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Budget 2024: Der Stadtrat beschloss neue Ausgaben von Fr. 70'000 für ein Flüchtlingssschiff: konkrete Fragen zur Umsetzung und den Folgen des angenommenen Budgetantrages

5. Motion Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB / Franziska Geiser, GB): Klima à la Carte: Gemeinsam mit der Gastronomie für eine nachhaltige Ernährung in der Stadt Bern

Schluss der Sitzung: 22.31 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

11.12.2023

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

27.01.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi